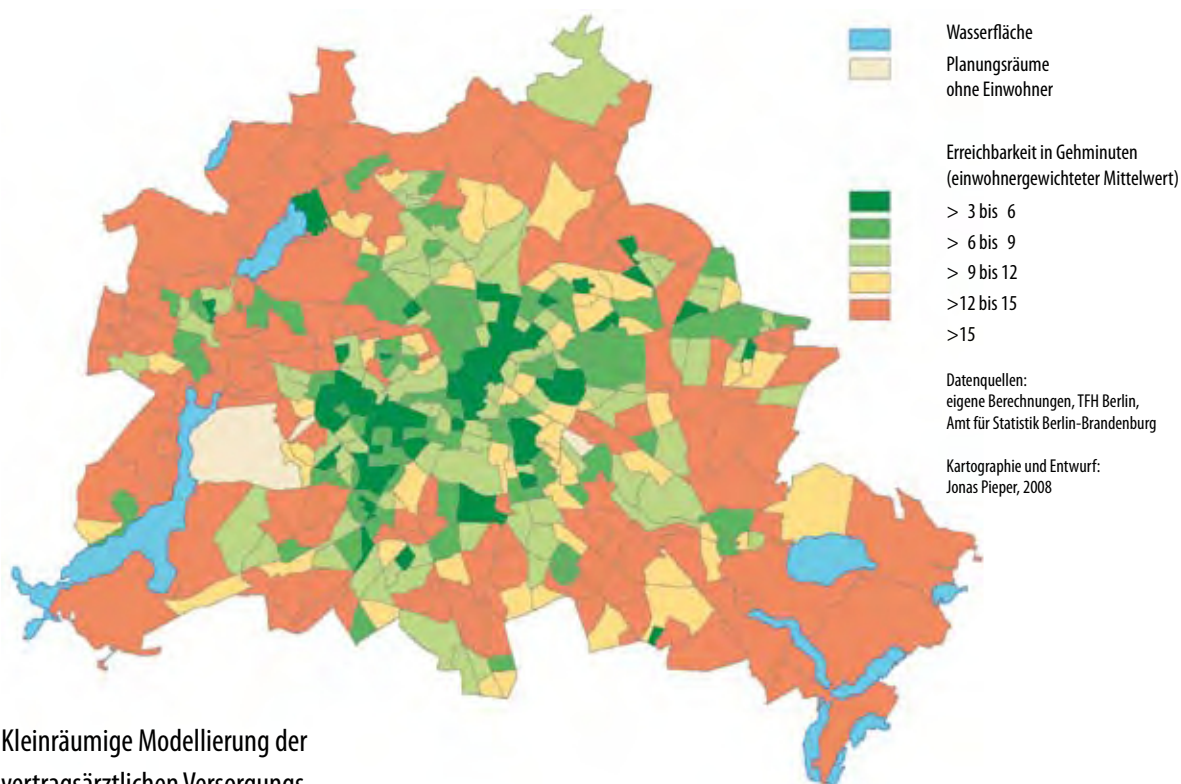


Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg

2 2009

Versorgungsindikator „Nächstgelegener Augenarzt“ auf Basis der Berliner Planungsräume



Kleinräumige Modellierung der vertragsärztlichen Versorgungssituation in Berlin

Neuerungen in der amtlichen Bevölkerungs- und Sozialstatistik im Rahmen des abgestimmten Berliner Datenpools

Umsatzsteuer in Berlin und im Land Brandenburg im Jahr 2006

Die Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern in Berlin und im Land Brandenburg

Baugenehmigungen in Berlin und im Land Brandenburg 2007

Wir über uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg ist für beide Länder die zentrale Dienstleistungseinrichtung auf dem Gebiet der amtlichen Statistik.

Das Amt erbringt Serviceleistungen im Bereich Information und Analyse für die breite Öffentlichkeit, für alle gesellschaftlichen Gruppen sowie für Kunden aus Verwaltung und Politik, Wirtschaft und Wissenschaft.

Kerngeschäft des Amtes ist die Durchführung der gesetzlich angeordneten amtlichen Statistiken für Berlin und Brandenburg. Das Amt erhebt die Daten, bereitet sie auf, interpretiert und analysiert sie und veröffentlicht die Ergebnisse.

Die Grundversorgung aller Nutzer mit statistischen Informationen erfolgt unentgeltlich, im Wesentlichen über das Internet und den Informationsservice. Daneben werden nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardauswertungen zu Festpreisen angeboten. Kundenspezifische Aufbereitung / Beratung zu kostendeckenden Preisen ergänzt das Spektrum der Informationsbereitstellung.

So finden Sie uns



Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat seinen Sitz in Potsdam und weitere Standorte in Berlin und Cottbus.

Auskunft und Beratung

erhalten Sie
in Potsdam

Dortustraße 46
14467 Potsdam

Telefon: 0331 39 - 444
Fax: 0331 39 - 418
info@statistik-bbb.de

und in Berlin

Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

Telefon: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655
info@statistik-bbb.de

Internet-Angebot

Aktuelle Daten, Pressemitteilungen, Statistische Berichte zum kostenlosen Herunterladen, regional-statistische Informationen, Wahlstatistiken und -analysen sowie einen Überblick über das gesamte Leistungsspektrum des Amtes finden Sie unter

www.statistik-berlin-brandenburg.de

Zeichenerklärung



- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- nichts vorhanden
- ... Angabe fällt später an
- () Ausagewert ist eingeschränkt
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- s geschätzte Zahl

Impressum



**Zeitschrift für amtliche Statistik
Berlin Brandenburg**

3. Jahrgang

Herausgeber

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Dortustraße 46
14467 Potsdam
Tel.: 0331 39 - 444

Tel.: 030 9021 - 3434

Preis

Einzelheft EUR 6,00
ISSN 1864-5356

Satz und Gestaltung

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Druck

Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

© Amt für Statistik Berlin-Brandenburg,
2009

Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Aufsätze



Inhaltsübersicht

- 22** Kleinräumige Modellierung
der vertragsärztlichen
Versorgungssituation in Berlin
- 30** Neuerungen in der amtlichen
Bevölkerungs- und Sozialstatistik
im Rahmen des abgestimmten
Berliner Datenpools
- 34** Umsatzsteuer in Berlin und im
Land Brandenburg im Jahr 2006
- 40** Die Ausstattung privater Haus-
halte mit Gebrauchsgütern in
Berlin und im Land Brandenburg
- 44** Baugenehmigungen in Berlin
und im Land Brandenburg 2007

Kurz gefasst ...



Rubriken

**2** ... aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
Jahr 2008

Bevölkerung
31. Dezember 2008: Ausländer in Berlin

Verarbeitendes Gewerbe
Januar 2009: Industrie

Preise
Februar 2009: Baupreisindex gestiegen

Bildung
Schuljahr 2008/09: Schülerzahl Brandenburg

Tourismus
Januar 2009

Gesundheit
2007: Anstieg der Krankenhauskosten

14 Wirtschaft im Überblick

Berlin
Dezember 2008

18 **Brandenburg**
Dezember 2008

52 **Historisches**
Im Jahre 1909
nutzbar gewordene Wohnungen

53 **Aus der amtlichen Statistik**
Mitteilungen und Nachrichten

55 **Veröffentlichungen**
Berlin
Brandenburg

10 ... aus Deutschland

Finanzen
2008

Außenhandel
2008: Deutschen Exporte

Arbeitsmarkt
Januar und Februar 2009: Erwerbstätigkeit

Verdienste
Tarifverdienste 2008

Preise
Januar 2009: Verbraucherpreise

Umschlag-
seite **3**

Karten
Versorgungsindikator
„Nächstgelegener Kinderarzt“
auf Basis der Berliner Blöcke

Versorgungsindikator
„Erreichbare Kinderärzte“
auf Basis der Berliner Blöcke

13 ... aus Europa

BIP
4. Quartal: BIP um 1,5 Prozent gesunken

Handel
Januar 2009: Handelsbilanzdefizit

Umschlag-
seite **4**

Karte
Versorgungsindikator
„Gleitende Einzugsbereiche“ (Kinderärzte)
auf Basis der Berliner Blöcke

Kurz gefasst



aus Berlin und Brandenburg

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2008: Wirtschafts- wachstum in Berlin und Brandenburg

Die Länder Berlin und Brandenburg haben für das Jahr 2008 eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung zu verzeichnen. Das Bruttoinlandsprodukt in Berlin und Brandenburg erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr in jeweiligen Preisen um 3,3 Prozent. Bereinigt um Preisveränderungen bleibt für Brandenburg ein reales Wirtschaftswachstum von 1,0 Prozent und für Berlin von 1,6 Prozent. Die Wirtschaft in Deutschland wuchs in diesem Zeitraum preisbereinigt um 1,3 Prozent.

Im Jahr 2008 hat sich nicht nur das Wirtschaftswachstum in Deutschland und Brandenburg gegenüber 2007 halbiert, sondern speziell der bestimmende Bereich, das Produzierende Gewerbe, hat den höchsten Einbruch erlitten. Berlin, dessen Entwicklung überwiegend von den privaten und öffentlichen Dienstleistungen getragen ist, kommt bisher wesentlich glimpflicher davon.

Diese Angaben wurden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ermittelt und stellen erste vorläufige Ergebnisse auf Basis kurzfristig verfügbarer aber noch unvollständiger Daten für das Jahr 2008 dar.

Bruttoinlandsprodukt in den Bundesländern im Jahr 2008

Land	Bruttoinlandsprodukt					
	in jeweiligen Preisen			preisbereinigt (Kettenindex)		
	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007	2007	2008	Veränderung 2008 gegenüber 2007
	Mrd. EUR		%	Index (2000 = 100)		%
Baden-Württemberg.....	357,6	364,3	1,9	111,0	111,7	0,6
Bayern	433,0	444,8	2,7	114,3	116,0	1,5
Berlin	84,8	87,5	3,3	98,3	99,8	1,6
Brandenburg	53,2	54,9	3,3	107,4	108,5	1,0
Bremen	26,8	27,7	3,6	110,7	112,6	1,7
Hamburg	86,1	89,6	4,1	106,3	108,5	2,1
Hessen	215,2	220,8	2,6	107,1	108,5	1,3
Mecklenburg-Vorpommern ..	34,8	35,9	3,1	107,8	109,0	1,2
Niedersachsen	207,3	214,4	3,4	107,1	108,9	1,7
Nordrhein-Westfalen	524,7	541,1	3,1	105,7	107,2	1,4
Rheinland-Pfalz	104,6	107,5	2,8	107,3	108,6	1,2
Saarland	30,3	31,2	2,9	112,0	113,8	1,6
Sachsen	92,7	95,1	2,6	114,7	115,7	0,9
Sachsen-Anhalt	51,6	53,8	4,2	108,6	110,5	1,8
Schleswig-Holstein	71,8	73,6	2,5	104,5	105,6	1,1
Thüringen	48,6	49,8	2,6	112,0	113,1	1,0
Bundesrepublik Deutschland	2 422,9	2 492,0	2,9	108,7	110,1	1,3
darunter nachrichtlich:						
Alte Bundesländer						
ohne Berlin	2 057,3	2 114,9	2,8	108,9	110,3	1,3
einschließlich Berlin	2 142,0	2 202,4	2,8	108,4	109,8	1,3
Neue Bundesländer						
ohne Berlin	280,9	289,6	3,1	110,8	112,1	1,1
einschließlich Berlin	365,6	377,1	3,1	107,7	109,0	1,2

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Jahr 2008: Arbeitnehmerentgelte in Berlin und Brandenburg

Die Summe der gezahlten Arbeitnehmerentgelte ist im Jahr 2008 gegenüber dem Vorjahr in Berlin um 4,0 Prozent und in Brandenburg um 2,9 Prozent gestiegen. Bundesweit war eine Steigerung um 3,6 Prozent zu verzeichnen. Die Arbeitnehmerentgelte

setzen sich aus den Bruttolöhnen und -gehältern sowie den Sozialbeiträgen der Arbeitgeber zusammen.

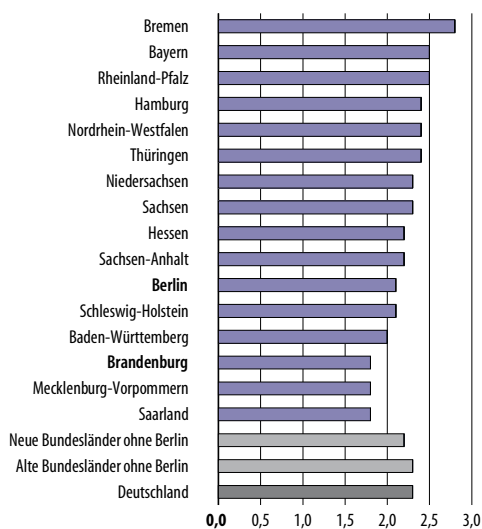
Im mittelfristigen Verlauf liegen die Einkommen in Berlin und in Brandenburg um rund vier Prozentpunkte über dem Niveau des Jahres 2000. Im gesamten Bundesgebiet sind die Arbeitseinkommen im gleichen Zeitraum um etwa 11 Prozent angestiegen.

Da diese Entwicklung der Summe von Arbeitnehmerentgelten nicht die Einkommenssituation eines Arbeitnehmers in einer Region zeigt, wird im Rahmen einer zusätzlichen Berechnung das Durchschnittseinkommen je Arbeitnehmer ermittelt. Dabei ergibt sich, dass die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer in Berlin um 2,1 Prozent und in Brandenburg um 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr stiegen. Diese Entwicklung ist nicht allein auf tarifliche Einflüsse, sondern in erheblichem Maße auf die Veränderung der Zusammensetzung der in die Berechnungen einbezogenen Arbeitnehmerschaft zurückzuführen.

Berücksichtigt man, dass in beiden Bundesländern die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozentpunkte anstiegen, so ist festzustellen, dass die Lohn- und Gehaltsentwicklung wiederum dahinter zurückblieb.

Die Einkommensentwicklung in den Wirtschaftsbereichen ist in beiden Bundesländern recht unterschiedlich verlaufen. Im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe stiegen die Arbeitnehmerentgelte in Summe um 3,9 Prozent. Bezogen auf Arbeitnehmer betrug diese Steigerung in Brandenburg 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Die gezahlten Arbeitnehmerentgelte im Berliner Verarbeitenden Gewerbe stiegen in Summe um 3,1 Prozent und je Arbeitnehmer nur um 1,7 Prozent an. Diese Angaben wurden vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ ermittelt und stellen erste vorläufige Ergebnisse auf Basis kurzfristig verfügbarer, aber noch unvollständiger Daten für das Jahr 2008 dar.



Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer nach Bundesländern 2008
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

Wirtschaftsbereich	Berlin	Brandenburg	Deutschland
	Veränderungen 2008 zu 2007 in %		
Arbeitnehmerentgelte insgesamt			
Insgesamt	4,0	2,9	3,6
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	- 0,3	3,7	5,1
Produzierendes Gewerbe	2,6	2,3	3,0
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	3,1	3,9	3,3
Baugewerbe	0,6	- 1,1	1,3
Dienstleistungsbereiche	4,3	3,2	3,8
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	3,1	3,4	3,9
Finanzierung, Vermietung und Unternehmens-			
dienstleistungen Finanzierung, Vermietung			
und Unternehmensdienstleistungen	7,3	5,1	5,1
Öffentliche und private Dienstleister	3,3	2,4	3,1
Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer			
Insgesamt	1,7	1,5	2,0
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	2,8	2,6	3,0
Produzierendes Gewerbe	1,8	0,9	1,8
darunter			
Verarbeitendes Gewerbe	1,7	0,4	1,6
Baugewerbe	0,1	0,5	1,8
Dienstleistungsbereiche	1,8	1,7	2,1
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2,0	2,4	2,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmens-			
dienstleistungen Finanzierung, Vermietung			
und Unternehmensdienstleistungen	1,7	2,2	1,8
Öffentliche und private Dienstleister	1,5	1,2	1,8

Entwicklung der Arbeitnehmerentgelte 2008 gegenüber dem Vorjahr in Berlin und Brandenburg nach Wirtschaftsbereichen in Prozent

Bevölkerung 31. Dezember 2008: Über 470 051 Ausländer aus 186 Staaten in Berlin

Am 31. Dezember 2008 waren 470 051 Bürger anderer Staaten mit Hauptwohnung in Berlin gemeldet, nur 47 mehr als vor einem Jahr. Der Anteil der Ausländer an allen melderechtlich registrierten Einwohnern Berlins ist im Vergleich zum Vorjahr mit 14,0 Prozent konstant geblieben.

Die ausländischen Bürger kommen aus insgesamt 186 Staaten. Knapp drei Viertel davon sind Europäer (341 617 oder 72,7 Prozent). Aus asiatischen Staaten stammen 14,6 Prozent, aus Amerika 5,6 Prozent, aus Afrika 3,8 Prozent und vom Fünften Kontinent kommen 0,4 Prozent der ausländischen Bürger.

Aus den 26 Staaten der Europäischen Union (außer Deutschland) waren 145 604 Bürger mit Hauptwohnung gemeldet, 3 253 (2,3 Prozent) mehr als vor einem Jahr. Damit kommen 31,0 Prozent der in Berlin gemeldeten Ausländer aus Staaten der Europäischen Union. Knapp ein Drittel der Unionsbürger sind Polen (43 700 oder 33,3 Prozent). Zahlenmäßig stark vertreten sind auch Italiener (14 964), Franzosen (13 133), Briten (10 196), Griechen (9 582) und Österreicher (8 982). Gegenüber dem Vorjahr hat sich besonders die Zahl der bulgarischen Bürger erhöht (+754 oder +11,4 Prozent), gefolgt von Franzosen (+522), Italienern (+518), Rumänen (+462) und Spaniern (+407).

Unter den Europäern sind türkische Staatsangehörige mit 111 285 Personen (23,7 Prozent aller Ausländer) am stärksten vertreten, ihre Zahl ist jedoch im Vergleich zum Vorjahr um 2 494 oder 2,2 Prozent weiter zurückgegangen. Den zweiten Platz nehmen die polnischen Staatsbürger ein und die drittgrößte Gruppe bilden 22 251 Bürger aus Serbien, unter denen sich jedoch auch Bürger des ehemaligen Serbien und Montenegro sowie Bürger des ehemaligen Jugoslawien befinden, die sich noch bei Bestehen dieser Staaten in Berlin angemeldet haben und noch nicht den jeweiligen Nachfolgestaaten zugeordnet sind. Abgesehen von ausländischen Bürgern aus einigen Ländern Europas sind im Vergleich zum 31. Dezember 2007 hohe Zuwachsraten für Bürger Brasiliens (+5,9 Prozent) und Israels (+3,8 Prozent) und hohe relative Abnahmen für Bürger aus Irak (–6,6 Prozent) und Iran (–2,8 Prozent) festzustellen.

Die höchsten Ausländeranteile verzeichneten wie im Vorjahr die Bezirke Mitte (27,9 Prozent), Friedrichshain-Kreuzberg (23,0 Prozent) und Neukölln (22,7 Prozent).

Unterhalb der Bezirksebene sind zum Teil noch wesentlich höhere Ausländeranteile zu verzeichnen. Bezogen auf die Bezirksgliederung vor der Gebietsreform liegt Wedding mit einem Ausländeranteil von 33,3 Prozent vor Kreuzberg mit 30,8 Prozent. In Tiergarten (–6,8 Prozent), Wedding (–1,3 Prozent) und auch Kreuzberg (–0,2 Prozent) hat sich die Ausländerquote im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Ausländerquoten von über 20 Prozent sind in neun Ortsteilen festzustellen. Die höchsten Anteile hatten die Ortsteile Gesundbrunnen (35,1 Prozent), Neukölln (34,9 Prozent) und Tiergarten-Süd (33,0 Prozent).

Melderechtlich registrierte aus- ländische Einwohner am Ort der Haupt- wohnung in Berlin am 31. Dezember 2008 nach ausge- wählten Staats- angehörigkeiten

Land der Staatsangehörigkeit	Insgesamt		Veränderung gegenüber dem Vorjahr	
	absolut	in %	absolut	in %
Europa.....	341 617	72,7	–435	–0,1
Europäische Union.....	145 604	31,0	3253	2,3
darunter				
Bulgarien	7 375	1,6	754	11,4
Dänemark.....	2 560	0,5	229	9,8
Frankreich	13 133	2,8	522	4,1
Griechenland	9 582	2,0	–167	–1,7
Italien.....	14 964	3,2	518	3,6
Niederlande	3 961	0,8	127	3,3
Österreich	8 982	1,9	169	1,9
Polen.....	43 700	9,3	–700	–1,6
Portugal.....	2 794	0,6	4	0,1
Rumänien	3 771	0,8	462	14,0
Schweden.....	2 811	0,6	112	4,1
Spanien	7 044	1,5	407	6,1
Ungarn.....	2 348	0,5	30	1,3
Vereinigtes Königreich.....	10 196	2,2	399	4,1
Übriges Europa.....	196 013	41,7	–3 688	–1,8
darunter				
Bosnien und Herzegowina	10 556	2,2	–20	–0,2
Kroatien	10 752	2,3	–277	–2,5
Mazedonien	4 575	1,0	44	1,0
Russische Föderation	14 915	3,2	300	2,1
Schweiz.....	4 583	1,0	100	2,2
Serbien ¹	22 251	4,7	–1 119	–4,8
Türkei	111 285	23,7	–2 494	–2,2
Ukraine	8 706	1,9	–3	–0,0
ehemalige Sowjetunion ²	3 796	0,8	–607	–13,8
Afrika	17 930	3,8	–244	–1,3
Amerika.....	26 446	5,6	755	2,9
darunter				
Brasilien	2 532	0,5	140	5,9
Vereinigte Staaten (USA).....	14 186	3,0	425	3,1
Asien.....	68 571	14,6	187	0,3
darunter				
China.....	6 023	1,3	10	0,2
Indien.....	2 417	0,5	46	1,9
Irak	2 025	0,4	–143	–6,6
Iran.....	4 355	0,9	–127	–2,8
Israel.....	2 849	0,6	105	3,8
Japan	2 767	0,6	34	1,2
Korea, Republik.....	2 894	0,6	37	1,3
Libanon	7 553	1,6	–138	–1,8
Syrien	2 274	0,5	1	0,0
Thailand.....	5 772	1,2	–106	–1,8
Vietnam	12 494	2,7	329	2,7
Australien und Ozeanien	1 953	0,4	210	12,0
Staatenlos, ungeklärt, ohne Angabe	13 534	2,9	–426	–3,1
Insgesamt	470 051	100	47	0,0

¹ einschließlich ehemaliges „Serbien und Montenegro“ sowie „Serbien“ (einschließlich Kosovo)

² Zuordnung auf die Nachfolgestaaten nicht möglich

Verarbeitendes Gewerbe**Januar 2009:
Berliner Industrie
mit mehr Umsatz
und Beschäftigung**

Die 325 Berliner Industriebetriebe mit 50 und mehr Beschäftigten erwirtschafteten im Januar 2009 einen Gesamtumsatz von 1,7 Mrd. EUR. Das entsprach einer Steigerung um 2,4 Prozent, die ausschließlich durch 18,3 Prozent mehr Auslandsumsätze getragen wurde. Die Inlandsumsätze betrugen 0,9 Mrd. EUR und verfehlten um 8,9 Prozent das Ergebnis vom Januar 2008.

Die Hersteller von pharmazeutischen Erzeugnissen erbringen ein Viertel des Berliner Umsatzes und sind damit die dominierende Industriebranche. Im Januar 2009 wurden 44,6 Prozent mehr pharmazeutische Erzeugnisse und Leistungen im In- und Ausland umgesetzt

als noch vor Jahresfrist. Rückläufige Umsatzergebnisse gab es insbesondere bei den Herstellern von elektrischen Ausrüstungen und im Maschinenbau, deren Ergebnisse um 18,3 Prozent beziehungsweise 9,0 Prozent geringer ausfielen. Auch die zweitgrößte Branche, die Hersteller von Nahrungsmitteln, verkauften 3,6 Prozent weniger Erzeugnisse als im gleichen Vorjahresmonat.

Ende Januar 2009 waren 77 219 Personen in der Berliner Industrie beschäftigt. Das waren 547 oder 0,7 Prozent mehr als vor einem Jahr.

Ab dem Berichtsmonat Januar 2009 werden die Ergebnisse in der Abgrenzung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) dargestellt. Der Veränderungsraten basieren auf dieser Abgrenzung.

Verarbeitendes Gewerbe**Januar 2009:
Brandenburger Industrie
mit deutlich weniger
Umsatz**

Die 408 Brandenburger Industriebetriebe ab 50 Beschäftigte meldeten für den Januar 2009 weniger Umsatz und mehr Beschäftigte. Der Gesamtumsatz lag mit 1,3 Mrd. EUR um 14,5 Prozent unter dem vergleichbaren Vorjahresmonat. Dabei gingen die Umsätze im Inland um 10,7 Prozent auf 1,0 Mrd. EUR zurück und die Auslandsumsätze verringerten sich um 25,2 Prozent auf 0,3 Mrd. EUR.

Zwei der vier umsatzstärksten Branchen – die Betriebe der Metallerzeugung und Metallbearbeitung sowie die Hersteller von chemischen Erzeugnissen – meldeten überdurchschnittliche Umsatzeinbußen von 33,2 Prozent und 27,8 Prozent. Im Bereich „Herstellung von Papier, Pappe und Waren daraus“ ging der Umsatz um 11,6 Prozent zurück. In der dominierenden Nahrungs- und Futtermittelindustrie verminderte sich der Gesamtumsatz wegen zweistelliger Zuwachsraten im Auslandsgeschäft um 2,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat.

Starke Umsatzrückgänge meldeten unter anderem auch die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagen-teilen (–28,9 Prozent), der sonstige Fahrzeugbau (–32,1 Prozent), die Hersteller von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren ohne Möbel (–37,9 Prozent), die Hersteller von Metallerzeugnissen (–20,6 Prozent) sowie der Maschinenbau (–24,1 Prozent).

Erhebliche Umsatzsteigerungen erzielten hingegen die Hersteller von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen (+30,7 Prozent) und Betriebe im Bereich Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstungen (+29,0 Prozent).

Ende Januar 2009 waren 73 007 Personen in der Brandenburger Industrie beschäftigt, 1 462 oder 2,0 Prozent mehr als im Januar 2008.

Ab dem Berichtsmonat Januar 2009 werden die Ergebnisse in der Abgrenzung der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) dargestellt. Die Veränderungsraten basieren auf dieser Abgrenzung.

Preise**Februar 2009:
Baupreisindex in Berlin
gestiegen**

Der Baupreisindex (Bauleistungen am Bauwerk) ist in Berlin im Berichtsmonat Februar 2009 gegenüber November 2008 unverändert auf einem Indexstand von 113,7 (Basis 2005 = 100) geblieben. Die Veränderung zum Vorjahresmonat Februar 2008 betrug +2,4 Prozent.

Die kurzfristige Entwicklung des Baupreisindex von November 2008 bis Februar 2009 wurde vordergründig durch gegenläufige Preisveränderungen bei den Roh- und Ausbauarbeiten hervorgerufen. Während die Preise für Rohbauarbeiten um 0,8 Prozent zurückgingen, sind die für Ausbauarbeiten um 0,7 Prozent gestiegen. Großen Einfluss auf die Entwicklung im Rohbau hatten vor allem Preisrückgänge bei Zimmer-, Holzbau-, Mauer- und Betonarbeiten sowie der Preisanstieg bei den Erdarbeiten. Die Veränderung im Ausbau wurde in erster Linie durch Preiserhöhungen für die Mehrzahl der Bauarbeiten und Preisrückgänge bei Bodenbelags- und Tischlerarbeiten bestimmt.

Die jährliche Veränderungsrate des Baupreisindex lag mit +2,4 Prozent deutlich unter denen der letzten

Berichtsmonate (November 2008: +3,9 Prozent, August 2008: +4,3 Prozent). Die Entwicklung im Jahresvergleich wurde vor allem durch Preiserhöhungen bei Ausbauarbeiten (+2,9 Prozent) hervorgerufen. Hier resultiert der Preisanstieg vor allem aus Verteuerungen bei Metallbauarbeiten (+6,5 Prozent), Maler-, Lackier- und Beschichtungsarbeiten (+5,3 Prozent), beim Einbau von Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+4,9 Prozent), bei Tapezier- (+4,3 Prozent), Fliesen- und Plattenarbeiten (+3,7 Prozent), bei der Installation von Gas-, Wasser- und Abwasseranlagen innerhalb von Gebäuden (+3,6 Prozent) sowie bei Tischlerarbeiten (+3,2 Prozent). Rohbauarbeiten haben sich gegenüber dem Vorjahresmonat mit +1,8 Prozent ebenfalls verteuert. Dies war in erster Linie auf gestiegene Preise bei Erd-, Entwässerungskanal-, Mauer-, Beton-, Zimmer-, Holz- und Erdarbeiten zurückzuführen.

Günstiger als vor einem Jahr waren lediglich Klempner- und Gerüstarbeiten (beides Rohbau) sowie Parkett- und Bodenbelagsarbeiten (beides Ausbau).

Preise Februar 2009: Baupreisindex im Land Brandenburg gestiegen

Der Baupreisindex (Bauleistungen am Bauwerk) ist im Land Brandenburg im Berichtsmonat Februar 2009 gegenüber November 2008 um 1,2 Prozent auf einen Indexstand von 121,4 (Basis 2005 = 100) gestiegen. Die Veränderung zum Vorjahresmonat Februar 2008 betrug +3,1 Prozent.

Die kurzfristige Entwicklung des Baupreisindex von November 2008 bis Februar 2009 wurde vordergründig durch den Anstieg der Preise für Rohbauarbeiten um 1,5 Prozent bestimmt. Großen Einfluss darauf hatte vor allem die Preiserhöhung bei Mauerarbeiten von +3,2 Prozent. Auch die Preise für Ausbauarbeiten sind gegenüber November 2008 gestiegen (+0,9 Prozent). Besonders hohe Veränderungsraten wurden dabei bei den Preisen für Tapezierarbeiten (+5,8 Prozent), Bodenbelagsarbeiten (+5,1 Prozent) sowie Arbeiten im Bereich Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsanlagen innerhalb von Gebäuden (+2,9 Prozent) ermittelt.

Die jährliche Veränderungsrate des Baupreisindex ist mit +3,1 Prozent nach wie vor hoch, zeigt aber eine weiter abnehmende Tendenz (November 2008: +3,8 Prozent, August 2008: +4,8 Prozent). Die Entwicklung im Jahresvergleich wurde sowohl durch Preiserhöhungen bei

Ausbauarbeiten (+3,2 Prozent) als auch bei Rohbauarbeiten (+2,9 Prozent) verursacht. Im Ausbau resultiert der Preisanstieg vor allem aus kräftigen Verteuerungen bei den Bauarbeiten in den Bereichen Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsanlagen innerhalb von Gebäuden (+6,5 Prozent), Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+5,0 Prozent), Metallbauarbeiten (+4,2 Prozent), Wärmedämm-Verbundsysteme (+3,5 Prozent), Putz- und Stuckarbeiten (+3,3 Prozent) sowie Nieder- und Mittelspannungsanlagen (+3,1 Prozent). Bei den Rohbauarbeiten war die jährliche Teuerung in erster Linie auf gestiegene Preise bei Mauer- (+3,9 Prozent) und Betonarbeiten (+3,6 Prozent), Zimmer- und Holzbauarbeiten (+2,9 Prozent) sowie Erdarbeiten (+2,7 Prozent) zurückzuführen.

Nennenswert günstiger als vor einem Jahr waren Klempner- (-3,6 Prozent; Rohbau) und Estricharbeiten (-3,2 Prozent; Ausbau).

Preisindex	Februar 2009		
	Index-stand	Veränderung in % gegenüber	
		Februar 2009	November 2008
Wohngebäude			
Bauleistungen am Bauwerk.....	121,4	3,1	1,2
Rohbauarbeiten.....	124,1	2,9	1,5
Ausbauarbeiten.....	119,2	3,2	0,9
Ausgewählte Bauwerksarten (Bauleistungen am Bauwerk)			
Ein- und Zweifamiliengebäude.....	121,0	2,9	1,2
Mehrfamiliengebäude.....	123,0	3,4	1,1
Bürogebäude.....	122,2	3,1	0,9
Gewerbliche Betriebsgebäude.....	124,0	3,5	0,8
Instandhaltung			
Mehrfamiliengebäude ohne Schönheitsreparaturen.....	119,5	3,5	1,4
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung.....	104,5	-3,8	-1,1
Straßenbau.....	118,6	4,5	0,9

**Baupreisindizes
in Brandenburg
(Basis 2005 = 100)**

Bildung Schuljahr 2008/09: Schülerzahl des Landes Brandenburg weiter gesunken

Im Schuljahr 2008/09 lernen 290 555 Schülerinnen und Schüler an Brandenburgs allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Mit einer Abnahme von 3,7 Prozent (-11 099) setzt sich der seit Jahren anhaltende Trend der rückläufigen Schülerzahlen aufgrund der demografischen Entwicklung fort.

An den 869 allgemeinbildenden Schulen des Landes lernen 221 778 Schülerinnen und Schüler. Davon besuchen 106 444 die Grundschulen, 15 642 die Gesamtschulen, 31 216 die Oberschulen, 52 665 die Gymnasien, 3 366 das berufliche Gymnasium an beruflichen Schulen, 10 040 die Förderschulen und 2 405 die Schulen und Einrichtungen des Zweiten Bildungsweges.

Gegenüber dem Vorjahr beträgt der Schüllerrückgang insgesamt 2,7 Prozent beziehungsweise 6 067. Von den rückläufigen Schülerzahlen sind außer den Grundschulen

alle Schulformen betroffen. Dabei steht dem höchsten Rückgang an den Gymnasien mit 3 341 Schülerinnen und Schülern ein Anstieg an den Grundschulen um 2 777 Kinder gegenüber.

An den beruflichen Schulen lernen 68 777 Jugendliche. Davon besuchen 50 607 einen Bildungsgang der Berufsschule, 9 627 einen Bildungsgang der Berufsfachschule, 3 654 einen Bildungsgang der Fachoberschule und 4 889 einen Bildungsgang der Fachschule. Gegenüber dem Vorjahr ist damit auch an den beruflichen Schulen des Landes Brandenburg ein Schüllerrückgang zu verzeichnen. Insgesamt lernen im laufenden Schuljahr an beruflichen Schulen 5 032 Jugendliche weniger. Das entspricht einem Rückgang von 6,8 Prozent im Vergleich zum Schuljahr 2007/08. Einzige Ausnahme bilden die Fachschulen. Hier werden 436 Schülerinnen und Schüler mehr als im Vorjahr unterrichtet.

Tourismus Januar 2009: in Berlin 7,2 Prozent mehr Übernachtungen

Im Januar 2009 meldeten die Berliner Beherbergungsstätten und Campingplätze für Urlaubscamping nach vorläufigen Berechnungen 463 000 neu angekommene Gäste, 4,0 Prozent mehr als vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 7,2 Prozent auf rund eine Million. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war mit 2,2 Tagen etwas länger als im Januar 2008 (2,1 Tage).

Die Zahl der Auslandsgäste ging leicht zurück (–0,4 Prozent), während die der Inlandsgäste um 5,9 Prozent zunahm. Übernachtungen von Gästen aus Deutschland wurden 8,4 Prozent mehr gezählt als ein Jahr zuvor (durchschnittliche Aufenthaltsdauer: 2,0 Tage). Die Zahl der Übernachtungen von Besuchern aus dem Ausland erhöhte sich um 5,1 Prozent (durchschnittliche Aufenthaltsdauer: 2,6 Tage). Diesmal reisten 28,9 Prozent der Gäste aus dem Ausland an (Januar 2008: 30,2 Prozent).

Rund drei Viertel der ausländischen Besucher kommen traditionell aus europäischen Ländern nach Berlin, diesmal waren es 74,4 Prozent. Die absolute Zahl der europäischen Touristen war insgesamt rückläufig (–2,3 Prozent). Hohe Steigerungen wurden allerdings für Gäste aus Rumänien (+72,6 Prozent), Bulgarien (+58,5 Prozent) und Griechenland (+35,9 Prozent) ermittelt. Aus Übersee reisten 5,8 Prozent mehr Besucher als im Vorjahr an, obwohl insbesondere die Zahl der Gäste aus Nord- und Mittelamerika stark rückläufig war (–20,4 Prozent). Aus China kamen beispielsweise 36,7 Prozent,

vom afrikanischen Kontinent 19,3 Prozent und aus den arabischen Golfstaaten 15,7 Prozent mehr Gäste an als im Januar 2008.

In Berlin waren im Januar 656 Beherbergungsstätten geöffnet, 70 mehr als ein Jahr zuvor; dazu kamen vier Campingplätze für Urlaubscamping. Insgesamt wurden 97 300 Betten angeboten, 7,8 Prozent mehr als im Januar 2008. Davon wurden 81 800 Betten von den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen (Hotellerie) sowie 15 600 Betten von weiteren Beherbergungsstätten (Jugendherbergen und Ähnliches, Betriebe, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen) bereitgestellt.

Als durchschnittliche Betten-Auslastung wurde insgesamt ein Wert von 33,2 Prozent (Vorjahr: 33,5) ermittelt, für die Hotellerie lag der Wert bei 33,3 Prozent (Vorjahr: 33,8) und für die weiteren Beherbergungsstätten bei 32,7 Prozent (Vorjahr: 31,6).

Herkunft	Januar 2009			
	Gäste	Veränderung zum Vorjahr in %	Übernach- tungen	Veränderung zum Vorjahr in %
Inland.....	328 900	5,9	652 900	8,4
Ausland.....	134 000	–0,4	347 100	5,1
darunter				
Italien.....	11 200	14,6	37 400	24,1
Großbritannien....	14 000	–12,0	35 200	–4,1
Russland.....	8 900	7,6	23 400	–1,0
USA.....	8 300	–20,1	22 400	–12,6
Niederlande.....	8 300	–5,3	21 600	2,8
Spanien.....	6 900	–10,9	20 200	–3,4
Frankreich.....	6 700	–4,8	16 300	8,6
Schweiz.....	6 000	–23,4	14 900	–6,8
Dänemark.....	5 000	7,0	12 700	11,7
Griechenland.....	3 200	35,9	11 000	33,4
Insgesamt	463 000	4,0	1 000 000	7,2

Gäste und Übernachtungen in den Beherbergungs- stätten Berlins im Januar 2009 nach Herkunftsland

Tourismus Januar 2009: Brandenburg-Tourismus rückläufig

Im ersten Monat des Jahres 2009 wurden im Land Brandenburg in 1 213 geöffneten Beherbergungsstätten mit mehr als acht Betten und auf 42 geöffneten Campingplätzen für Urlaubscamping insgesamt 145 800 neu angekommene Gäste begrüßt, 5,7 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Die Zahl der Übernachtungen verringerte sich um 4,1 Prozent auf 408 300. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag wie im Vorjahr bei 2,8 Tagen.

Das Bettenangebot der Beherbergungsstätten erhöhte sich landesweit gegenüber Januar 2008 um rund 800 (+1,2 Prozent) auf insgesamt 67 300. Die Auslastungsquote sank gegenüber dem Vorjahr von 20,9 auf 19,9 Prozent.

In den Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen (902 Betriebe mit einem Angebot von 43 100 Betten) ging die Zahl der Ankünfte um 4,3 Prozent auf 116 900 und die Zahl der Übernachtungen um 5,0 Prozent auf 230 100 zurück. Die Aufenthaltsdauer betrug durchschnittlich 2,0 Tage, die Betten-Auslastung 17,6 Prozent.

Unter dem Begriff „Weitere Beherbergungsbetriebe“ werden ab 2009 alle anderen Beherbergungseinrichtungen zusammengefasst (Jugendherbergen und ähn-

liche Betriebe, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Ferienzentren, -häuser und -wohnungen, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Campingplätze). Diese meldeten im Januar insgesamt 28 900 neue Gäste (–11,1 Prozent) und 171 200 Übernachtungen (–2,9 Prozent) bei einer durchschnittlichen Aufenthaltsdauer von 6,2 Tagen und einer Betten-Auslastung von 23,9 Prozent.

Daran beteiligt waren unter anderem 22 Vorsorge- und Rehabilitationskliniken des Landes mit 4 400 Betten, die bei 4 900 neuen Gästen (–1,6 Prozent), 115 500 Übernachtungen (+6,3 Prozent) und einer langen Aufenthaltsdauer (durchschnittlich 23,5 Tage) mit 84,2 Prozent wie üblich eine sehr hohe Betten-Auslastung erreichten und damit traditionell das Gesamtergebnis hinsichtlich Aufenthaltsdauer und Auslastung stark nach oben beeinflussen.

Die ebenfalls zu den weiteren Beherbergungsbetrieben gehörenden Campingplätze für Urlaubscamping zählten im Januar rund 200 neu angekommene Gäste (+87,1 Prozent) und 900 Übernachtungen (+91,7 Prozent). Dort werden keine Betten, sondern Stellplätze angeboten. Daher sind deren Ergebnisse in die errechneten Betten-Auslastungsquoten generell nicht einbezogen.

Gesundheit 2007: Berliner Krankenhaus- kosten gestiegen

Die 71 Berliner Krankenhäuser verursachten im Jahr 2007 Gesamtkosten von insgesamt 3,3 Mrd. EUR. Das waren 87,7 Mill. EUR beziehungsweise 2,7 Prozent mehr als 2006. Allerdings sind in den Gesamtkosten 2007

auch die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds der Krankenhäuser in Höhe von 34,3 Mill. EUR enthalten, die erstmalig 2007 erhoben wurden. Demnach betrug die bereinigte Kostensteigerung ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds 2007 gegenüber dem Vorjahr nur 53,4 Mill. EUR beziehungsweise 1,6 Prozent.

Die Kostensteigerung (ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds) betraf mit Ausnahme der Kosten der Ausbildungsstätten alle Kostenarten, obwohl die Zahl der Betten, die durchschnittliche Verweildauer und die Zahl der Vollkräfte gegenüber 2006 zurückgingen. Die durchschnittlichen Kosten je Bett nahmen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 2 304 EUR beziehungsweise 1,7 Prozent zu und erreichten die Höhe von 139 363 EUR. Die Kosten je Berechnungs-/Belegungstag blieben mit

466 EUR im Jahr 2007 fast unverändert. Die durchschnittlichen Kosten für einen Behandlungsfall wurden um rund ein Prozent auf 3 879 EUR reduziert.

Die größte Ausgabenposition der Berliner Krankenhäuser bildeten 2007 nach wie vor die Personalkosten. Sie betrugen 1,9 Mrd. EUR, was einem Anteil an den Gesamtkosten von 58,1 Prozent entspricht. Die Ausgaben für Personal stiegen gegenüber dem Vorjahr um 13,5 Mill. EUR beziehungsweise 0,7 Prozent. Je Vollkraft war ein Anstieg der durchschnittlichen Personalkosten um 1,6 Prozent auf 51 804 EUR zu verzeichnen. Der Anteil der Personalkosten an den Fallkosten stieg gegenüber 2006 von 69,8 Prozent auf 70 Prozent im Jahr 2007. Die Personalkosten je Behandlungsfall gingen dagegen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozent auf 2 714 EUR zurück.

Die Sachkosten nahmen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent zu und erreichten die Höhe von 1,3 Mrd. EUR. Die Zinsen, Abgaben und Steuern stiegen um 24,1 Prozent auf 17 Mill. EUR in 2007.

Merkmal	2004	2005	2006	2007	Veränderung zum Vorjahr in %
Grunddaten					
Aufgestellte Betten	20 531	20 350	19 859	19 627	- 1,2
Behandlungsfälle	691 224	691 869	694 518	705 203	1,5
Berechnungs- und Belegungstage in 1000	6 065	5 984	5 848	5 871	0,4
Verweildauer in Tagen	8,8	8,6	8,4	8,3	- 1,2
Vollkräfte	39 792	38 549	37 283	36 951	- 0,9
Kosten in 1000 EUR					
Gesamtkosten ¹	3 243 364	3 205 250	3 242 722	3 330 396	2,7
darunter ohne Ausbildungs-fonds	3 243 364	3 205 250	3 242 722	3 296 126	1,6
Kosten des Krankenhauses	3 219 976	3 182 546	3 218 270	3 271 904	1,7
Personalkosten	2 009 959	1 945 366	1 900 663	1 914 189	0,7
Sachkosten	1 202 249	1 229 456	1 303 898	1 340 707	2,8
Zinsen, Abgaben, Steuern	7 767	7 730	13 709	17 007	24,1
Kosten der Ausbildungsstätten	23 388	22 704	24 451	24 222	- 0,9
Ausbildungsfonds	-	-	-	34 270	x
Abzüge	514 084	480 008	520 861	560 851	7,7
Bereinigte Kosten ¹	2 729 280	2 725 241	2 721 860	2 769 545	1,8
darunter ohne Ausbildungs-fonds	2 729 280	2 725 241	2 721 860	2 735 274	0,5
Kostenkennziffern in EUR					
Kosten je Bett ²	132 935	133 918	137 059	139 363	1,7
Kosten je Berechnungs-/Belegungstag ²	450	455	465	466	0,1
Kosten je Behandlungsfall ²	3 948	3 939	3 919	3 879	- 1,0
Personalkosten je Behandlungsfall	2 908	2 812	2 737	2 714	- 0,8
Personalkosten je Vollkraft	50 511	50 465	50 979	51 804	1,6

¹ Ausbildungsfonds wurden ab Berichtsjahr 2007 erstmalig erhoben und bleiben bei der langfristigen Betrachtung unberücksichtigt.

² basisbereinigte Kosten und ohne Ausbildungsfonds

Ausgewählte Ergebnisse der Krankenhausstatistik im Land Berlin 2007

Gesundheit 2007: Anstieg der Krankenhauskosten im Land Brandenburg

Die 47 Krankenhäuser im Land Brandenburg verursachten im Jahr 2007 Gesamtkosten von 1,7 Milliarden EUR. Das waren 59,4 Millionen EUR beziehungsweise 3,6 Prozent mehr als 2006. Allerdings sind in den Gesamtkosten auch die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds der Krankenhäuser in Höhe von 1,7 Millionen EUR enthalten, die 2007 erstmalig erhoben wurden. Lässt man die Aufwendungen für den Ausbildungsfonds unberücksichtigt, dann fällt die Kostensteigerung 2007 gegenüber dem Vorjahr mit 57,8 Millionen EUR beziehungsweise 3,5 Prozent geringer aus.

Die Kostensteigerung (ohne Aufwendungen für den Ausbildungsfonds) betraf mit Ausnahme der Personalkosten alle übrigen Kostenarten, obwohl die Zahl der Betten, die Zahl der Berechnungs- und Belegungstage, die Vollkräftezahlen und die durchschnittliche Verweildauer gegenüber 2006 zurückgingen. Die durchschnittlichen Kosten je Bett nahmen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 3,3 Prozent zu und erreichten die Höhe von 106 935 EUR. Die Kosten je Berechnungs-/Belegungstag lagen im Jahr 2007 um 3,3 Prozent über denen des

Vorjahres und betrugen 370 EUR. Die durchschnittlichen Kosten für einen Behandlungsfall stiegen gegenüber 2006 um 1,4 Prozent auf 3 138 EUR.

Die Personalkosten bildeten 2007 nach wie vor die größte Ausgabenposition der Brandenburger Krankenhäuser. Sie betrugen eine Milliarde EUR, was einem Anteil von 58,3 Prozent an den Gesamtkosten entspricht. Die Ausgaben für Personal sanken jedoch im Zeitvergleich erstmalig seit 2002 gegenüber dem Vorjahr um 5,5 Millionen EUR beziehungsweise 0,5 Prozent. Die Personalkosten je Behandlungsfall gingen 2007 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 Prozent auf 1 912 EUR zurück. Die durchschnittlichen Personalkosten je Vollkraft stiegen allerdings um 1 678 EUR beziehungsweise 3,6 Prozent auf 48 668 EUR.

Die Budgets der Krankenhäuser enthielten 2007 etwa 683 Millionen EUR für Sachkosten aus Materialaufwand und sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Sachkosten um 57,5 Millionen EUR beziehungsweise 9,2 Prozent zu. Zinsen, Abgaben und Steuern stiegen um 38,5 Prozent auf 17,4 Millionen EUR.

Ausgewählte Ergebnisse der Krankenhausstatistik im Land Brandenburg 2007

Merkmal	2004	2005	2006	2007	Veränderung zum Vorjahr in %
Grunddaten					
Aufgestellte Betten	15 534	15 424	15 390	15 342	- 0,3
Behandlungsfälle	508 267	517 800	514 918	522 746	1,5
Berechnungs- und Belegungstage in 1000	4 497	4 498	4 447	4 432	- 0,3
Verweildauer in Tagen	8,8	8,7	8,6	8,5	- 1,8
Vollkräfte	21 541	21 459	21 392	20 542	- 4,0
Kosten in 1000 EUR					
Gesamtkosten ¹	1 579 057	1 618 251	1 657 207	1 716 655	3,6
darunter ohne Ausbildungsfonds	1 579 057	1 618 251	1 657 207	1 715 004	3,5
Kosten des Krankenhauses	1 568 237	1 605 643	1 643 055	1 699 905	3,5
Personalkosten	988 253	994 165	1 005 189	999 723	- 0,5
Sachkosten	572 103	602 465	625 287	682 761	9,2
Zinsen, Abgaben, Steuern	7 881	9 013	12 579	17 421	38,5
Kosten der Ausbildungsstätten	10 820	12 608	14 152	15 099	6,7
Ausbildungsfonds	-	-	-	1 651	x
Abzüge	62 420	57 878	63 365	74 400	17,4
Bereinigte Kosten ¹	1 516 637	1 560 374	1 593 842	1 642 255	3,0
darunter ohne Ausbildungsfonds	2 729 280	2 725 241	2 721 860	2 735 274	0,5
Kostenkennziffern in EUR					
Kosten je Bett ²	97 633	101 165	103 563	106 935	3,3
Kosten je Berechnungs-/Belegungstag ²	337	347	358	370	3,3
Kosten je Behandlungsfall ²	2 984	3 013	3 095	3 138	1,4
Personalkosten je Behandlungsfall	1 944	1 920	1 952	1 912	- 2,1
Personalkosten je Vollkraft	45 878	46 328	46 990	48 668	3,6

¹ Ausbildungsfonds wurden ab Berichtsjahr 2007 erstmalig erhoben und bleiben bei der langfristigen Betrachtung unberücksichtigt.

² basisbereinigte Kosten und ohne Ausbildungsfonds



aus Deutschland

Finanzen 2008: 2,7 Mrd. EUR öffentliches Finanzierungs- defizit im Jahr

Auf der Basis vorläufiger Kassenergebnisse für das Jahr 2008 stiegen die öffentlichen Einnahmen gegenüber dem Vorjahr um 2,4 Prozent auf 1 050,6 Mrd. EUR. Der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben lag mit 3,7 Prozent auf 1 053,3 Mrd. EUR darüber. Dadurch verzeichneten die öffentlichen Haushalte insgesamt ein kassenmäßiges Finanzierungsdefizit von 2,7 Mrd. EUR (in Abgrenzung der Finanzstatistik, einschließlich des Saldos der haushaltstechnischen Verrechnungen). Im Jahr 2007 hatten sie noch einen Finanzierungsüberschuss von 11,1 Mrd. EUR erzielt.

Der Bund hatte – wie schon 2007 – ein Finanzierungsdefizit, das 2008 um 2,0 Mrd. EUR auf 17,6 Mrd. EUR stieg. Die im Vorjahr erzielten Finanzierungsüberschüsse der übrigen öffentlichen Haushalte waren im Berichtszeitraum rückläufig: Der Finanzierungsüberschuss der Länder verringerte sich beträchtlich, und zwar um 8,1 Mrd. EUR auf 1,0 Mrd. EUR. Vergleichsweise gering fiel demgegenüber der Rückgang beim Finanzierungsüberschuss der Gemeinden und Gemeindeverbänden aus: um 1,2 Mrd. EUR auf 7,4 Mrd. EUR. Die gesetzliche Sozialversicherung erreichte 2008 einen Finanzierungsüberschuss von 6,5 Mrd. EUR, der um 2,5 Mrd. EUR unter dem Vorjahresbetrag lag.

Aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben erzielten die öffentlichen Haushalte 2008 um 3,4 Prozent auf 944,6 Mrd. EUR gestiegene Einnahmen: Vergleichsweise niedrig fiel dabei der Zuwachs bei den Beitragseinnahmen der Sozialversicherung aus (+1,8 Prozent), während die Steuereinnahmen beim Bund um 3,6 Prozent, bei den Ländern um 4,3 Prozent und bei den Gemeinden sogar um 6,2 Prozent über dem Vorjahresniveau lagen. Die Einnahmen aus Gebühren und Entgelten stiegen insgesamt um 1,6 Prozent auf 28,6 Mrd. EUR. Rückläufig waren dagegen die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit (–11,6 Prozent auf 19,4 Mrd. EUR) und die Erlöse aus Beteiligungsveräußerungen (–41,0 Prozent auf 7,2 Mrd. EUR) insbesondere bei den Ländern.

Die Ausgaben für Sachinvestitionen (+5,5 Prozent auf 35,6 Mrd. EUR) und Personal (+3,0 Prozent auf 201,5 Mrd. EUR) stiegen deutlich stärker als im Vorjahr. Die Ausgaben für soziale Leistungen (+0,6 Prozent auf 358,8 Mrd. EUR) lagen nur geringfügig über dem Vorjahresniveau. Für den Erwerb von Beteiligungen

gaben die öffentlichen Haushalte insgesamt 13,8 Mrd. EUR aus, darunter der Bund 8,9 Mrd. EUR und die Länder 3,8 Mrd. EUR (2007: Bund: 0,6 Mrd. EUR, Länder: 1,7 Mrd. EUR). Rückläufig waren die Darlehensgewährungen der öffentlichen Hand (–23,2 Prozent auf 4,8 Mrd. EUR).

Die Nettokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte lag im Jahr 2008 insgesamt um 1,9 Milliarden EUR über dem Ergebnis des Vorjahres und erreichte 10,8 Mrd. EUR. Der Bund steigerte die Nettokreditaufnahme um 5,7 Mrd. EUR auf 19,7 Mrd. EUR, während die Länder und die Gemeinden und Gemeindeverbände erneut mehr Kreditmarktschulden tilgten, als sie neu aufgenommen hatten. Die Nettotilgung der Länder betrug 6,0 Mrd. EUR, die der Gemeinden und Gemeindeverbände 3,0 Mrd. EUR.

Die zur Finanzierung der Haushalte aufgenommenen Kreditmarktschulden erreichten zum 31. Dezember 2008 den Stand von 1 515,0 Mrd. EUR (31. Dezember 2007: 1 499,5 Mrd. EUR). Der Stand der Kassenverstärkungskredite erhöhte sich weiter und betrug zum Jahresende 61,8 Mrd. EUR (31. Dezember 2007: 50,5 Mrd. EUR).

Die vierteljährlichen Kassenergebnisse 2008 beziehen sich auf die Kernhaushalte des Bundes und der Länder (jeweils einschließlich Extrahaushalte), der Gemeinden und Gemeindeverbände sowie auf die EU-Anteile und die Sozialversicherung (einschließlich Extrahaushalte). Der 2008 errichtete Finanzmarktstabilisierungsfonds wird statistisch als Extrahaushalt des Bundes nachgewiesen. Die im vierten Quartal 2008 durchgeführten kassenwirksamen Finanztransaktionen sind in den Kassenergebnissen 2008 enthalten. Sie wirkten sich schwerpunktmäßig auf den Beteiligungserwerb und die Nettokreditaufnahme aus.

Bei der Interpretation der Ergebnisse für die öffentlichen Haushalte im Jahr 2008 ist zu berücksichtigen, dass die Ergebnisse vorläufig sind. Die Daten der Gemeinden und Gemeindeverbände sind bei verschiedenen Ausgabepositionen nur eingeschränkt aussagefähig, da die Einführung neuer doppischer Rechnungssysteme in einigen Ländern Datenlieferprobleme verursachte. Die Daten eines Landes mussten geschätzt werden. Bereits veröffentlichte Vorjahresergebnisse für die öffentlichen Haushalte werden hiermit revidiert.

Quelle: Statistisches Bundesamt

2008: Kommunen mit Einnahmenüberschuss

Finanzen Die Gemeinden und Gemeindeverbände in Deutschland (ohne die Stadtstaaten) haben im Jahr 2008 nach vorläufigen, teilweise geschätzten Ergebnissen, insgesamt 174,9 Mrd. EUR und damit 3,3 Prozent mehr an Einnahmen erzielt als im Vergleichsjahr 2007. Die kassenmäßigen Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände lagen mit 167,5 Mrd. EUR um 4,2 Prozent über dem entsprechenden Vorjahresbetrag. In der Abgrenzung der Finanzstatistik errechnet sich hieraus ein kassenmäßiger Finanzierungsüberschuss in Höhe von 7,4 Mrd. EUR. Im Jahr 2007 hatte er noch 8,6 Mrd. EUR betragen.

Wie bereits im Vorjahr war die Entwicklung auf der Einnahmenseite auch 2008 gekennzeichnet von einem kräftigen Zuwachs bei den im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs vom Land empfangenen Schlüsselzuweisungen. Sie erhöhten sich um 10,8 Prozent auf 27,0 Mrd. EUR. Die Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen verlangsamte sich 2008; sie stiegen im Berichtsjahr um 6,2 Prozent auf 70,4 Mrd. EUR (2007: +8,0 Prozent). Der Zuwachs beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer fiel mit 13,0 Prozent auf 25,9 Mrd. EUR besonders deutlich aus. Die Gewerbesteuererinnahmen nahmen dagegen – nach Abzug der Gewerbesteuerumlage – nur noch um 2,9 Prozent auf 31,1 Mrd. EUR zu, die Einnahmen aus der Grundsteuer lediglich um 0,9 Prozent auf 9,5 Mrd. EUR. In den neuen Ländern fiel der Anstieg der kommunalen Steuereinnahmen mit 15,9 Prozent auf 7,1 Mrd. EUR drei Mal so hoch aus wie im früheren Bundesgebiet (+5,2 Prozent auf 63,3 Mrd. EUR).

Die Einnahmen aus investiven Zuweisungen der Länder stagnierten 2008 nahezu. Konnten hier die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2007 noch annähernd 6,0 Prozent mehr Einnahmen als im Vorjahr

verbuchen, betrug die Steigerung im Jahr 2008 lediglich 0,5 Prozent auf 7,7 Mrd. EUR.

Auf der Ausgabenseite erhöhte sich 2008 der laufende Sachaufwand mit 4,7 Prozent auf 34,5 Mrd. EUR am stärksten. Die kommunalen Sachinvestitionen nahmen um 4,3 Prozent auf 20,9 Mrd. EUR zu. Die darin enthaltenen kommunalen Bauausgaben stiegen insgesamt lediglich um 2,7 Prozent auf 15,8 Mrd. EUR, wobei sich in den neuen Bundesländern sogar ein deutlicher Rückgang um 4,6 Prozent ergab.

Die Personalausgaben weisen bei den Kommunen im Jahr 2008 insgesamt ein Plus von 4,3 Prozent auf 42,3 Mrd. EUR auf. Gleichzeitig stiegen die sozialen Leistungen um 3,0 Prozent auf 38,7 Mrd. EUR, während die Zinsausgaben nur um 0,9 Prozent auf 5,2 Mrd. EUR zunahmen.

Die Schuldentilgung der Gemeinden betrug 2008 10,2 Mrd. EUR. Gleichzeitig wurden 7,3 Mrd. EUR neue Schulden zur Finanzierung der Haushalte am Kreditmarkt aufgenommen, wodurch sich eine Nettotilgung von 3,0 Mrd. EUR ergab. Der Stand der Kreditmarktschulden verringerte sich dadurch zum Ende des Jahres 2008 auf 76,5 Mrd. EUR (31. Dezember 2007: 79,0 Mrd. EUR). Der Stand der kurzfristigen Kassenkredite erhöhte sich allerdings weiter auf 29,7 Mrd. EUR (31. Dezember 2007: 28,4 Mrd. EUR).

Durch Probleme bei der Einführung des doppelten Rechnungswesens sind die Daten der Kommunen in den betroffenen Ländern insbesondere bei verschiedenen Ausgabepositionen nur eingeschränkt aussagefähig; die Daten eines Landes mussten aus diesem Grunde geschätzt werden.

Endgültige Ergebnisse mit detaillierten Ländernachweisen liegen voraussichtlich im Mai dieses Jahres vor.

Quelle: Statistisches Bundesamt

2008: Drei Viertel aller deutschen Exporte gehen nach Europa

Außenhandel Nach vorläufigen Zahlen gingen von den im Jahr 2008 aus Deutschland insgesamt exportierten Waren im Wert von 994,9 Mrd. EUR 75,0 Prozent (746,6 Mrd. EUR) in europäische Länder. Zweitwichtigster Absatzmarkt deutscher Waren war Asien mit einem Anteil von 11,8 Prozent (117,2 Mrd. EUR), gefolgt von Amerika mit einem Anteil von 10,2 Prozent (102,0 Mrd. EUR). Nach Afrika wurden nur 2,0 Prozent (19,7 Mrd. EUR) und nach Australien und Ozeanien 0,8 Prozent (7,6 Mrd. EUR) aller deutschen Exporte verkauft.

Importiert wurden im Jahr 2008 Waren im Wert von 818,6 Mrd. EUR. Davon kamen 72,0 Prozent aus Europa (589,3 Mrd. EUR). Einfuhrseitig lag Asien mit einem Anteil an den Gesamtimporten von 16,1 Prozent (132,1 Mrd. EUR) vor Amerika mit einem Anteil von 8,9 Prozent (72,9 Mrd. EUR). Aus Afrika kamen 2,5 Prozent (20,6 Mrd. EUR) und aus Australien und Ozeanien 0,4 Prozent (3,0 Mrd. EUR) der nach Deutschland importierten Waren.

Der deutsche Ausfuhrüberschuss im Jahr 2008 von 176,2 Mrd. EUR resultierte hauptsächlich aus der positiven Handelsbilanz gegenüber Europa (+157,3 Mrd. EUR) und Amerika (+29,0 Mrd. EUR). Auch nach Australien und Ozeanien lieferte Deutschland mehr Waren, als es von dort bezog (+4,6 Mrd. EUR). Aus Asien hingegen wurden mehr Waren nach Deutschland importiert als

dorthin exportiert (–14,9 Mrd. EUR). Ebenso kamen mehr Waren aus Afrika, als dorthin aus Deutschland ausgeführt wurden (–0,9 Mrd. EUR).

Wichtigster Handelspartner in Europa waren im Jahr 2008 ausfuhrseitig Frankreich mit Exporten in Höhe von 96,9 Mrd. EUR und einfuhrseitig die Niederlande mit Importen in Höhe von 72,1 Mrd. EUR. Damit stehen Frankreich (ausfuhrseitig) und die Niederlande (einfuhrseitig) auch weltweit auf Rang eins der Rangfolge der wichtigsten deutschen Handelspartner. Im asiatischen Raum spielte China die größte Rolle. Der Wert der nach China gelieferten Waren betrug 34,1 Mrd. EUR (Rang elf aller Handelspartner) und der Wert der aus China bezogenen Waren 59,4 Mrd. EUR (Rang drei). Auf dem amerikanischen Kontinent waren die Vereinigten Staaten Deutschlands wichtigster Handelspartner. Exportiert wurden Waren im Wert von 71,5 Mrd. EUR (weltweit Rang zwei) und importiert im Wert von 46,1 Mrd. EUR (Rang vier). Wichtigster Abnehmer deutscher Exporte in Afrika war Südafrika mit Exporten in Höhe von 7,3 Mrd. EUR (weltweit Rang 29). Einfuhrseitig war Libyen der wichtigste afrikanische Handelspartner. Aus Libyen wurden Waren im Wert von 5,5 Mrd. EUR importiert (Rang 26). Australien bezog deutsche Waren im Wert von 6,6 Mrd. EUR (Rang 31) und lieferte Waren im Wert von 2,0 Mrd. EUR (Rang 42) nach Deutschland.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitsmarkt Januar 2009: Erwerbs- losenquote in Deutschland niedriger als in den USA

Die deutsche Erwerbslosenquote im Januar 2009 war saisonbereinigt mit 7,3 Prozent erstmals seit 16 Jahren niedriger als die Quote der USA, die bei 7,6 Prozent lag und zuvor deutlich angestiegen war. Bereits im Dezember 2008 befanden sich die Quoten beider Länder mit 7,2 Prozent auf gleicher Höhe. Im Januar 2008 hatte die deutsche Erwerbslosenquote noch 2,8 Prozentpunkte über der US-amerikanischen gelegen. Die Erwerbslosenquote gibt den Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt an. Die hier zugrunde gelegte Abgrenzung folgt dabei dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und ist daher – anders als die Arbeitslosenquote der Bundesagentur für Arbeit – international vergleichbar.

Die deutsche Erwerbslosenquote hatte im Januar 2008 7,7 Prozent betragen und war bis August auf 7,2 Prozent gefallen. Erst im Januar 2009 ist sie wieder leicht auf 7,3 Prozent angestiegen, lag damit aber noch 0,4 Prozentpunkte unter dem Vorjahresmonat.

In den USA hatte die Erwerbslosenquote im Januar 2008 noch bei 4,9 Prozent gelegen und war ab März nach und nach bis zu ihrem jetzigen Höchstwert im Januar 2009 gestiegen. Die US-amerikanische Quote hat somit im Vorjahresvergleich um 2,7 Prozentpunkte zugelegt.

Zuletzt hatte Deutschland im Jahr 1992 eine im Jahresdurchschnitt niedrigere Erwerbslosenquote als die

USA aufgewiesen. Die deutsche Quote hatte damals bei 6,2 Prozent und die US-amerikanische bei 7,5 Prozent gelegen. In den USA ging in den folgenden Jahren die Erwerbslosenquote nachhaltig zurück. Im Jahr 2007 lag die US-amerikanische Quote im Jahresdurchschnitt bei 4,6 Prozent. In Deutschland hatte sich die Erwerbslosenquote nach 1992 mit jedem konjunkturellen Abschwung deutlich erhöht, ohne in den anschließenden Aufschwungsphasen auf das jeweilige Ausgangsniveau zurückzugehen. Der bisherige Höchstwert der deutschen Erwerbslosenquote wurde im Jahr 2005 mit 10,6 Prozent erreicht. Seit dem hat sich die deutsche Quote Jahr für Jahr reduziert und lag 2007 bei 8,3 Prozent.

Ein ausführlicher Vergleich der Erwerbslosenquoten der Staaten der Europäischen Union und der USA findet sich in einem aktuell erschienenen Beitrag „Erwerbslosigkeit im internationalen Vergleich“ im STATmagazin des Statistischen Bundesamtes im Internet. Die dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) entsprechenden Erwerbslosenquoten für die EU-Mitgliedstaaten werden vom Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) veröffentlicht. Für den Vergleich der Monatsergebnisse wurden wie auf EU-Ebene üblich saisonbereinigte Erwerbslosenquoten herangezogen. Die Quoten basieren für Deutschland auf der in den Mikrozensus integrierten Arbeitskräfteerhebung und für die USA auf dem Current Population Survey.

Quelle: Statistisches Bundesamt

Arbeitsmarkt Februar 2009: Erwerbs- tätigkeit fällt fast auf Vorjahresniveau zurück

Auf Grundlage erster vorläufiger Berechnungen waren im Februar 2009 39,81 Millionen in Deutschland lebende Personen erwerbstätig. Das sind im Vergleich zum Vorjahresmonat 31 000 oder 0,1 Prozent mehr.

Die Beschäftigungsgewinne des letzten Jahres haben sich mit den seit November anhaltenden monatlichen Rückgängen somit fast aufgezehrt.

Die Erwerbstätigenzahl ist im Vergleich zum Vormonat Januar um 14 000 Personen gesunken. Dieser vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise moderat erscheinende Rückgang relativiert sich mit Blick auf die durchschnittliche Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in den Februar-Monaten der letzten zehn Jahre. Sie lag im Durchschnitt bei einer Zunahme von 40 000 Erwerbstätigen. Neben der Konjunktur dürfte die in diesem Winter relativ kalte Witterung einen negativen Einfluss auf die Entwicklung gehabt haben. Demgegenüber dürften die Regelungen zur Kurzarbeit dämpfend auf den Rückgang gewirkt haben.

Eine negative Entwicklung der Erwerbstätigkeit zeigt sich auch nach rechnerischer Ausblendung üblicher jahreszeitlich bedingter Schwankungen. Gegenüber dem Vormonat ging das saisonbereinigte Ergebnis um 13 000 auf 40,20 Millionen Erwerbstätige im Februar 2009 zurück.

Auf Basis der Arbeitskräfteerhebung wurden die Erwerbslosenzahlen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ermittelt. Nach vorläufigen Schätzungen waren im Februar 2009 saisonbereinigt 3,18 Millionen Personen erwerbslos. Die Zahl der Erwerbslosen lag somit saisonbereinigt um 80 000 Per-

sonen oder 2,5 Prozent unter der des Vorjahresmonats Februar 2008. Gegenüber dem Vormonat Januar 2009 ist die saisonbereinigte Erwerbslosenzahl um 1,1 Prozent angestiegen. Die EU-weit harmonisierte saisonbereinigte Erwerbslosenquote für Deutschland, gemessen als Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen insgesamt, lag bei 7,4 Prozent und damit unter dem Ergebnis des Vorjahresmonats von 7,6 Prozent.

**Erwerbslose
mit Wohnort
in Deutschland
– saisonbereinigte
Ergebnisse¹**

Erwerbslose	Februar 2009	Vormonat		Vorjahresmonat	
		Januar 2009	Verän- derung	Februar 2008	Verän- derung
Personen	in Millionen	in %		in Millionen	in %
Insgesamt	3,18	3,14	1,1	3,26	-2,5
Männer	1,77	1,74	3,0	1,72	2,7
Frauen	1,41	1,40	0,3	1,54	-8,5
15- bis 24-Jährige	0,54	0,53	2,1	0,53	0,9
25- bis 74-Jährige	2,64	2,62	0,8	2,73	-3,3
Erwerbslosenquote ²	Anteile in %	in %	Anteile in %	in %	
Insgesamt	7,4	7,3	1,0	7,6	-2,4
Männer	7,7	7,6	1,6	7,5	2,9
Frauen	7,0	7,0	0,3	7,6	-8,5
15- bis 24-Jährige	10,2	10,0	2,0	10,1	1,3
25- bis 74-Jährige	7,0	6,9	0,8	7,2	-3,2

¹ Geschätzte saisonbereinigte Werte zur Erwerbslosigkeit auf Basis der Arbeitskräfteerhebung. Eine methodische Beschreibung kann im Internet abgerufen werden. (Vorläufige Ergebnisse).

² Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Erwerbslose) gemäß europäischer Abgrenzung: Erwerbstätige und Erwerbslose in Privathaushalten im Alter von 15 bis 74 Jahren, ohne Wehrpflichtige und Zivildienstleistende; Untergruppen analog dazu in entsprechender Abgrenzung.

Quelle: Statistisches Bundesamt



aus Europa

4. Quartal: BIP um 1,5 Prozent gesunken

BIP Im Vergleich zum Vorquartal ist im vierten Quartal 2008 das BIP sowohl in der Eurozone (EZ15) als auch in der EU27 um 1,5 Prozent gesunken. Dies geht aus von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, veröffentlichten ersten Schätzungen hervor. Im dritten Quartal 2008 betrug die Wachstumsrate –0,2 Prozent in der Eurozone und –0,3 Prozent in der EU27. Im Vergleich zum vierten Quartal 2007 ist das saisonbereinigte BIP sowohl in der Eurozone als auch in der EU27 um 1,3 Prozent gesunken, nach jeweils +0,6 Prozent beziehungsweise +0,7 Prozent im Vorquartal.

(...) Im vierten Quartal 2008 sanken die Konsumausgaben der privaten Haushalte in der Eurozone um 0,9 Prozent und um 0,8 Prozent in der EU27 (nach +0,1 Prozent in beiden Gebieten im Vorquartal). Die Investitionen verringerten sich in der Eurozone um 2,7 Prozent und in der EU27 um 2,5 Prozent (nach –0,6 Prozent beziehungsweise –1,0 Prozent). Die Ausfuhren sanken in der Eurozone um 7,3 Prozent und in der EU27

um 6,8 Prozent (nach 0,0 Prozent in beiden Gebieten). Die Einfuhren fielen sowohl in der Eurozone als auch in der EU27 um 5,5 Prozent (nach +1,4 Prozent beziehungsweise +1,0 Prozent).

(...) In den Vereinigten Staaten verzeichnete das BIP im vierten Quartal 2008 einen Rückgang von 1,6 Prozent, nach –0,1 Prozent im dritten Quartal. In Japan sank das BIP im vierten Quartal 2008 um 3,3 Prozent, nach –0,6 Prozent im Vorquartal. Im Vergleich zum vierten Quartal 2007 ist das BIP der Vereinigten Staaten um 0,8 Prozent gesunken (nach +0,7 Prozent im Vorquartal) und dasjenige Japans um 4,6 Prozent gefallen (nach –0,2 Prozent).

(...) Für das gesamte Jahr 2008 ergibt sich in der Eurozone ein BIP-Wachstum von 0,8 Prozent und in der EU27 von 0,9 Prozent, nach Werten von +2,6 Prozent beziehungsweise +2,9 Prozent im Jahr 2007. Das Gesamtjahreswachstum des BIP 2008 betrug in den Vereinigten Staaten +1,1 Prozent (nach +2,0 Prozent im Jahr 2007) und in Japan –0,7 Prozent (nach +2,4 Prozent im Jahr 2007).

Quelle: Eurostat

Januar 2009: Handels- bilanzdefizit der Eurozone bei 10,5 Mrd. EUR

Handel (...) Nach ersten Schätzungen ergab sich für die Eurozone (EZ16) im Januar 2009 ein Defizit von 10,5 Mrd. EUR im Handel mit der übrigen Welt, gegenüber –11,1 Mrd. im Januar 2008. Im Dezember 2008 hatte der Saldo –1,7 Mrd. und im Dezember 2007 –4,5 Mrd. betragen. Im Januar 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum Dezember 2008 (saisonbereinigt) um 10,7 Prozent und die Einfuhren um 7,3 Prozent ab.

Die EU27 wies nach ersten Schätzungen im Januar 2009 ein Handelsbilanzdefizit von 26,3 Mrd. EUR auf, gegenüber –30,3 Mrd. im Januar 2008. Im Dezember 2008 war ein Saldo von –11,0 Mrd. EUR und im Dezember 2007 von –17,7 Mrd. EUR verbucht worden. Im Januar 2009 nahmen die Ausfuhren im Vergleich zum Dezember 2008 (saisonbereinigt) um 16,7 Prozent und die Einfuhren um 8,1 Prozent ab.

(...) Beim Handel mit Energie nahm das Defizit der EU27 zu (–363,3 Mrd. EUR im Jahr 2008 gegenüber –271,6 Mrd. EUR im Jahr 2007), während zugleich der Überschuss im Handel mit Maschinen und Fahrzeugen (+155,2 Mrd. EUR gegenüber +124,9 Mrd. EUR) anstieg.

Abgesehen von den Ausfuhren in die USA (–5 Prozent im Jahr 2008 gegenüber Jahr 2007) und nach Japan (–3 Prozent), sowie den Einfuhren aus Japan und Südkorea (je –5 Prozent) sowie der Türkei (–2 Prozent), nahm der Handel der EU27 mit den meisten ihrer wichtigsten

Partnerländer zu. Zu den höchsten Zuwächsen kam es bei den Ausfuhren nach Brasilien (+24 Prozent) und Russland (+18 Prozent) und bei den Einfuhren aus Russland und Norwegen (je +20 Prozent).

Der Handelsbilanzüberschuss der EU27 fiel gegenüber den USA (+63,1 Mrd. EUR im Jahr 2008 gegenüber +79,8 Mrd. EUR im Jahr 2007) und stieg gegenüber der Schweiz (+17,6 Mrd. EUR gegenüber +16,0 Mrd. EUR) und der Türkei (+8,4 Mrd. EUR gegenüber +5,7 Mrd. EUR). Zu einer Ausweitung des Handelsdefizits der EU27 kam es gegenüber China (–169,2 Mrd. EUR gegenüber –160,7 Mrd. EUR), Russland (–68,1 Mrd. EUR gegenüber –55,1 Mrd. EUR) und Norwegen (–48,3 Mrd. EUR gegenüber –33,1 Mrd. EUR), zu einem Rückgang dagegen gegenüber Japan (–32,4 Mrd. EUR gegenüber –34,6 Mrd. EUR), Südkorea (–13,7 Mrd. EUR gegenüber –16,6 Mrd. EUR) und Brasilien (–9,2 Mrd. EUR gegenüber –11,5 Mrd. EUR).

Was den Handel der einzelnen Mitgliedstaaten angeht, so erzielte Deutschland den höchsten Überschuss (+175,5 Mrd. EUR im Jahr 2008), gefolgt von den Niederlanden (+40,5 Mrd. EUR) und Irland (+28,0 Mrd. EUR). Das Vereinigte Königreich (–118,0 Mrd. EUR) verbuchte das größte Defizit, gefolgt von Spanien (–90,5 Mrd. EUR), Frankreich (–67,9 Mrd. EUR), Griechenland (–35,7 Mrd. EUR), Polen (–24,6 Mrd. EUR), Portugal (–23,2 Mrd. EUR) und Rumänien (–22,7 Mrd. EUR).

Quelle: Eurostat

Jürgen Hübner

Wirtschaft im Überblick



Berlin Dezember 2008

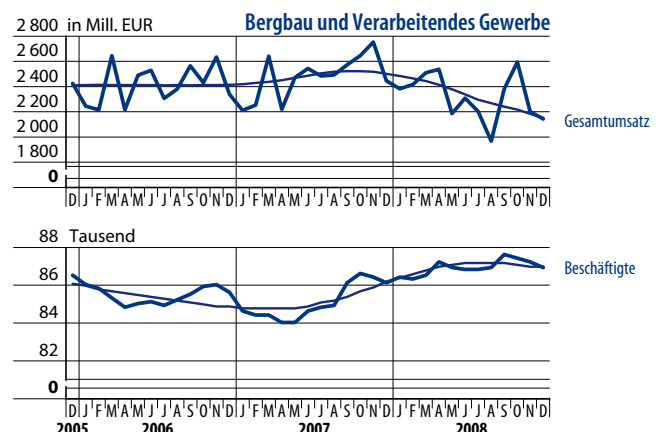
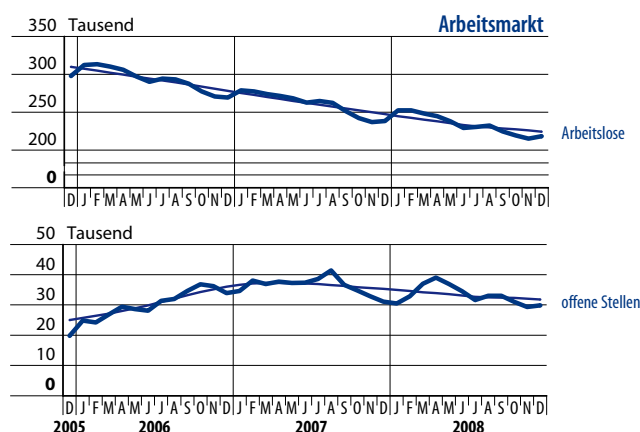
Die Zahl der Berliner Arbeitslosen verminderte sich vom Dezember 2007 bis zum Dezember 2008 um 8,5 Prozent, das waren 20 154 Personen weniger. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 15,1 Prozent. Im Verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden bewegten sich die dargestellten Kennziffern vom Dezember, was den Auslandsatz und die Beschäftigten anbelangte, noch im positiven Bereich, während der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes und der Gesamtumsatz teilweise stark nachgaben. Für das Berliner Bauhauptgewerbe zeigte sich beim Baugewerblichen Umsatz, den Beschäftigten und beim Auftragseingang eine anhaltend positive Entwicklung. Beim Einzelhandel blieb der Trend der Messzahl der Beschäftigten fast gleich, die des nominalen Umsatzes stieg an. Im

Gastgewerbe verzeichneten die Beschäftigtenzahl und der nominale Umsatz eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente. Dieselbe Komponente des Außenhandels-Exportes war in letzter Zeit fallend, während die des Importes wieder anstieg. Im Berlin-Tourismus stieg die Zahl der Gäste ebenso wie die der Übernachtungen weiterhin stabil. Beim Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen und dem Saldo der Betriebsgründungen und -aufgaben war ein stärker schwankender – ab Mitte 2007 deutlich fallender Trend – erkennbar, der jedoch im letzten Halbjahr bei den Gewerbemeldungen wieder leicht anstieg. Die beantragten Insolvenzen und die Regelin-solvenzen der Unternehmen wiesen seit Mitte des Jahres 2007 eine fallende Trend-Konjunktur-Komponente auf. Die Berliner Inflationsrate lag im aktuellen Monat bei +0,8 Prozent – Tendenz seit dem Mai des Jahres 2008 fallend.

betrug 15,1 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,9 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,2 beziehungsweise 1,3 Prozentpunkte weniger. Damit lag die Berliner Arbeitslosenquote der abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,8 Prozentpunkte und die auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 5,5 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch 1,4 beziehungsweise 0,7 Prozentpunkte über den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich der Berliner). Insgesamt hatte sich – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Arbeitslosenzahl – die linear-fallende Tendenz weiter fortgesetzt. Die gemeldeten offenen Stellen verringerten sich seit dem Dezember des vorigen Jahres um 1 114 oder 3,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der offenen Stellen fällt seit dem April 2007 wieder. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 7,3.

Die im Monat Dezember 2008 im Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden berichtspflichtigen 364 Berliner Betriebe – mit mehr als 50 Beschäftigten – erwirtschafteten im gleichen Monat einen Gesamtumsatz von 2 143,2 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vormonats wurde damit um 57,6 Millionen EUR unterschritten; es verringerte sich um 2,6 Prozent. Im Jahr 2008 konnten die Berliner Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 27,8 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem gleichen Zeitraum des Jahres 2007 war dies eine Verminderung um 6,4 Prozent oder 303,4 Millionen EUR. Im Dezember 2008 wurden im Ausland durch diesen Wirtschaftszweig 813,8 Millionen EUR abgesetzt, das

In Berlin wurden am Ende des Monats Dezember 2008 mit 218 190 Arbeitslosen 3 121 Personen oder 1,5 Prozent mehr als im Vormonat, dem November 2008, registriert. Im Vergleich zum Dezember 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 8,5 Prozent, das sind 20 154 Personen, ab. Die Personenzahl entspricht etwa der Einwohnerzahl einer brandenburgischen Stadt der Größe Teltow oder Wittenberges. Die Arbeitslosenquote Berlins auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen



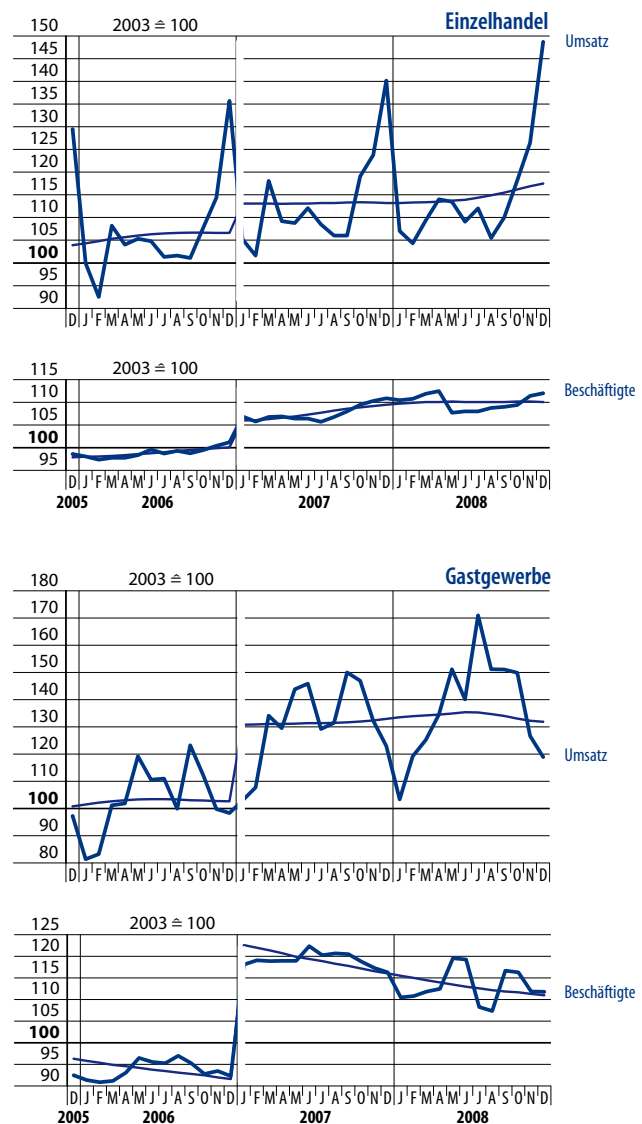
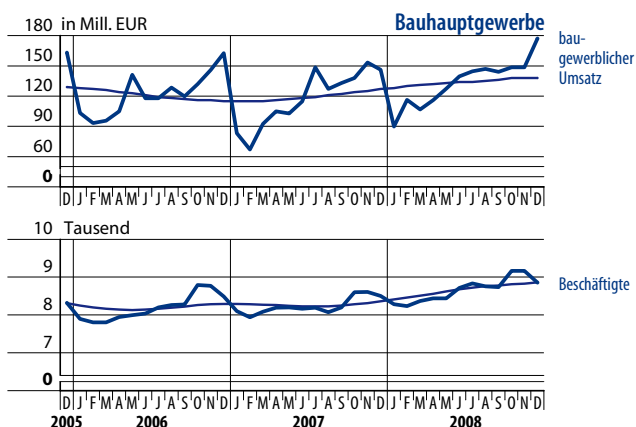
entsprach 38,0 Prozent des Gesamtumsatzes, aber auch +1,0 Prozent gegenüber dem Dezember 2007. Der Auftragseingangindex des Verarbeitenden Gewerbes zeigte eine nachlassende Entwicklung. Es ergab sich eine Veränderungsrate von -4,5 Prozent im Ein-Jahres-Vergleich – Januar 2008 bis Dezember 2008 zu Januar 2007 bis Dezember 2007. Im Monats-Vergleich vom Dezember 2008 zum Dezember 2007 betrug der Verlust des Auftragseingangindex 16,4 Prozent. Im betrachteten Monat waren im Berliner Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden 87 019 Personen beschäftigt, +1,0 Prozent oder 829 Beschäftigte mehr als im Dezember 2007. Die Trend-Konjunktur-Komponente des Umsatzes war seit der Mitte des vorigen Jahres stark fallend, während die der Beschäftigtenzahl nach einem etwa einjährigen Anstieg jetzt konstant verläuft. Die Produktivität (Umsatz je Beschäftigten) fiel auf 24 629,10 EUR pro Beschäftigten. Das waren im Vergleich zum Vorjahresmonat -13,2 Prozent und -8,4 Prozent beim Vergleich der beiden letzten Jahre.

Das Berliner **Bauhauptgewerbe** zeigte bei allen drei Kennziffern – Auftragseingang, Beschäftigten und baugewerblichen Umsatz – eine positive Entwicklung. Die grafische Darstellung war weiterhin durch die fast synchron verlaufenden saisonalen Schwankungen im baugewerblichen Umsatz und bei den Beschäftigten gekennzeichnet. Beide Trend-Konjunktur-Komponenten steigen, die Beschäftigten deutlich stärker als der Umsatz. Der Auftragseingang von 122,4 Millionen EUR war im Dezember 2008 mit +27,5 Prozent zum Vorjahresmonat sehr positiv, im Ein-Jahresvergleich waren es +4,2 Prozent. Die in diesem Wirtschaftsabschnitt beschäftigten 8 857 Arbeitnehmer erzielten im Dezember 2008 einen baugewerblichen Umsatz von 177,1 Millionen EUR. Dieser lag um 21,1 Prozent über dem Wert vom Dezember 2007. Im Vergleich der Zwölf-Monats-Zeiträume ist ein Zuwachs von 13,8 Prozent aufgetreten. Die Beschäftigtenzahl stieg im Vergleich des Dezember 2008 zum Dezember 2007 um 4,1 Prozent, im zwölfmonatigen Zeitraum um +5,2 Prozent.

Im Berliner **Einzelhandel** war mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung bei der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen worden. In der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente kann diese als Sprungstelle berücksichtigt werden, der Ein-Jahres-Vergleich war erstmalig wieder in diesem Monat möglich. Die Messzahlen

des nominalen Umsatzes und der Beschäftigten waren insgesamt positiv. Im gesamten Jahr 2008 stieg der Index des nominalen Einzelhandelsumsatzes und der Beschäftigten gegenüber dem Jahr 2007 um 1,4 beziehungsweise 2,3 Prozent. Bei den bekannten großen saisonalen Schwankungen des nominalen Umsatzes war die Trend-Konjunktur-Komponente steigend, bei der Messzahl der Beschäftigten war sie dagegen ab dem Jahreswechsel 2007 zu 2008 fast konstant.

Im ebenfalls saisonal stark geprägten **Gastgewerbe** wurde – wie beim Einzelhandel – die gleiche methodische Veränderung, die zu den gleichen Auswirkungen auf die Ergebnisdarstellung führte, vorgenommen. Beim nominalen Umsatz war eine bis Mitte 2008 steigende, dann aber fallende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Bei den Beschäftigten fiel sie in den gesamten vergangenen drei Jahren. Die Messzahl des nominalen Umsatzes verbesserte sich im Vergleich des gesamten Jahres 2008 zum Jahr 2007 um 4,1 Prozent. Die Messzahl der Beschäftigten fiel dagegen im gleichen Zeitraum um 5,1 Prozent.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

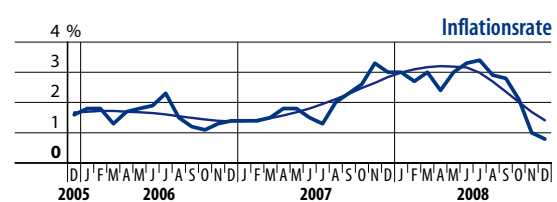
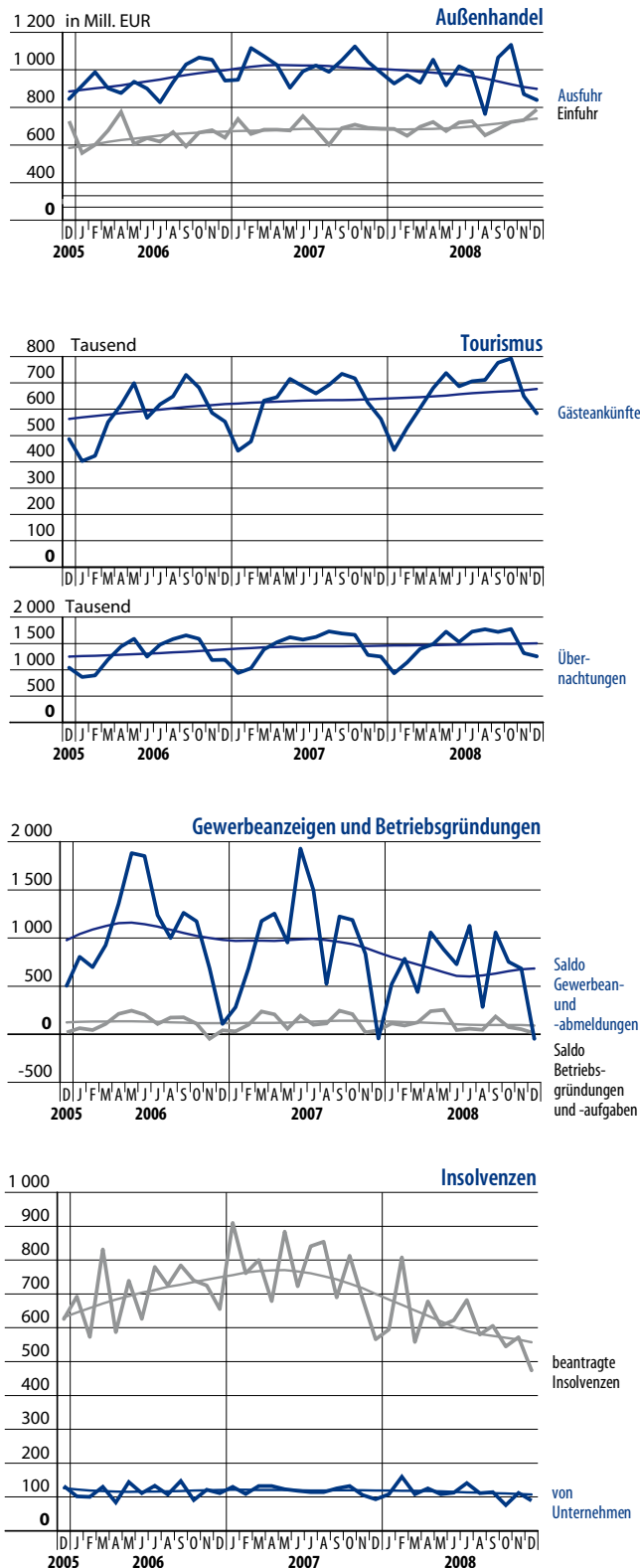
Beim **Außenhandel** erreichte der gesamte Importwert der Berliner Wirtschaft im Dezember 2008 ein Volumen von 789,3 Millionen EUR und lag damit um 14,9 Prozent über dem Ergebnis des Vorjahresmonats – des Dezember 2007. Im Vergleich der letzten zwölf Monate waren es +2,5 Prozent. Im aktuellen Monat erreichte das Exportvolumen 839,1 Millionen EUR. Die Veränderung zum Vorjahresmonat betrug –14,9 Prozent, beim Ein-Jahres-

Zeitraum dann –6,4 Prozent. In der Grafik war für den Export (Spezialhandel) und den Import (Generalhandel) bis zur Mitte des Jahres 2007 ein stabiler Aufwärtstrend zu beobachten. Seitdem fällt die Trend-Konjunktur-Komponente des Exportes ab, während die der Importe nach einer Beharrungsphase wieder ansteigt. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Berliner Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht möglich ist.

Im Dezember 2008 betrug die Zahl der Übernachtungen in der Berliner **Tourismusbranche** 1 256,1 Tausend Personen; gegenüber dem Dezember 2007 waren es 7 384 Übernachtungen oder 0,6 Prozent mehr. Beim Vergleich der Ein-Jahreswerte ergab sich ein Plus von 2,7 Prozent. Die Zahl der Gäste zeigte ebenso wie die der Übernachtungen eine gleichmäßig steigende Trend-Konjunktur-Komponente. Im Oktober 2008 entfielen auf jeden Gast im Durchschnitt 2,2 Übernachtungen – Tendenz langfristig allerdings leicht fallend.

Bei den **Gewerbeanzeigen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Der Saldo bei den Gewerbeanmeldungen stieg gegenüber dem Dezember 2007 um 9,3 Prozent; im Ein-Jahres-Vergleichszeitraum waren es dagegen –28,2 Prozent. Der Saldo bei den Betriebsgründungen und -aufgaben zeigte sich negativ. Der Dezember 2008: Zwar 11 Betriebsgründungen mehr als -aufgaben, das sind –73,2 Prozent zum Dezember 2007; im längerfristigen Ein-Jahres-Vergleich waren es –17,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten beim Gewerbe- und beim Betriebs-Saldo zeigten im gesamten dargestellten Zeitraum von drei Jahren größere Schwankungen, ab dem Herbst des Jahres 2007 jedoch eine deutlich fallende Tendenz, die seit Mitte 2008 bei den Betrieben abflachte und beim Gewerbe wieder anstieg. Auffallend ist, dass immer zum Jahreswechsel umfangreiche Abmeldungen und in der Jahresmitte verstärkt Anmeldungen auftraten.

Die beantragten **Insolvenzen** werden nach wie vor stark durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Dezember 2008 lagen die beantragten Insolvenzen bei 474 Fällen. Im gleichen Monat waren es bei den Unternehmensinsolvenzen insgesamt 89 Insolvenzfälle oder –4,3 Prozent zum Dezember 2007. Die gesamten Insolvenzen und die Unternehmensinsolvenzen hatten sich auch im Einjahres-Vergleich weiter verringert. Es ergab sich für den ganzjährigen Vergleich bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen ein Minus von 4,4 Prozent; bei den beantragten Insolvenzen waren es –16,3 Prozent. Seit Mitte 2007 fallen die Trend-Konjunktur-Komponenten der beantragten Insolvenzen und der Regelinsolvenzen der Unternehmen.



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2008 – bezogen auf das Jahr 2005 – bei 106,3. Für die Inflationsrate, das ist die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zum Vorjahresmonat, ergab sich ein Wert von +0,8 Prozent. Bestimmend für die Preisentwicklung war einerseits die Senkung bei den Kraftstoffen und Heizölen,

andererseits die Verteuerung bei den anderen Energieträgern, Nahrungsmitteln sowie bei den Verkehrs-, Beherbergungs-, Gaststätten- und Versicherungsdienstleistungen. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Inflationsrate war seit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 steigend. Sie lag im November 2007 bei Werten über 2,5 Prozent und im Februar 2008 bei Werten über 3,0; seit Mai 2008 fällt sie wieder stark.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Berlin im Dezember 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 31. März 2009)

Merkmal	Einheit	Dezember 2008		Januar 2008 bis Dezember 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose.....	Anzahl	218 190	- 8,5	233 737	- 10,4
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹					
Auftragseingangsindex ²	2000 \pm 100	95,5	- 16,4	115,0	- 4,5
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	2 143,2	- 12,4	2 319,2	- 6,4
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	813,8	1,0	915,0	7,2
Beschäftigte.....	1 000	87,0	1,0	87,0	2,2
Bauhauptgewerbe³					
Auftragseingang.....	Mill. EUR	122,4	27,5	123,2	4,2
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	177,1	21,1	133,9	13,8
Beschäftigte.....	1 000	8,9	4,1	8,7	5,2
Einzelhandel⁴					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	148,7	6,1	114,9	1,4
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	112,0	1,0	110,0	2,3
Gastgewerbe⁴					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	118,9	- 3,3	136,9	4,1
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	111,8	- 3,9	113,1	- 5,1
Außenhandel					
Ausfuhr	Mill. EUR	839,1	- 14,9	957,0	- 6,4
Einfuhr.....	Mill. EUR	789,3	14,9	705,0	2,5
Tourismus					
Gästeankünfte.....	1 000	584,0	3,7	658,7	4,1
Gästeübernachtungen.....	1 000	1 256,1	0,6	1 480,6	2,7
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen					
Saldo Gewerbean- und abmeldungen.....	Anzahl	- 47	9,3	688,9	- 28,2
darunter					
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	11	- 73,2	107,5	- 17,0
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	474	- 16,3	610,5	- 20,4
darunter					
Regelinsolvenzen der Unternehmen.....	Anzahl	89	- 4,3	113,8	- 4,4
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	106,3	0,8	106,2	2,5

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig



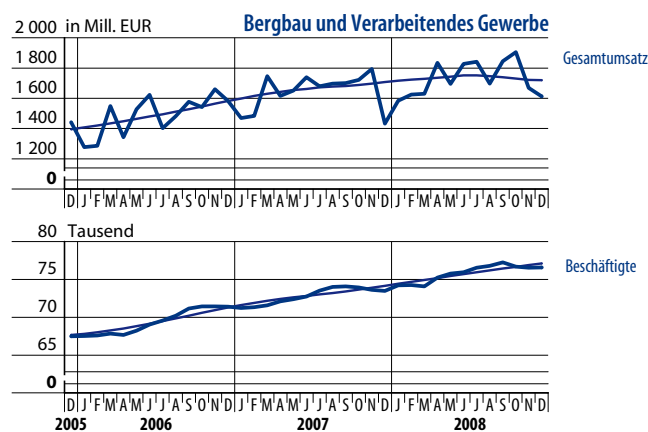
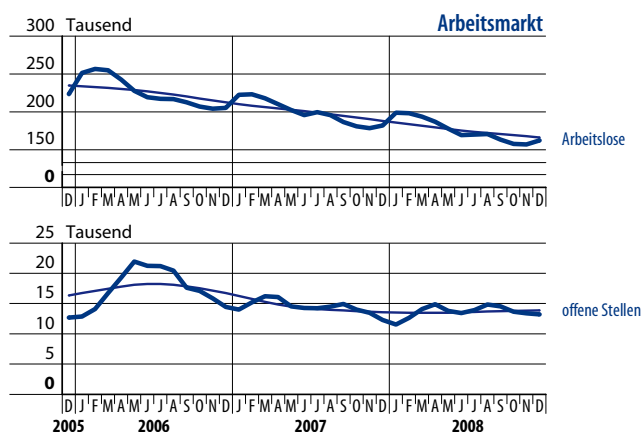
Brandenburg Dezember 2008

Die Zahl der Brandenburger Arbeitslosen verminderte sich beim Vergleich des Dezember 2008 zum Vorjahresmonat um 10,9 Prozent; das sind –19 925 Personen. Die Arbeitslosenquote auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen betrug im aktuellen Monat 13,4 Prozent. Im Wirtschaftsabschnitt des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden zeigten, der Auftrageingangindex (nur für das Verarbeitende Gewerbe), der Gesamtumsatz, der Auslandsumsatz und die Beschäftigtenzahl eine stabil steigende Tendenz. Für das Bauhauptgewerbe war nur beim baugewerblichen Umsatz ein durchgängig steigender Trend vorhanden. Die Beschäftigtenzahl fiel weiter kontinuierlich, während bei der Entwicklung des Auftrageingangindex im Monat Dezember mit –26,0 Prozent zum Vorjahresmonat ein Einbruch auftrat, allerdings blieb diese Kennzahl beim Einjahresvergleich positiv. Bei den Trend-Konjunktur-Komponenten stieg im Brandenburger Einzelhandel die nominale Umsatz-Messzahl leicht und die der Beschäftigten-Messzahl fiel

stärker ab, blieb in letzter Zeit jedoch konstant. Im Gastgewerbe fiel der Trend der nominalen Umsatz-Messzahl und der der Beschäftigten-Messzahl. Letzterer steigt jedoch seit dem Juni 2008 wieder leicht an. Die gesamten Brandenburger Aus- und Einfuhren signalisierten eine Trendwende – seit Mitte 2008 sanken die Einfuhren und die Ausfuhren stagnierten. Sowohl bei der Zahl der Gäste als auch bei den Übernachtungen hielt der seit dem Jahr 2002 kontinuierlich steigende Trend weiter an. Im Ein-Jahres-Vergleich stiegen die Gewerbemeldungen an, bei den Betrieben überwogen jedoch die Betriebsaufgaben. Beide Kennziffern sind im Dezember stark von Saisoneffekten geprägt. Die beantragten Insolvenzen stiegen im Dezember 2008 im Vergleich zum Dezember 2007 wieder leicht an, die Unternehmensinsolvenzen fielen dagegen ab. Langfristig sind beide Trends deutlich fallend – in letzter Zeit eher gleichbleibend. Im Dezember 2008 betrug die Inflationsrate +1,0 Prozent – Tendenz stark fallend.

Auf dem Brandenburger Arbeitsmarkt wurden Ende Dezember des Jahres 2008 mit 162 217 Arbeitslosen 3,5 Prozent mehr als im November 2008 registriert; das sind +5 446 Personen. Im Vergleich zum Dezember des Jahres 2007 nahm die Zahl der Arbeitslosen um 10,9 Prozent ab, das sind –19 925 Personen. Dieser Wert entspricht fast genau der Einwohnerzahl der Branden-

burger Städte Wittenberge oder Teltow (Ende 2006). Die Brandenburger Arbeitslosenquote betrug auf der Basis der abhängig zivilen Erwerbspersonen 13,4 Prozent und auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen 12,0 Prozent. Das waren gegenüber dem Vorjahresmonat 1,6 Prozentpunkte beziehungsweise 1,5 Prozentpunkte weniger. Damit lagen die Brandenburger Arbeitslosenquoten auf der Basis aller abhängig zivilen Erwerbspersonen 6,1 Prozentpunkte beziehungsweise auf der Basis aller zivilen Erwerbspersonen 4,6 Prozentpunkte über dem bundesweiten Durchschnitt, aber auch bei beiden Kennziffern 0,3 beziehungsweise 0,2 Prozentpunkte unter den entsprechenden ostdeutschen Werten (einschließlich Berlin). Insgesamt blieb – bei den bekannten saisonalen Schwankungen der Zahl der Arbeitslosen – die seit Anfang des Jahres 2005 linear fallende Trend-Konjunktur-Komponente erhalten. Die gemeldeten 13 215 offenen Stellen hatten seit dem Dezember des vorigen Jahres um 911 Stellen oder um 7,4 Prozent zugenommen. Im Mai 2006 war mit fast 22 000 offenen Stellen ein bisheriges Maximum erreicht. Von Juli 2006 bis zum Oktober 2007 war die Trend-Konjunktur-Komponente fallend, sie steigt seit dem zweiten Quartal des Jahres 2008 – in der Spanne von 13 500 bis 13 900 offenen Stellen – wieder leicht an. Das Verhältnis der gemeldeten offenen Stellen zu den Arbeitslosen lag im aktuellen Monat bei 1 zu 12,3 – Tendenz fallend. Im Dezember dieses Jahres waren 8 448 Personen in der beruflichen Weiterbildung und in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erfasst; im Vergleich zum Dezember 2007 ergab das ein Plus von 402 Personen oder 5,0 Prozent. Die Zahl der nur noch alle drei Monate erfassten Kurzarbeiter betrug im Bezugsmonat 8 155. Das sind 6 041 Personen mehr – das entspricht fast einer Verdreifachung – gegenüber dem Dezember 2007.

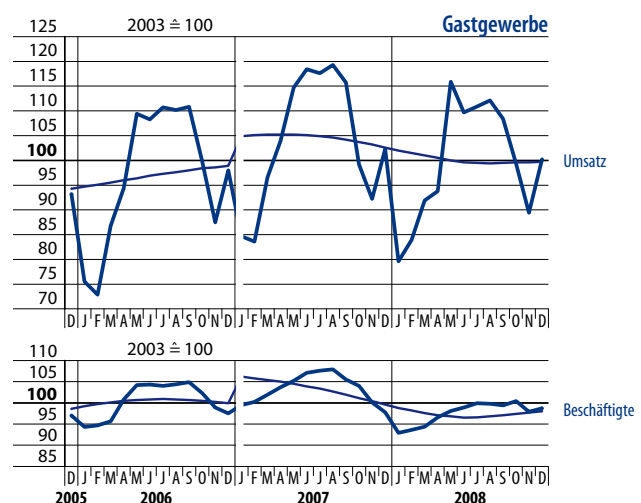
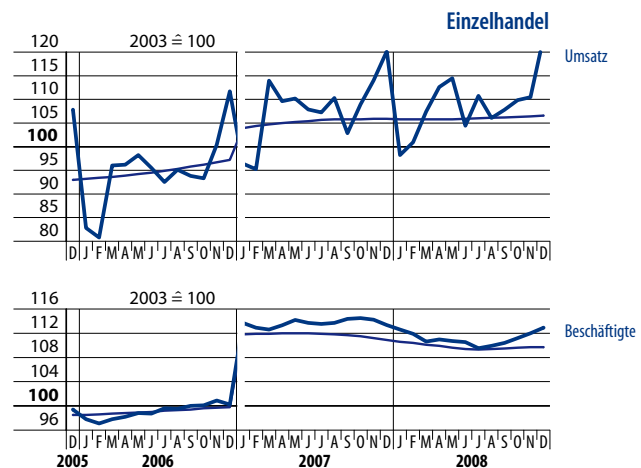
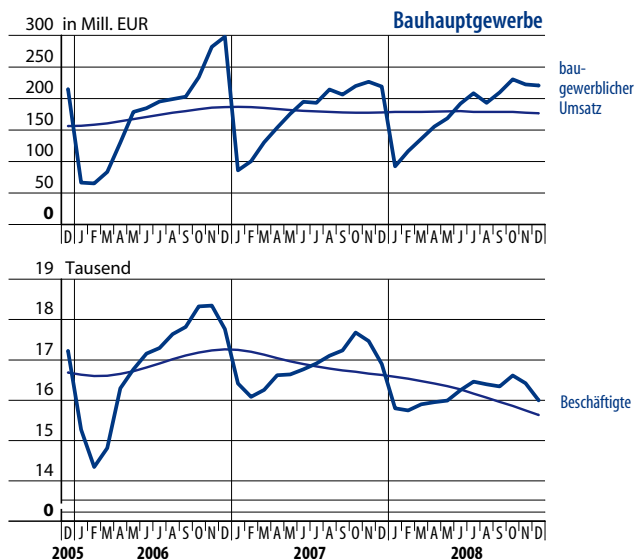


Im Brandenburger **Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen und Erden** war weiterhin langfristig eine gute Plus-Entwicklung erkennbar. Die Veränderungen im Vergleich zu den jeweiligen Vorjahreszeiträumen aller zu diesem Wirtschaftsabschnitt in der Tabelle enthaltenen Merkmale lagen durchweg im positiven Bereich, der Auftrageingangindex des Verarbeitenden Gewerbes sogar außerordentlich hoch. Die im Monat Dezember dieses Jahres 434 berichtspflichtigen Betriebe – das sind 29 Betriebe mehr als im Dezember 2007 – erwirtschafteten einen Gesamtumsatz von 1 612,6 Millionen EUR. Das Ergebnis des Vorjahresmonats wurde damit um 180,9 Millionen EUR oder +12,6 Prozent, überboten. Im Zeitraum eines Jahres – von Januar 2008 bis Dezember 2008 – konnten die Brandenburger Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes, des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden Waren im Wert von insgesamt 20,8 Milliarden EUR absetzen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum bedeutet dies ein Wachstum des Gesamtumsatzes von 5,2 Prozent. Der langfristige Trend dieser Kennziffer dieses wichtigen Brandenburger Wirtschaftsabschnitts war – bei größeren Schwankungen der einzelnen Monatswerte so auch einem „Einbruch“ jeweils im Dezember 2007 und 2008 – in letzter Zeit leicht fallend. Aufgrund der mathematischen Grundlagen bei der Berechnung der Trend-Konjunktur-Komponente bleibt die weitere Entwicklung jedoch abzuwarten. Bei der Beschäftigtenzahl war erst seit dem Oktober 2005 eine steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar, während die des Umsatzes bereits seit dem Januar 2003 anstieg. Im Dezember des Jahres 2008 waren im Brandenburger Verarbeitenden Gewerbe, im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden in den Betrieben ab 50 Beschäftigte 76 594 Personen tätig. Gegenüber dem Vormonat – dem November 2008 – ist das eine Steigerung um 23 Personen. Gegenüber dem Dezember 2007 betrug der Anstieg der Beschäftigtenzahl dagegen 4,2 Prozent oder 3 105 Personen. Beim Vergleich des Ein-Jahres-Zeitraumes sind es dann +4,1 Prozent.

In der konjunkturellen Entwicklung des Brandenburger **Bauhauptgewerbes** scheint der seit fast zehn Jahren anhaltende Abwärtstrend in eine Beruhigungsphase – zumindest beim baugewerblichen Umsatz – einzutreten. Bei der Trend-Konjunktur-Komponente

des baugewerblichen Umsatzes ist eine schwankende, in letzter Zeit jedoch gleichbleibend bis leicht fallende, Tendenz erkennbar, während bei der Beschäftigtenzahl des Bauhauptgewerbes seit Januar 2007 eine leicht aber kontinuierlich fallende Tendenz sichtbar wird. Die im Dezember 2008 berichtspflichtigen 320 Betriebe – das sind gegenüber dem Dezember 2007 achtzehn weniger – erreichten mit genau 16 000 Beschäftigten einen baugewerblichen Umsatz von 220,5 Millionen EUR (Gesamtumsatz: 227,5 Millionen EUR); der baugewerbliche Umsatz lag damit um 0,7 Prozent über dem Wert vom Dezember 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume (Januar 2008 bis Dezember 2008 zu Januar 2007 bis Dezember 2007) ergibt sich demgegenüber ein Wert von +1,1 Prozent. Das wertmäßige Volumen der Auftrageingänge – als konjunktureller Frühindikator der Umsatzentwicklung – erreichte ein Niveau von rund 134,6 Millionen EUR. Es lag damit um 26,0 Prozent unter den Angaben des Dezember 2007. Die Entwicklung des Auftrageinganges in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum Vorjahreszeitraum lag bei +0,8 Prozent. Die Beschäftigtenzahl im Brandenburger Bauhauptgewerbe fiel in den letzten zwölf Monaten im Vergleich zum vorhergehenden Zeitraum um 4,1 Prozent, bei dem Vergleich des Dezember 2008 zum Dezember 2007 ergaben sich –899 Beschäftigte oder –5,3 Prozent.

Im Brandenburger **Einzelhandel** wurde mit dem Jahreswechsel 2006 zu 2007 eine methodische Änderung



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes

bezüglich der Behandlung der Neugründungen in der Stichprobe vorgenommen. Dies wird durch eine „Sprungstelle“ in der Zeitreihe sichtbar. Die Veränderung beim nominalen Umsatz im Vergleich des 12-Monats-Zeitraumes (Januar bis Dezember 2008 zu Januar bis Dezember 2007) ergab ein Plus von 0,7 Prozent. Die Beschäftigten-Kennziffer fiel im gleichen Zeitraum um 2,2 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des Umsatzes stieg innerhalb der letzten drei Jahre langsam aber kontinuierlich, die der Beschäftigten fiel seit zwei Jahren – verläuft jedoch im letzten Halbjahr 2008 fast waagrecht.

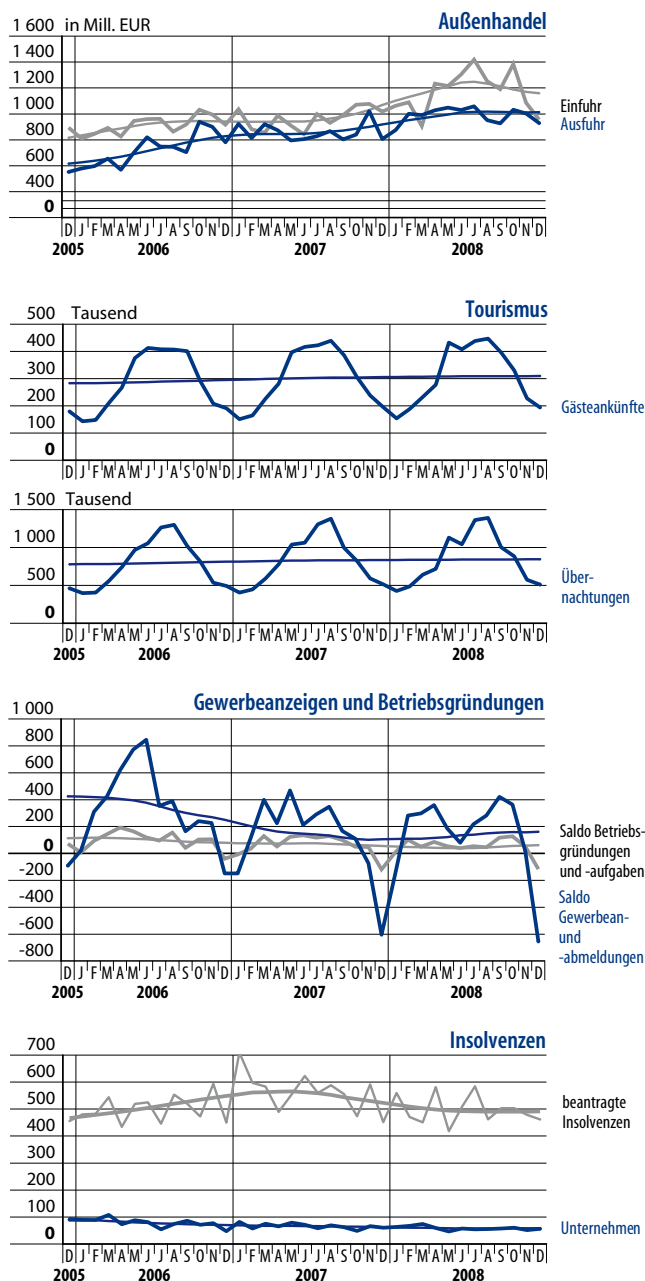
Im **Gastgewerbe** wurde, wie beim Einzelhandel, eine methodische Veränderung vorgenommen. In diesem ebenfalls saisonal stark geprägten Wirtschaftszweig trat beim nominalen Umsatz und bei den Beschäftigten-Messzahlen eine einheitlich fallende Entwicklung auf. Im Vergleich der 12-Monats-Zeiträume nahm die

Messzahl des nominalen Umsatzes um 4,3 Prozent ab, die Messzahl der Beschäftigten fiel im gleichen Zeitraum um 5,6 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente der nominalen Umsatz-Messzahl war fallend – in den letzten 6 Monaten jedoch fast gleichbleibend. Die Trend-Konjunktur-Komponente der Beschäftigten fiel seit Mitte des Jahres 2006 ebenfalls, stieg aber seit dem Juni 2008 wieder leicht an.

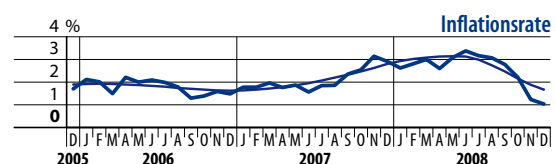
Im Brandenburger **Außenhandel** wurde beim Export eine durchgängig positive Entwicklung erreicht. Die Veränderungen zu den beiden Vorjahreszeiträumen (monatlich und im gesamten Jahr) sind allesamt im Bereich von +15 Prozent. Der gesamte Exportwert (Spezialhandel) der Brandenburger Wirtschaft betrug im Dezember dieses Jahres 929,8 Millionen EUR und lag damit um 15,4 Prozent über dem Ergebnis des Dezember 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergab sich ein Plus in fast genau der gleichen Höhe – von 15,3 Prozent. Insgesamt wurden im Zeitraum eines Jahres – von Januar 2008 bis Dezember 2008 – Waren im Wert von 11,9 Milliarden EUR exportiert. Im Bezugsmonat betrug das Importvolumen (Generalhandel) 955,2 Millionen EUR, bei einem Minus von 6,2 Prozent gegenüber dem Wert des Dezember 2007. Im Jahr 2008 wurden Waren im Wert von 14,1 Milliarden EUR nach Brandenburg importiert, das sind gegenüber dem Vorjahr 21,5 Prozent mehr. In der Grafik war sowohl beim Import als auch beim Export in der Mitte des Jahres 2008 eine Trendwende erkennbar. Seit dem fiel die Trend-Konjunktur-Komponente des Imports und die des Exports war gleichbleibend. Betont sei, dass eine Saldierung von Ex- und Importen zur Berechnung des Brandenburger Außenbeitrags aufgrund unterschiedlicher Abgrenzungen von General- und Spezialhandel statistisch nicht statthaft ist.

Beim **Tourismus** betrug im Dezember 2008 die Zahl der Gästeankünfte 194,6 Tausend; gegenüber dem Dezember 2007 waren es –815 Personen oder 0,4 Prozent weniger. Beim Vergleich des einjährigen Zeitraumes ergab sich ein Plus von 2,8 Prozent. Die Zahl der Übernachtungen fiel im Monatsvergleich (Dezember 2008 zu Dezember 2007) ebenfalls, aber etwas geringer – um 0,3 Prozent. Im Ein-Jahres-Vergleich setzte sich mit +2,4 Prozent bei den Übernachtungen die langfristig positive Entwicklung ebenfalls fort. Im Durchschnitt entfielen im Dezember 2008 auf jeden Gast 2,6 Übernachtungen; im Mittel der letzten zwölf Monate waren es 2,7 Übernachtungen pro Gast. Insgesamt war bei den Gästeankünften und -übernachtungen eine kontinuierlich steigende Trend-Konjunktur-Komponente erkennbar. Die Anzahl der Gäste legt dabei stärker als die der Übernachtungen zu, die Übernachtungsdauer sinkt demzufolge.

Bei den **Gewerbemeldungen** werden die Salden der Gewerbean- und -abmeldungen und darunter die Salden der Betriebsgründungen und -aufgaben dargestellt. Im Dezember 2008 wurden 655 Gewerbe mehr ab- als angemeldet, gegenüber dem Dezember 2007 waren das +8,4 Prozent, im Ein-Jahres-Vergleichs-Zeitraum dann aber



— Trends nach dem Verfahren BV4.1 des Statistischen Bundesamtes



+11,6 Prozent. Bei den Betriebsgründungen und -aufgaben lag der Dezember 2008 mit 116 Abmeldungen gegenüber den Anmeldungen und damit bei einem Minus von 1,7 Prozent zum Dezember 2007. Beim Vergleichen der Ein-Jahres-Zeiträume blieb der stark fallende Trend mit –22,5 Prozent erhalten. Die Trend-Konjunktur-Komponente zeigte bei dem Saldo der Gewerbeanzeigen eine seit dem Jahresbeginn 2008 wieder steigende Tendenz; bei dem Saldo der Betriebe steigt diese Komponente ebenfalls – aber erst seit Mitte des Jahre 2008 und auch sehr gering. Aus der Abbildung ist ersichtlich, dass sich immer im Dezember die Gewerbeabmeldungen und Betriebsaufgaben häufen.

Die **Insolvenzen** zeigten für die insgesamt beantragten Insolvenzverfahren und die Regelinsolvenzen der Unternehmen seit Mitte des Jahres 2007 konstante Tendenzen. Bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen war seit dem Jahr 2000 ein deutlich fallender Trend erkennbar, sie waren langfristig und stabil bei knapp unter 60 Insolvenzen pro Monat angelangt. Bei den beantragten Insolvenzverfahren war demgegenüber im gleichen Zeitraum von mehr als acht Jahren eine kontinuierlich steigende Tendenz zu beobachten, die allerdings ab Mitte des Jahres 2007 wieder fällt und seit Mitte 2008 bei unter 500 Verfahren verharrt. Eindeutig werden die

beantragten Insolvenzverfahren durch die Verbraucherinsolvenzen bestimmt. Im Monat Dezember 2008 stiegen die beantragten Insolvenzverfahren gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,2 Prozent auf 462 Fälle. Im gleichen Monat waren es bei den Regelinsolvenzen der Unternehmen 57 Fälle, das entspricht –6,6 Prozent zum Dezember 2007. Beim Vergleich der Ein-Jahres-Zeiträume ergaben sich 11,4 Prozent weniger Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es –11,7 Prozent. Regelinsolvenzen der Unternehmen, bei den insgesamt beantragten Insolvenzverfahren waren es –10,2 Prozent.

Der **Verbraucherpreisindex**, der die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden, erfasst, lag im Monat Dezember 2008 bei 106,8. Der Index wurde rückwirkend auf das neue Preisbasisjahr 2005 \pm 100 umgestellt, dabei auch der Warenkorb und das Wägungsschema verändert. Für die Inflationsrate, also die prozentuale Veränderung des Verbraucherpreisindex zwischen dem Dezember 2008 und dem Dezember 2007, ergab sich damit ein Wert von +1,0 Prozent. Die Trend-Konjunktur-Komponente fällt seit dem Mai des Jahres 2008 wieder stark ab, nachdem sie seit dem Jahresbeginn 2007 ebenso stark angestiegen war.

Entwicklung der konjunkturellen Lage in Brandenburg im Dezember 2008

(Basis: Originalwerte, Stand vom 31. März 2009)

Merkmal	Einheit	Dezember 2008		Januar 2008 bis Dezember 2008	
		absolut	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum	Mittelwert	Veränderung zum Vorjahres- zeitraum
			%		%
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose.....	Anzahl	162 217	– 10,9	175 459	– 12,1
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹					
Auftragseingangindex ²	2000 \pm 100	188,4	36,3	170,3	11,0
Gesamtumsatz.....	Mill. EUR	1 612,6	12,6	1 730,6	5,2
Auslandsumsatz.....	Mill. EUR	387,2	14,8	443,1	4,8
Beschäftigte.....	1 000	76,6	4,2	75,8	4,1
Bauhauptgewerbe³					
Auftragseingang.....	Mill. EUR	134,6	– 26,0	158,2	0,8
Baugewerblicher Umsatz.....	Mill. EUR	220,4	0,7	178,7	1,1
Beschäftigte.....	1 000	16,0	– 5,3	16,2	– 4,1
Einzelhandel⁴					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	122,9	2,3	108,8	0,7
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	112,9	– 0,4	111,1	– 2,2
Gastgewerbe⁴					
Umsatz nominal.....	2003 \pm 100	100,2	– 2,1	99,6	– 4,3
Beschäftigte.....	2003 \pm 100	98,7	1,0	97,5	– 5,6
Außenhandel					
Ausfuhr (Spezialhandel).....	Mill. EUR	929,8	15,4	989,8	15,3
Einfuhr (Generalhandel).....	Mill. EUR	955,2	– 6,2	1 174,9	21,5
Tourismus					
Gästeankünfte.....	1 000	194,6	– 0,4	310,7	2,8
Gästeübernachtungen.....	1 000	510,8	– 0,3	847,7	2,4
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen					
Saldo Gewerbean- und abmeldungen.....	Anzahl	– 655	8,4	140,9	11,6
darunter					
Saldo Betriebsgründungen und -aufgaben	Anzahl	– 116	– 1,7	51,5	– 22,5
Beantragte Insolvenzverfahren.....	Anzahl	462	2,2	498,3	– 11,7
darunter					
Regelinsolvenzen der Unternehmen.....	Anzahl	57	– 6,6	59,2	– 11,4
Verbraucherpreisindex	2005 \pm 100	106,8	1,0	106,6	2,6

1 Betriebe ab 50 Beschäftigte

2 für das Verarbeitende Gewerbe, Volumenindex (ausgewählte Wirtschaftszweige)

3 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

4 vorläufig

Jonas Pieper, Jürgen Schweikart

Kleinräumige Modellierung der vertragsärztlichen Versorgungssituation in Berlin



Einleitung

Laut der Bedarfsplanungs-Richtlinien zur Sicherstellung der vertragsärztlichen Versorgung in der Bundesrepublik Deutschland sind in Berlin derzeit nahezu alle Facharztgruppen ausreichend vorhanden und wegen Überversorgung für weitere Niederlassungen gesperrt (SGSV 2006). Die Realität fühlt sich für die Patienten teilweise anders an. So mancher Berliner muss lange Wartezeiten und volle Wartezimmer in Kauf nehmen. Wie verhält es sich nun genau mit der Gesundheitsversorgung in Berlin? Sind alle Berliner gut versorgt, oder gibt es ausgeprägte räumliche Disparitäten, sodass es für einige Berliner schwer ist, einen betreuenden Arzt in angemessener Entfernung zu finden? Um diese Fragen beantworten zu können, bedarf es einer umfassenden Beschreibung der Versorgungssituation durch Vertragsärzte. In diesem Beitrag wird anhand von kleinräumigen Analysen auf Basis der Berliner Blöcke der Mehrwert aufgezeigt, den Geoinformationssysteme (GIS) für die Praxis des öffentlichen Gesundheitswesens im Allgemeinen und bei der Auswertung von Versorgungsdisparitäten im Speziellen darstellen können. Dazu werden verschiedene Methoden zur Quantifizierung der Erreichbarkeit von Arztpraxen diskutiert, weiterentwickelt und angewendet. Die Ergebnisse werden in Form von Versorgungsindikatoren präsentiert.

Als man sich Anfang der 90er Jahre auf die heute noch geltenden Einwohner-Arzt-Relationen für die Bedarfspläne geeinigt hatte, ging es in erster Linie darum, den ständig steigenden Ärztezahlen und damit einer Überversorgung Einhalt zu gebieten (Schöpe et al. 2007). Die Situation hat sich seitdem grundlegend geändert. Besonders in ländlichen Gebieten und in der hausärztlichen Versorgung ist bereits heute von Ärztemangel die Rede. Diese Situation wird sich zukünftig voraussichtlich deutlich verschärfen und auf städtische Gebiete sowie Fachärzte ausweiten. Besonders die zunehmende Überalterung der Ärzteschaft und der gebietsweise fehlende Nachwuchs bereiten den Kassenärztlichen Vereinigungen (KVen) Sorgen. Die derzeit geltende Bedarfsplanung stellt daher kein ausreichendes Steuerungsinstrument für eine bedarfsorientierte Versorgungsplanung mehr dar (KBV 2007).

Dies zeigt sich beispielsweise in der Frage nach dem räumlichen Bezug der Bedarfsplanung. Für den 1. Januar 2007 wurde für Berlin ein Versorgungsgrad von 134,7 Prozent in der Gruppe der Kinderärzte festgestellt (KV Berlin 2007). Betrachtet man aber ein statistisches Gebiet wie „Schönhauser Allee - Nord“, kommen dort zwei Kinderärzte auf 34 971 Einwohner. Der Versorgungsgrad liegt damit bei nur 81 Prozent. Es ist sicherlich eine überdenkenswerte Praxis, eine Großstadt wie Berlin, in der sich ca. 3,4 Mill. Einwohner auf einer Fläche von 892 km² verteilen, als gemeinsame Planungsregion zu betrachten, wie es derzeit der Fall ist. Kleinräumigere Ansätze zur bedarfsgerechten Versorgungsplanung könnten diesen räumlichen Disparitäten entgegenwirken.

In Deutschland hat jeder Patient freie Arztwahl. Die Entscheidung, welcher Arzt in Anspruch genommen wird, unterliegt dabei einer Fülle individueller Kriterien, die vielfach nur schwer, teilweise gar nicht zu erfassen sind. Verhältniszahlen ausschließlich auf Basis statistischer Einheiten zu berechnen, reicht nicht aus, da die Wahl des Arztes nicht an administrativen Grenzen haltmacht, und die Versorgungsbeziehungen komplex sind. Dies trifft auch dann zu, wenn die betrachteten regionalen Einheiten kleinräumig sind. Verhältniszahlen allein machen keine konkreten Aussagen darüber, welchen Weg ein Patient zum praktizierenden Arzt aufwenden muss. Welchen Nutzen hat ein Patient, der in einem peripheren Wohngebiet lebt, von der hohen Arztdichte in den Zentren, wodurch ein insgesamt hoher Versorgungsgrad für eine Beobachtungseinheit bestimmt wird? Die Frage der realen Erreichbarkeit von Standorten des Gesundheitswesens wäre besser geeignet, die existierende Gesundheitsversorgung festzustellen und zu planen.

Die Versorgungswirklichkeit aus unterschiedlichen Perspektiven zu beleuchten und mit Hilfe von thematischen Karten zu veranschaulichen, kann mit Geoinformationssystemen (GIS) als Werkzeug und in Kombination mit den geeigneten Methoden zur Auswertung zu einer sozial und ökonomisch nachhaltigen Versorgungsplanung beitragen. Ziel dieser Studie ist es, dafür alternative Methoden aufzuzeigen und zu bewerten. Dazu wird eine Reihe von Indikatoren entwickelt, die dazu geeignet sind, die Gesundheitsversorgung realistischer zu modellieren.

Einsatz von GIS in der Gesundheitsplanung

Obwohl GIS heute in der Medizinischen Geografie als eine Schlüsseltechnologie gelten, finden sie in der Gesundheitsplanung, besonders in Deutschland, noch wenig Beachtung (Schweikart & Kistemann 2004). Dabei bieten sie durch ihre klassischen GIS-Funktionalitäten wie beispielsweise räumliche Abfragen vielfache Möglichkeiten zur Analyse. In den vergangenen Jahren gab es erste Ansätze für eine Verwendung von GIS zur Feststellung von Versorgungswirklichkeiten im Gesundheitsbereich. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat einen Prototyp für ein neues System mit dem Namen „kleinräumige Versorgungsanalyse“ entwickelt. Das GIS kann seit Juli 2007 online von den KVen genutzt werden und wird derzeit noch ausgebaut (Körver 2007). Bezugsgröße für den neuen Ansatz sind Siedlungsflächen. In großen Städten wie Berlin sind sie meist mit Postleitzahlgebieten identisch. Einwohnerdaten wurden durch demogra-

fische Faktoren und Bevölkerungsprognosedaten korrigiert, um den potenziellen Bedarf besser abbilden zu können. Zur Beurteilung der Erreichbarkeit wurde auf Basis eines Straßengraphen eine Kürzeste-Wege-Matrix entworfen, in der die Reisezeiten zwischen jeweils zwei Untersuchungseinheiten abgespeichert wurden (Schöpe et al. 2007). Die neue Anwendung stellt eine deutliche Verbesserung auf dem Weg zu einer bedarfsgerechten Versorgungsplanung dar. Im Bereich von Großstädten wie Berlin stößt das System jedoch an seine Grenzen. Hier ist ein Detailgrad nötig, der von einem deutschlandweiten System derzeit allein aufgrund der Datenmengen und Rechenzeiten kaum erfüllt werden kann. Zum einen entsprechen die ermittelten Reisezeiten zwischen den Schwerpunkten der Postleitzahlgebiete nicht den real zurückzulegenden Wegzeiten, die ein Berliner zu seinem Arzt benötigt. Zum anderen wird nur der motorisierte Individualverkehr betrachtet. In den verdichteten urbanen Bereichen spielen jedoch Fußwege eine entscheidende Rolle.

Erste Studien auf der Basis der Berliner Teilverkehrszellen zeigen, dass erhebliche Versorgungsunterschiede bestehen (Walter & Schweikart 2006, Henke et al. 2007). Die ambulante medizinische Versorgung wurde durch einen Dichtewert auf der Ebene der Berliner Teilverkehrszellen operationalisiert und mit einem GIS untersucht. Dabei wurde den Arztgruppen die jeweils spezifische Klientel zugrunde gelegt. Erreichbarkeitszonen wurden auf Basis von Buffern modelliert und ausgewertet. Es zeigen sich erhebliche Versorgungsunterschiede innerhalb des Siedlungskörpers. Diese Ergebnisse können durch eine Erreichbarkeitsmodellierung auf Basis realistischer Wegdistanzen verbessert werden.

Methoden

der medizinischen Versorgungsforschung

Der Begriff der Zugänglichkeit von Gesundheitseinrichtungen nimmt eine zentrale Stellung in der Versorgungsforschung ein (Zepf et al. 1978). Die räumliche Erreichbarkeit stellt dabei den wichtigsten Aspekt dar, der sich mit GIS auswerten lässt (Wilkinson et al. 1998). Vier Kategorien von Methoden zur Messung der räumlichen Erreichbarkeit können voneinander abgegrenzt werden:

- Die erste Kategorie ist gekennzeichnet durch die Messung des Reisewiderstandes zum nächstgelegenen Anbieter. Sie stellt vor allem in ländlichen Gebieten mit einer geringen Auswahl an Anbietern einen guten Ansatz zur Ermittlung der räumlichen Erreichbarkeit dar. In Verdichtungsräumen und städtischen Gebieten gibt es dagegen in der Regel eine größere Anzahl an Anbietern, die mit einem ähnlichen Aufwand an Reisezeit erreicht werden können. Hier sollte zusätzlich zur physischen Erreichbarkeit das verfügbare Angebot berücksichtigt werden (Guagliardo 2004).
- Dies versucht die zweite Kategorie durch die Berechnung des durchschnittlichen Reisewiderstandes zu den erreichbaren Anbietern. Eine Schwäche dieses Ansatzes ist die Tatsache, dass Anbieter am Rande der Untersuchungsgebiete übergewichtet werden, da die Distanzen zu weit entfernten Ärzten in die Berechnung mit einfließen, obwohl es ex-

trem unwahrscheinlich ist, dass sie besucht werden (Guagliardo 2004).

- Die dritte Kategorie stellen die Einwohner-Anbieter-Relationen dar, wie sie in der derzeitigen Bedarfsplanung verwendet werden. Da durch sie keine Patientenwanderungen zwischen Untersuchungsgebieten berücksichtigt werden und keine konkreten Aussagen zur tatsächlichen räumlichen Erreichbarkeit innerhalb eines Untersuchungsgebietes geliefert werden, gelten sie heute als weniger gut geeignet (Guagliardo 2004).
- Die vierte Kategorie stellen die Gravitationsmodelle dar. Dabei handelt es sich um distanzabhängige Modelle, bei denen die potenziellen räumlichen Interaktionen zwischen einem Bevölkerungsstandort und den Anbieterstandorten berücksichtigt werden (Cromley & McLafferty 2002). Sie beinhalten damit Aussagen zum verfügbaren Angebot und zur zu versorgenden Wohnbevölkerung.

Datengrundlagen

Für den Aufbau eines GIS wurden umfangreiche Datengrundlagen verwendet. Das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg hat der TFH Berlin dazu Daten aus dem Einwohnerregister und dem Regionalen Bezugssystem (RBS) überlassen. Um bei der Modellierung der vertragsärztlichen Versorgungssituation auf eine möglichst detaillierte und kleinräumige Ebene zu gelangen, werden die Berliner Blöcke verwendet, die durch das Wasser-, Straßen- und Wegenetz „natürlich“ begrenzt werden und somit ganz unterschiedliche Form und Größe aufweisen. Zugehörige Daten aus dem Einwohnerregister wurden mit Stand vom 30. Juni 2007 zur Verfügung gestellt. Zu diesem Zeitpunkt waren in Berlin insgesamt 3 344 465 Einwohner in 15 376 Blöcken registriert. Die Einwohnerzahlen der Blöcke reichen von 0 bis 5 189, nur 12 246 Blöcke sind überhaupt bewohnt.

Die Erreichbarkeit von Arztpraxen in Berlin soll auf Basis realistischer Wegdistanzen quantifiziert werden, bzw. ausgehend davon durch die Modellierung von fußläufigen Reisezeiten, denen in den dicht besiedelten Innenstadtbezirken eine besonders große Bedeutung zukommt. Dazu ist eine Netzwerkanalyse auf Basis eines kompletten Straßengraphen von Berlin notwendig, wodurch Isozonen (Zonen gleicher Zeitdistanz) berechnet werden können. Dieser Ansatz zur Modellierung von Einzugsgebieten ist heute nicht nur im Gesundheitsbereich geläufige Praxis und der Verwendung der euklidischen Distanz (Luftlinie) vorzuziehen. Der Netzwerkanalyse liegt die Graphentheorie zugrunde. Graphen bestehen aus Kanten (edges), denen im Straßennetzwerk Straßenabschnitte entsprechen, und Knoten (nodes), die die Kanten miteinander verbinden. Jede Kante muss in einem Knoten beginnen und enden, dadurch wird die topologische Konsistenz garantiert. Der Verkehrsfluss auf den Kanten wird an den Knoten auf den nächsten Kanten übertragen (Koller 2006, Longley et al. 2005). Die Straßenabschnitte des RBS dienen als Grundlage zum Aufbau eines Straßengraphen, mit dem Netzwerkdistanzen ermittelt und somit Reisezeiten für Fußwege berechnet werden können.

Im Oktober 2005 wurden die Standorte aller ambulant tätigen Ärzte in Berlin adressgenau erfasst. Als

Abb. 1 Beispiele für die Berechnung der kürzesten Wege zum nächstgelegenen Arzt



Datenquelle diente das Online-Angebot zur Arzt- und Psychotherapeuten-Suche der KV Berlin (<http://www.kvberlin.de/60arztsuche/index.html>). Der dort integrierte Datenbestand basiert auf den Einträgen des Arztregisters der KV Berlin und des Melderegisters der Ärztekammer Berlin. Er wird in der Regel wöchentlich aktualisiert. Anhand der hausnummergenauen Adressen wurden die Arztstandorte automatisiert geocodiert, sodass sie in einem GIS darstellbar sind. Insgesamt wurden 8691 Ärzte verortet. Zusätzlich zu den Adressdaten wurden auch die Angaben zur jeweiligen Zugehörigkeit zu einer Facharztgruppe und zu Behandlungsschwerpunkten aufgenommen und gespeichert.

Analyse der Versorgungssituation

Für jede der vier weiter oben diskutierten Methoden-Kategorien wird ein Verfahren entwickelt, das sich zur Untersuchung der ärztlichen Versorgungssituation mit GIS eignet und der speziellen Situation und Datenlage in Berlin gerecht wird. Für jedes entwickelte Verfahren wird ein Versorgungsindikator zum besseren Verständnis der Analyseergebnisse definiert. Sie werden in den folgenden Unterkapiteln im Einzelnen vorgestellt und Ergebnisse werden am Beispiel der Arztgruppe der Kinderärzte präsentiert.

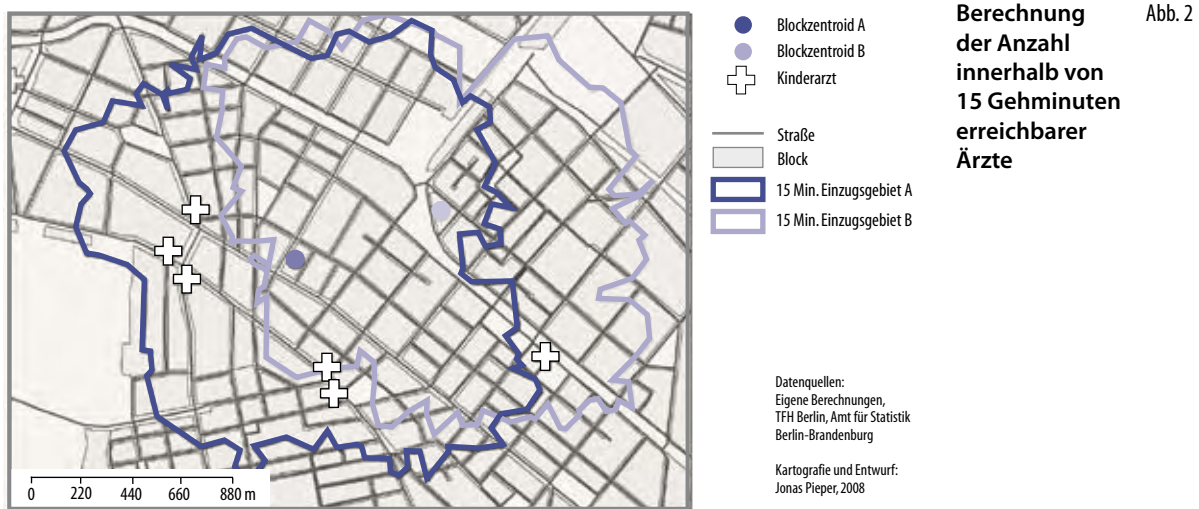
Zuvor werden einige Festlegungen in Bezug auf die Verwendung der Daten und sinnvolle Parameter zur Einstellung der Berechnungen getroffen. Eine der wichtigsten Fragen stellt sich dabei nach möglichst realistischen Einzugsbereichen für die Ärzte, da bei der Berechnung mehrerer Versorgungsindikatoren modellhafte Einzugsbereiche Verwendung finden. Dazu gilt es abzuschätzen, welche Erreichbarkeit (Entfernung) bei der ärztlichen Versorgung in Berlin als zumutbar gilt. Die Konkretisierung bzw. Operationalisierung des Begriffes der zumutbaren Entfernung ist sehr schwierig, da er ebenso wie die Verkehrsmittelwahl von örtlichen Gegebenheiten und individuellen Einflüssen abhängig ist. Empirische Daten fehlen. In Anlehnung an die Ergebnisse einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ortskrankenkassen wird für die hier vorgestellten Ergebnisse ein Fußweg von bis zu 15 Minuten zu einem der beiden Fachärzte als zumutbar angesehen (Zepf et al. 1978). Da

es darum geht, ein bestimmtes Ziel zu erreichen, und das Gehen nicht zum reinen Selbstzweck geschieht, wird eine durchschnittliche Gehgeschwindigkeit von 5 km/h, etwas oberhalb der physikalischen Durchschnittsgeschwindigkeit von 4,5 km/h, den Berechnungen zugrunde gelegt (Rodewald & Schlichting 2007). Für die Modellierung von Fußwegen wird ein Network Dataset aufgebaut, bei dem keinerlei Beschränkungen wie Einbahnstraßen oder Abbiegeregeln vorliegen. Die Zentroide der Berliner Blöcke werden als Ausgangs- und Bezugspunkte für die Untersuchungen verwendet. Als GIS-Software wird ArcGIS 9.2, der Firma ESRI, mit der Extension Network Analyst, verwendet.

Nächstgelegener Facharzt

Der erste entwickelte Versorgungsindikator wird „Nächstgelegener Facharzt“ genannt und zählt zur ersten Methoden-Kategorie (Messung des Reisewiderstandes zum nächstgelegenen Anbieter). Eine Analyseroutine ermöglicht es, den auf dem Straßengraphen nächstgelegenen Arzt zu identifizieren und die Distanz (Reisezeit) dorthin ausgehend von den Blockzentroiden zu messen. Alle Arztstandorte einer Arztgruppe können als Einrichtungen, nach denen gesucht werden soll, geladen werden und alle Blockzentroide als Ausgangspunkte für die Suche nach der nächstgelegenen Einrichtung. Der Reisewiderstand wird in Metern gemessen werden, wodurch eine Umrechnung auf die Reisezeit in Gehminuten ermöglicht wird.

In Abbildung 1 sind für drei ausgewählte Beispiele die Blockzentroide, die jeweils nächstgelegenen Ärzte und die berechneten kürzesten Wege dargestellt. Ausgehend von den Blockzentroiden wird zunächst der nächstgelegene Punkt auf dem Straßengraphen ermittelt, von dem aus die Wegeberechnung dann startet. Um die gemessenen Entfernungen in Reisezeiten umzurechnen, werden die Angaben in Metern durch 83,3 geteilt, was bei einer Gehgeschwindigkeit von 5 km/h einer Minute entspricht. Somit erhält man einen Minutenwert mit Nachkommastellen, den man wiederum in Minuten und Sekunden umrechnen kann. Jeder Block erhält so letztendlich einen Indikatorwert in Gehminuten.



Das Ergebnis der Berechnung am Beispiel der Kinderärzte ist auf der 3. Umschlagseite auf der oberen Karte zu sehen. Der bereits im Forschungsprojekt festgestellte zentral-periphere Radiant (Henke et al. 2007) kann hier auf kleinräumiger Basis bestätigt werden. Von den meisten Blöcken in den innerstädtischen Gebieten werden Kinderärzte gut erreicht, wogegen es in den Stadtrandgebieten großflächige zusammenhängende Gebiete gibt, in denen kein Arzt innerhalb von 15 Minuten Fußweg erreicht werden kann.

Mithilfe des auf Blockbasis verfügbaren Einwohnerregisters kann dem Indikator die versorgte Wohnbevölkerung gegenübergestellt werden. Besonders interessant ist es zu erfahren, wie viele Menschen von einer schlechten Erreichbarkeit betroffen sind. Den Tabellen in Abbildung 2 ist zu entnehmen, wie viele Einwohner berlinweit jeweils in den Blöcken einer Karten-Klasse wohnen. Da nicht für alle Blöcke Indikatorwerte berechnet wurden, entspricht die Grundgesamtheit an Einwohnern mit 3 286 771 nicht der absoluten Anzahl an Einwohnern in Berlin. In ganz Berlin wohnen demnach 670 659 Berliner in Blöcken, von denen aus kein Kinderarzt innerhalb von 15 Minuten erreicht werden kann. Diese Aussage gilt somit für 20,4 Prozent der untersuchten Gesamtbevölkerung. Neben der Gesamtbevölkerung wurde die Statistik für die für Kinderärzte spezifische Klientel, nämlich die Kinder unter 15 Jahren, erstellt. 71 353 Kinder unter 15 Jahren und somit sogar 22,5 Prozent der untersuchten Kinder wohnen in Blöcken, von denen aus kein Kinderarzt in angemessener Entfernung erreicht werden kann. Berlinweit erreichen Kinder unter 15 Jahren den nächstgelegenen Kinderarzt durchschnittlich in knapp 12 Minuten (11'46").

Um nun etwas genauer zu erfahren, wo die meisten Menschen wohnen, die keinen Arzt in der vorgegebenen Zeit erreichen können, ist es möglich, Statistiken auf allen Stufen des RBS zu erstellen. Ein Vergleich auf Basis der neuen Berliner Bezirke zeigt bereits deutliche Unterschiede, wie der Tabelle 1 zu entnehmen ist. Besonders die Bezirke Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf und Tempelhof-Schöneberg weisen einen hohen Prozentsatz an Kindern auf, die ausgehend von ihrem Wohnblock keinen Kinderarzt

in 15 Minuten erreichen können. In diesen Bezirken wohnt knapp die Hälfte aller Kinder, die nicht wohnortnah versorgt sind. Die Bezirke sind in sich noch sehr inhomogen und ähnlich wie ganz Berlin wegen ihrer Größe weniger gut für diese Art der Analyse geeignet. So ist der nördliche Teil von Steglitz beispielsweise noch überproportional gut versorgt, der Rest von Steglitz und Zehlendorf mit den großflächigen Einfamilienhausgebieten dagegen nicht. Die Ergebnisse verdeutlichen aber das Potenzial, das in Auswertungen beispielsweise auch für die Ebenen der neuen LOR-Systematik (Bömermann et al. 2006) liegt.

Erreichbare Fachärzte

Der zweite entwickelte Versorgungsindikator wird „Erreichbare Fachärzte“ genannt und zählt zur zweiten Methoden-Kategorie (Berechnung des durchschnittlichen Reisewiderstandes zu den erreichbaren Anbietern). Anders als in anderen Ansätzen werden

Tab. 1 Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die mehr als 15 Gehminuten zum nächstgelegenen Kinderarzt zurücklegen müssen nach Bezirken

Bezirk	Einwohner			
	gesamt	unter 15 Jahren		
		gesamt	Erreichbarkeit mehr als 15 min	Anteil in %
Mitte	316 136	31 000	1 408	4,5
Friedrichshain-Kreuzberg	255 930	23 113	486	2,1
Pankow	341 143	27 701	5 741	20,7
Charlottenburg-Wilmersdorf	304 852	25 198	3 251	12,9
Spandau	281 352	29 334	6 705	22,9
Steglitz-Zehlendorf	207 228	23 604	12 070	51,1
Tempelhof-Schöneberg	227 571	19 737	8 496	43,0
Neukölln	298 509	34 315	8 473	24,7
Treptow-Köpenick	324 220	32 603	6 008	18,4
Marzahn-Hellersdorf	245 252	24 150	4 766	19,7
Lichtenberg	246 531	19 916	3 257	16,4
Reinickendorf	238 047	27 134	10 692	39,4
Berlin	3 286 771	317 805	71 353	22,5

nicht alle Ärzte eines Untersuchungsgebietes, das in der Regel durch administrative oder statistische Grenzen festgelegt wird, verwendet. Stattdessen wird ausgehend von jedem Blockzentroiden ein Einzugsbereich von 15 Gehminuten über den Straßengraphen berechnet. Dazu wurde ein Verfahren verwendet, wodurch es möglich ist, Polygone zu erstellen, die ein Einzugsgebiet auf die vordefinierte Art und Weise abstecken. Bei einer durchschnittlichen Gehgeschwindigkeit von 5 km/h legt man innerhalb der 15 Minuten, die als akzeptable Entfernung zum Erreichen eines Arztes vordefiniert wurden, 1 250 Meter zurück. In Abbildung 2 sind die Polygone von zwei erstellten Einzugsbereichen beispielhaft dargestellt.

Durch eine räumliche Verschneidung können anschließend die Ärzte einer Fachrichtung ausgezählt werden, die innerhalb eines Einzugsgebietes liegen. Im vorstehenden Beispiel enthält das Einzugsgebiet B zwei und das Einzugsgebiet A acht Kinderärzte. Zu sehen sind im Einzugsgebiet von A zwar nur fünf Arztstandorte, bei einem davon handelt es sich jedoch um eine Gemeinschaftspraxis mit vier Kinderärzten. Jeder in einer Gemeinschaftspraxis praktizierende Arzt wird einzeln gezählt, da davon ausgegangen wird, dass die Anwohner bei einer Gemeinschaftspraxis die Wahl zwischen mehreren Ärzten haben.

Dieser Indikator für die Kinderärzte ist in der unteren Abbildung der 3. Umschlagseite für ganz Berlin dargestellt und zeigt ausgeprägte räumliche Versorgungsdisparitäten. Während es in den äußeren Stadtteilen große Gebiete mit zusammenhängenden Blöcken gibt, von denen aus kein Kinderarzt in 15 Gehminuten erreicht werden kann, gibt es Gebiete in der Innenstadt, von denen sogar bis zu 20 unterschiedliche Ärzte in derselben Zeit erreicht werden können. Im Berliner Durchschnitt erreichen Kinder unter 15 Jahren 2,75 Kinderärzte in 15 Gehminuten.

Gleitende Einzugsbereiche

Für die dritte Methoden-Kategorie (Einwohner-Anbieter-Relationen) wurde der Versorgungsindikator „Gleitende Einzugsbereiche“ entwickelt. Die Einzugsbereiche der Blockzentroide, die bereits für den Indikator „Erreichbare Fachärzte“ berechnet wurden, werden dabei für die Berechnung von Verhältniszahlen verwendet. Der Anzahl der erreichbaren Ärzte pro Einzugsbereich wird die Gesamtzahl aller Einwohner der Blöcke, deren Zentroide in denselben Einzugsbereich fallen, gegenübergestellt. Im Ergebnis werden die Nachteile des ursprünglichen Ansatzes, der zu große Planungsgebiete für die Berechnung von Verhältniszahlen verwendet und sich dabei an starren Verwaltungsgrenzen orientiert, umgangen. Über- und Unterversorgung wird kleinräumig, auf Basis realistischer Einzugsbereiche, nachgewiesen.

Die so ermittelten Verhältniszahlen können anhand der offiziellen Grenzen für Über- und Unterversorgung aus den Bedarfsplanungs-Richtlinien klassifiziert werden. Ein Nachteil des sehr kleinräumigen Ansatzes ist, dass es viele Blöcke gibt, in deren Einzugsgebiet es gar keinen Arzt gibt. Für diese Blöcke kann keine Verhältniszahl berechnet werden. Deren vergleichsweise schlechte Versorgungssituation wird bereits durch die beiden ersten Indikatoren dokumentiert.

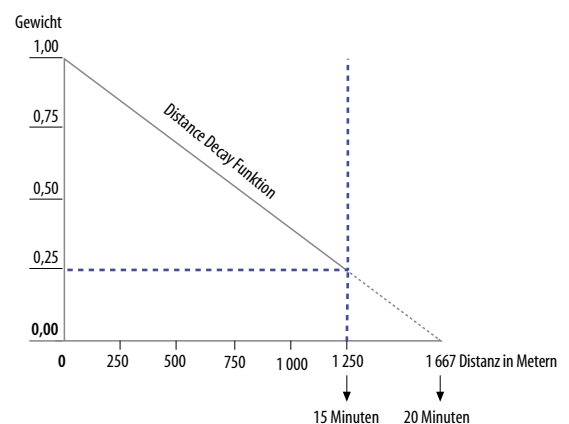
Durch die auf der 4. Umschlagseite dargestellten Ergebnisse kann die durch die Bedarfsplanung festgestellte Überversorgung für weite Teile Berlins kleinräumiger bestätigt werden. Die meisten Blöcke weisen einen Versorgungsgrad von über 110 Prozent auf. Überraschenderweise werden jedoch, selbst bei den Blöcken, in deren Einzugsgebiet mindestens ein Arzt fällt, deutlich zusammenhängende Gebiete aus jeweils mehreren Blöcken sichtbar, die als kleinräumig unterversorgt bezeichnet werden können. Insgesamt leben danach 17 139 Kinder in Blöcken, die auf Basis ihres Einzugsbereiches einen Versorgungsgrad von unter 50 Prozent aufweisen und somit nach den Bedarfsplanungs-Richtlinien als mit Kinderärzten unterversorgt angesehen werden können (Gemeinsamer Bundesausschuss 2007).

Räumliche Interaktion

Der Versorgungsindikator „Räumliche Interaktion“, der als Vertreter der vierten Methoden-Kategorie (Gravitationsmodelle) entwickelt wurde, verlangt die umfangreichsten Berechnungen aller vier Indikatoren. Mit ihm wird neben der Berücksichtigung des verfügbaren Angebotes auch die zu erwartende Nachfrage, also die potenzielle Auslastung eines Arztes anhand der ihn umgebenden Wohnbevölkerung, mit einbezogen. Außerdem wird eine Gewichtung der Distanzen anhand einer kontinuierlichen Distance Decay Funktion umgesetzt. Voraussetzung dafür ist die Annahme, dass räumlich nah liegende Ärzte eine größere Wahrscheinlichkeit haben, in Anspruch genommen zu werden, als weiter entfernte.

Die größte Distanz, bis zu der ein Arztstandort bzw. ein Block bei der Indikatorberechnung berücksichtigt wird, liegt bei 1 250 Metern, entsprechend den Einzugsbereichen von 15 Gehminuten der anderen Indikatoren. Durch die in Abbildung 3 dargestellte Distance Decay Funktion werden demnach Distanzen zwischen 0 und 1 250 Metern gewichtet. Da keine empirischen Werte für die Distanzwahrnehmung bei Fußwegen in Berlin vorliegen, wird eine lineare Funktion verwendet, bei der die Gewichtung über die gesamte Distanz in gleicher Weise abnimmt, wie

Abb. 3 Distance Decay Funktion zur kontinuierlichen Distanzgewichtung



die Distanz zunimmt. Die Funktion startet bei der geringsten Distanz mit dem höchsten Gewicht von 1 und nimmt bis zu einem Gewicht von 0,25 bei 1 250 Metern linear ab. Die Funktion wurde nicht bis zu einem minimalen Gewicht von 0 berechnet, da nicht davon auszugehen ist, dass 1 250 Meter der absolut weiteste Weg ist, der zu einem Arzt zurückgelegt wird. Bei der vorliegenden Funktion wäre der Nullpunkt der Gewichtung bei 1 667 m entsprechend 20 Gehminuten erreicht. Distanzen größer als 1 250 Metern werden bei der Berechnung jedoch nicht berücksichtigt.

Folgende Formel wurde, in Anlehnung an Guagliardo 2004, zur Berechnung des Versorgungsindikators entwickelt:

$$RI_i = \sum_j K_j \times \frac{d_{ij}^s}{R_j} \text{ wobei: } R_j = \sum_i d_{ij}^s \times B_i$$

RI ist der Versorgungsindikator „Räumliche Interaktion“ ausgehend vom Zentroiden eines Blocks i . K_j beschreibt die Kapazität eines Anbieterstandortes, hier die Anzahl am Standort j tätiger Ärzte einer Fachgruppe. d_{ij}^s ist die gewichtete Distanz zwischen einem Block i und einem Arztstandort j . R_j ist das Regulativ zur Einbeziehung der zu versorgenden Wohnbevölkerung für den Arztstandort j . Es wird berechnet durch die Summe aller gewichteten Distanzen zu den innerhalb von 15 Gehminuten erreichbaren Blockzentroiden (d_{ij}^s) multipliziert mit der Bevölkerungszahl B_i des jeweiligen Blocks i .

Im Ergebnis werden die einzelnen Blöcke sehr differenziert und unter Einbeziehung verschiedener versorgungsrelevanter Faktoren betrachtet. In Abbildung 4 sind die Resultate der Berechnung für zwei ausgewählte Verkehrszellen gegenübergestellt. Durch eine Normierung der Indikatorwerte sind diese leichter zu interpretieren. Unterschiede innerhalb von Untersuchungsgebieten treten besser zum Vorschein, wenn man jeweils nur zwischen den dargestellten Blöcken normiert. Bei einer Normierung auf Grundlage der Indikatorwerte aller Blöcke wären die Unterschiede in den beiden innerstädtischen Verkehrszellen nicht so deutlich sichtbar.

Auswertung der Ergebnisse für höhere Raumhierarchien

Es gibt Fragestellungen, die nach schnell erfassbaren und übersichtlichen Darstellungen verlangen, für die eine Auswertung der auf Blockbasis berechneten Versorgungsindikatoren zu unübersichtlich ist. Dies ist z. B. der Fall, wenn Erreichbarkeit für aggregierte Raumhierarchien zu quantifizieren ist. Durch die auf Blockbasis vorliegenden Ergebnisse ist es möglich, Mittelwerte für unterschiedliche räumliche Aggregationsniveaus zu berechnen. Die Einwohnerzahlen eines Blockes variieren teilweise stark, weswegen es sinnvoll ist, die Indikatorwerte bei einer Mittelwertbildung mit der Einwohnerzahl zu gewichten. Somit kann man verlässliche Aussagen generieren, z. B. wie weit es ein Einwohner einer Verkehrszelle durchschnittlich zum nächstgelegenen Arzt hat.

Für die Titelgrafik wurden einwohnergewichtete Mittelwerte, ausgehend von den Blockwerten des Versorgungsindikators „Nächstgelegener Augenarzt“, für die untere Ebene der lebensweltlich orientierten RBS-Raumhierarchie, also die 446 Planungsräume (Börmann et al. 2006), berechnet. Auch hier wird deutlich, dass in innerstädtischen Planungsräumen beispielsweise Augenärzte deutlich schneller erreicht werden können als in peripheren Planungsräumen. Allerdings werden auch Ausnahmen von dieser Regel deutlich, wie in den alten Stadtteilzentren der äußeren Bezirke. Im Planungsraum Alt-Tegel, in dem 9 verschiedene Augenärzte verteilt sind, wird ein Augenarzt von den Bewohnern in durchschnittlich 4,03 Minuten erreicht. In den umliegenden Planungsräumen sind die Werte deutlich höher. Ähnlich zu beobachten ist dies in Spandau und Köpenick. Das Zentrum-Peripherie-Gefälle ist somit nicht nur in Berlin als Ganzes zu beobachten, sondern auch in ausgewählten Bezirken bedingt durch die polyzentrische Siedlungsstruktur.

Ein großer Vorteil von GIS ist, dass Sach- und Geometriedaten direkt miteinander verlinkt sind. Wie in Abbildung 5 dargestellt, kann man z. B. durch eine einfache Abfrage in der Datenbank die Planungsräume selektieren, von denen man durchschnittlich

Abb. 4 Versorgungsindikator „Räumliche Interaktion“ (Kinderärzte) in zwei ausgewählten Verkehrszellen

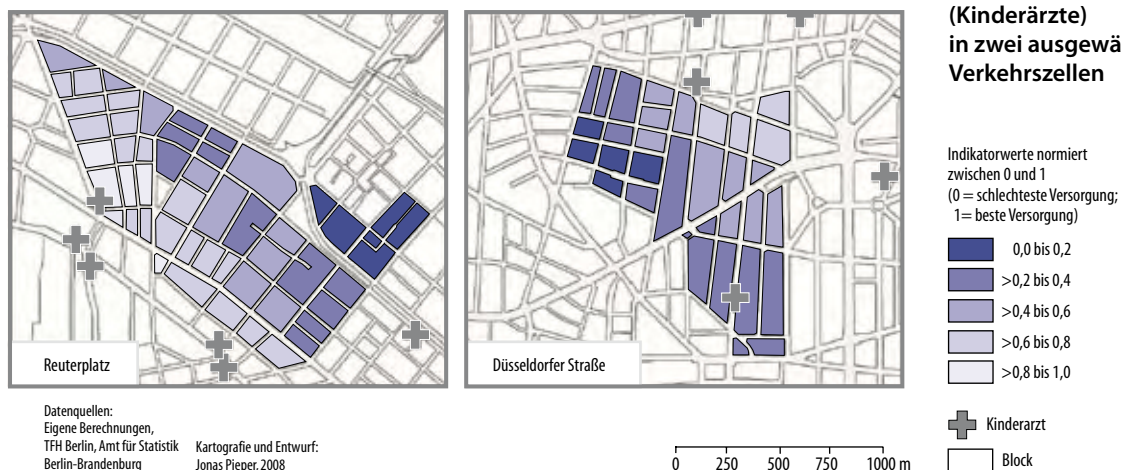
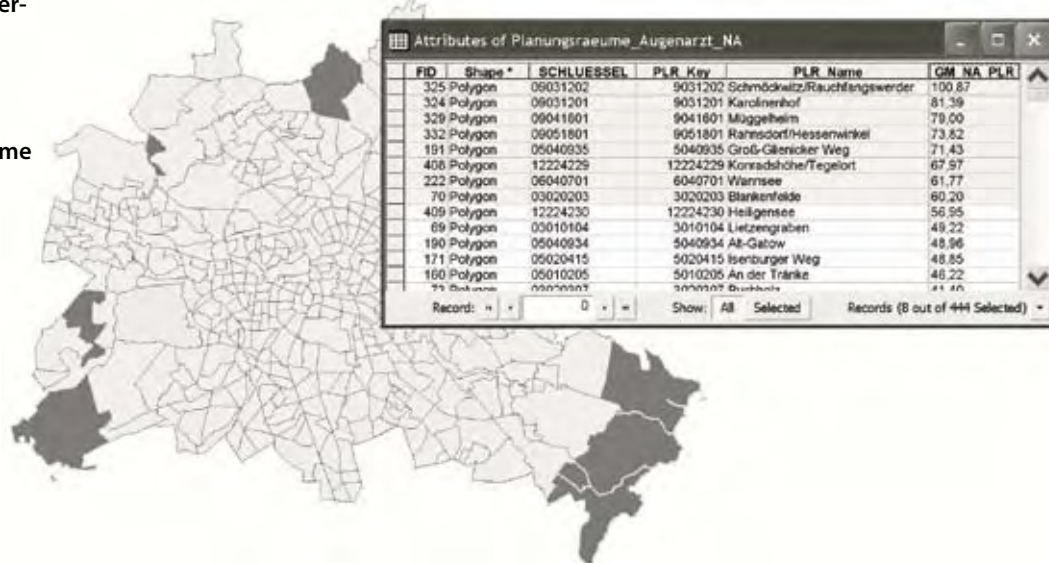


Abb. 5 Darstellung der einwohnergewichteten Mittelwerte auf Basis der Berliner Planungsräume



mehr als 60 Minuten Fußweg zum nächstgelegenen Augenarzt hat. Sowohl in der Attributtabelle, als auch in der Kartenansicht werden dadurch acht Planungsgebiete markiert, die eine solche schlechte Erreichbarkeit aufweisen.

Eine Berechnung von einwohnergewichteten Mittelwerten auf Basis der Berliner Bezirke (vgl. Abbildung 6) offenbart auch hier deutliche Unterschiede. Besonders Köpenick und die westlichen Außenbezirke weisen eine schlechte durchschnittliche Erreichbarkeit des nächstgelegenen Augenarztes auf, wogegen man in Kreuzberg-Friedrichshain, Mitte und Charlottenburg-Wilmersdorf schnell einen Augenarzt erreicht. Natürlich müssen zwei weitere Aspekte mit in die Überlegungen einbezogen werden. In den äußeren Bezirken spielt der motorisierte Individualverkehr vermutlich eine größere Rolle. Außerdem werden Arztbesuche häufig in den täglichen Aktionsradius mit eingebunden, sodass im Umfeld

von Arbeitsplätzen, die vermehrt in den inneren Stadtteilen zu finden sind, Ärzte aufgesucht werden. Im Raumordnungsbericht der Bundesrepublik Deutschland heißt es jedoch, dass die medizinische Grundversorgung für die gesamte Bevölkerung verfügbar, flächendeckend und wohnortnah gesichert sein soll (BBR 2005).

Fazit

Grundsätzlich sind alle entwickelten Indikatoren geeignet, ausgewählte Aspekte der vertragsärztlichen Versorgungssituation kleinräumig abzubilden. Jeder Indikator hat durch die verschiedenen Ansätze Stärken. Die Versorgungsindikatoren „Gleitende Einzugsbereiche“ und „Räumliche Interaktion“ erweisen sich als vergleichsweise geeigneter, die Gesundheitsversorgung in ihrer Gesamtheit zu beleuchten. Sie berücksichtigen neben dem Aspekt der räumlichen Erreichbarkeit auch das verfügbare Angebot und die zu versorgende Wohnbevölkerung, wodurch ein umfassender Blick auf die Versorgungssituation gewährleistet wird. Die Versorgungsindikatoren „Nächstgelegener Anbieter“ und „Erreichbare Anbieter“ eignen sich dagegen besonders, die Erreichbarkeit von Fachärzten zu beschreiben. Umfassende Aussagen über die Versorgungssituation können von ihnen nur getätigt werden, wenn sie mit den anderen Indikatoren kombiniert interpretiert werden.

Mit der sehr kleinräumigen Blockbasis, für welche die Versorgungsindikatoren berechnet werden, liegt eine sehr detaillierte Datenbasis für den Einsatz in der medizinischen Versorgungsplanung vor. Versorgungsdefizite können jenseits administrativer oder statistischer Grenzen aufgedeckt werden. Neue Standorte von Arztpraxen können damit besser geplant und somit näher an den tatsächlichen Bedarf herangeführt werden.

Grundsätzlich lassen die diskutierten und angewandten Methoden vor allem zwei Schlussfolgerungen zu. Zum einen wurde anhand der durchgeführten Auswertungen aufgezeigt, dass es Gebiete in Berlin gibt, die hinsichtlich einzelner Facharztgruppen als kleinräumig unterversorgt bezeichnet wer-

Abb. 6 Versorgungsindikator „nächstgelegener Augenarzt“ auf Basis der Berliner Bezirke



den können. Die Hinfälligkeit der derzeit geltenden Bedarfsplanungsrichtlinien und die Notwendigkeit neuer Ansätze wurden damit bewiesen. Zum anderen haben sich GIS als geeignetes Werkzeug herausgestellt, Versorgungsgrade auf Basis der räumlichen Erreichbarkeit zu ermitteln und kleinräumige Versorgungsdisparitäten aufzudecken. Mit Hilfe von GIS gibt es viele Möglichkeiten, eine Versorgungsplanung besser am tatsächlichen Bedarf auszurichten, als es derzeit durch die Bedarfsplanung der Fall ist. Die Berechnung von Nutzungswahrscheinlichkeiten als wichtiger Aspekt zur Modellierung der Versorgungssituation stellt ebenso ein teils ungelöstes Problem

dar wie die Berücksichtigung von individuellen Aktionsradien bei der Arztwahl. Weiterhin blieben bisher Randeffekte weitgehend unberücksichtigt. So ist es denkbar, dass die Bevölkerung in den peripheren Randgebieten Ärzte in Brandenburg konsultieren.

Um die Versorgungswirklichkeit so nah wie möglich an den objektiven Bedarf heranzuführen, sind Geoinformationssysteme ein effektives Werkzeug. Ihnen wird in Zukunft eine größere Bedeutung zufallen, als dies derzeit der Fall ist.

MSc (GIS) Jonas Pieper ist Mitarbeiter an der Beuth Hochschule für Technik (www.beuth-hochschule.de). Professor Dr. Jürgen Schweikart lehrt und forscht im Studiengang Kartographie und ist Dekan des Fachbereichs III: Bauingenieurwesen und Geoinformation.

Literaturverzeichnis

- BBR – BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (Hrsg.) (2005): Raumordnungsbericht 2005. Berichte, Band 21. Bonn, 371 S.
- BÖRMERMAN, H., JAHN, S. & NELIUS, K. (2006): Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“. In: Statistische Monatsschrift, Nr. 8, 2006. Statistisches Landesamt Berlin, 366–371 S.
- CROMLEY, E.K. & MCLAFFERTY, S. (2002): GIS and Public Health. Guilford Press, New York, London.
- GEMEINSAMER BUNDESAUSSCHUSS (Hrsg.) (2007): Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses über die Bedarfsplanung sowie die Maßstäbe zur Feststellung von Überversorgung und Unterversorgung in der vertragsärztlichen Versorgung (Bedarfsplanungs-Richtlinien). Neufassung vom 15. Februar 2007. Siegburg, 43 S.
- GUAGLIARDO, M.F. (2004): Spatial accessibility of primary care: concepts, methods and challenges. In: International Journal of Health Geographics 2004, 3:3. Online: <http://www.ij-healthgeographics.com/content/3/1/3> (Stand: 8. April 2008).
- HENKE, S., SCHWEIKART, J. & WALTER, N. (2007): Versorgungsdichte und Wohnortnähe in der ambulanten medizinischen Versorgung in Berlin im Jahr 2005. In: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, Nr. 5+6, 2007. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, 21–30 S.
- KBV – Kassenärztliche Bundesvereinigung (2007): Implikationen aus den Ergebnissen der Studie zur Altersstruktur- und Arztlentwicklung der KBV. Online: <http://www.kbv.de/publikationen/2655.html> (Stand: 2. August 2007; am 8. April 2008 nicht mehr verfügbar).
- KÖRVER, I. (2007): Lücken schließen, und zwar richtig. In: Klartext. Die Zeitung der KBV. Juli 2007, 4–5 S.
- KOLLER, M. (2006): Dynamisches WebGIS zur optimierten Routenplanung. Unveröffentlichte Diplomarbeit, ETH Zürich. Online: http://www.gis.ethz.ch/teaching/thesis/diplthesis_ss06_koller/Bericht6.pdf (Stand: 8. April 2008).
- KV BERLIN – Kassenärztliche Vereinigung Berlin (2007): Informationen im Internet. Online: www.kvberlin.de (Stand: 8. April 2008).
- LONGLEY, P.A., GOODCHILD, M.F., MAGUIRE, D.J. & RHIND, D.W. (2005): Geographic Information Systems and Science. 2nd Edition. John Wiley & Sons, Ltd, Chichester, 517 S.
- RODEWALD, B. & SCHLICHTING, H. J. (2007): Springen, Gehen, Laufen. Online: http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/fachbereich_physik/didaktik_physik/publikationen/springen_gehen_laufen.pdf (Stand: 8. April 2008).
- SCHÖPE, P., KOPETSCH, T. & FÜLÖP, G. (2007): Bedarfsgerechte Versorgungsplanung – Entwicklung eines Modells zur Bestimmung zwischenstandörtlicher Versorgungsbeziehungen zur Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten ambulanten vertragsärztlichen Versorgung. In: STROBL, J., BLASCHKE, T. & GRIESEBNER, G. (Hrsg.): Angewandte Geoinformatik 2007. Beiträge zum 19. AGIT-Symposium Salzburg. Herbert Wichmann Verlag, Heidelberg, 691–702 S.
- SCHWEIKART, J. & KISTEMANN, T. (2004): Geoinformation in der Gesundheit – Entwicklung und Potenziale. In: SCHWEIKART, J. & KISTEMANN, T. (Hrsg.): Geoinformationssysteme im Gesundheitswesen. Grundlagen und Anwendungen. Herbert Wichmann Verlag, Heidelberg, 3–14 S.
- SGSV - SENATSVERWALTUNG FÜR GESUNDHEIT, SOZIALES UND VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2006): Gesundheitsberichterstattung Berlin. Basisbericht 2005. Daten des Gesundheits- und Sozialwesens. Berlin, 620 S.
- WALTER, N. & SCHWEIKART, J. (2006): Räumliche Disparitäten in der ambulanten Gesundheitsversorgung Berlins – eine GIS-basierte Analyse. In: STROBL, J., BLASCHKE, T. & GRIESEBNER, G. (Hrsg.): Angewandte Geoinformatik 2006. Beiträge zum 18. AGIT-Symposium Salzburg. Herbert Wichmann Verlag, Heidelberg, 704–708 S.
- WILKINSON, P., GRUNDY, C., LANDON, M. & STEVENSON, S. (1998): GIS in Public Health. In: GATRELL, A.C. & LÖYTÖNEN, M. (Eds.): GIS and Health. Taylor & Francis, London, Philadelphia, 179–190 S.
- ZEPF, E., MÖLLER, J. & NEUBAUER, G. (1978): Kriterien zur Abgrenzung von Analyse- und Planungsräumen im Gesundheitswesen. Institut für Regionalplanung und Infrastruktur, München.

Hartmut Bömermann

Neuerungen in der amtlichen Bevölkerungs- und Sozialstatistik im Rahmen des abgestimmten Berliner Datenpools



Lebensweltlich orientierte Räume

Der Senat von Berlin hat am 13. Juni 2006 die „Entwicklung einer gesamtstädtischen ressort-übergreifenden Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung Berlin“ beschlossen. Zu den grundlegenden Bausteinen für die Umsetzung der intendierten ressort-übergreifenden Sozialraumorientierung gehört der Aufbau eines fachlich abgestimmten Datenpools, an dem aktuell in einem Projekt gearbeitet wird, das Akteure aus allen hierfür relevanten Bereichen der Verwaltung einschließt. Die Verfügbarkeit kleinräumiger statistischer Daten hat sich durch die bisherigen Aktivitäten bereits deutlich verbessert. Vorgelagert war dem Projekt Datenpool der Neuzuschnitt der kleinräumigen Gliederung in Berlin, der „Lebensweltlich orientierten Räume“, kurz LOR.

Eine kleinräumige Untergliederung des Stadtgebietes hat in Berlin eine lange Tradition. Für Berichte und Berichtssysteme waren Verkehrszellen, statistische Gebiete und Mittelbereiche sowie die Planungsräume der Jugendhilfe lange Jahre die bevorzugten Nachweis- und Darstellungsebenen. Während Verkehrszellen, statistische Gebiete und Mittelbereiche in einer hierarchischen Beziehung zueinander stehen, galt das für die Planungsräume der Jugendhilfe nicht, sodass Vergleiche zwischen diesen Raumsystemen nicht möglich waren. Der Grund für voneinander unabhängige Raumgliederungen lag in einer Schwäche des Zuschnitts der Verkehrszellen, die räumliche Barrieren, wie zum Beispiel große Verkehrsstraßen oder -kreuzungen, nicht als grenzbildend ansahen. Was für eine Verkehrsbetrachtung angemessen ist, führt aber bei einer sozialräumlichen Betrachtung zu nicht validen Raumgrenzen.

Das Ende 2005 initiierte Projekt zur Vereinheitlichung von Planungsräumen für Fachplanungen in Berlin wurde am 1. August 2006 mit einem Senatsbeschluss (SB 3798/06) erfolgreich beendet. Bezeichnet wird die neue und verbindliche Raumgliederungssystematik als „Lebensweltlich orientierte Räume“ (LOR). In Tabelle 1 wird die hierarchische Beziehung der Raumebenen Prognoseraum, Bezirksregion und Planungsraum der LOR dargestellt. In der feinsten Untergliederung – den Planungsräumen – umfassen die LOR 447 Raumeinheiten, die das Stadtgebiet flächendeckend unterteilen.

Datenpool

Nach der Bildung der Lebensweltlich orientierten Räume wurde in einem Folgeschritt mit den Abstimmungsarbeiten für den hierzu komplementären Datenpool begonnen. Dazu wurde die bestehende Arbeitsgruppe um zusätzliche Koordinatoren aus den Hauptverwaltungen erweitert, die in ihrer Gesamtheit als Arbeitsgruppe Datenpool fungieren.

Ziel des Datenpools ist es, dass allen planenden und umsetzenden Fachbereichen auf Landes- und Bezirksebene einheitliche und abgestimmte Daten als Analysebasis zur Verfügung stehen, die die Grundlage für kooperative Fachplanung auf Ebene der LOR bilden. Abzustimmen sind im Datenpool:

- Zeitbezüge (Stichtage, Zeiträume),
- Statistiken und deren Merkmale,
- technische Variablennamen,
- technische Dateistrukturen,
- Dokumentation (Metadaten),
- Zugangswege.

Besondere Berücksichtigung finden bei der inhaltlichen Abstimmung Aspekte des Gender Mainstreaming und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund. Über den Datenpool sollen nicht nur Statistiken des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg zugänglich gemacht werden, sondern auch Daten, die in den Senatsverwaltungen, bei der Polizei oder den Bezirken verfügbar sind. Bisher konnten Daten aus folgenden Statistiken erschlossen und in den Datenpool eingestellt werden:

- Einwohnerregister 1992 bis 2008,
- Migrationshintergrund ab Dezember 2007,
- Arbeitsmarktdaten der Bundesagentur für Arbeit (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Personen im Rechtskreis SGB III, Personen und Bedarfsgemeinschaften im Rechtskreis SGB II),
- Wanderungen: An- und Abmeldungen,
- Todesursachen,
- Flächennutzung,
- Kfz-Daten,
- kiezbezogene Kriminalität,
- Baufertigstellungen und Abgänge,
- Wohnlagen nach dem Mietspiegel,
- Wohnungsleerstand.

Tab. 1 Hierarchische Gliederungsebenen der Lebensweltlich orientierten Räume (LOR)

Gebietseinheit	Anzahl
Bezirk.....	12
Prognoseraum (PRG).....	60
Bezirksregionen (BZR).....	134
Planungsraum (PLR).....	447
Statistischer Block.....	>15 000
Blockseite.....	>74 000
Adresse.....	>280 000

Im Unterschied zur traditionellen Bereitstellung von Statistiken in Form von gedruckten oder druckfähigen Tabellen ist das Angebot des Datenpools an der Weiterverarbeitbarkeit mit eigenen Werkzeugen orientiert, seien es Tabellierungs-, Statistik- oder GIS-Programme. Vorgesehen ist aber auch der Verweis auf existierende Bestände, die nicht unmittelbar integrierbar sind.

Zwei Datenstrukturen haben sich herausgeschält, die als Makro- und als Matrixdatei bezeichnet werden. Die Makrodatei enthält die Häufigkeiten aller Merkmalskombinationen und ist damit für Pivotdarstellungen besonders geeignet.

Tab. 2 Beispiel einer Makrodatei

GESCHL	ALTERSGR	AUSSTAAT	HÄUFIGK
M	00-01	Ausgewählte arab. Staaten	72
M	00-01	Ehem. Jugoslawien	33
M	00-01	Ehemalige SU u. Nachfolgestaaten	24
M	00-01	EU 15	13
...
M	00-03	Ausgewählte arab. Staaten	149
...

Bei der Matrixstruktur, die mit Datenbank-, Statistik- und GIS-Programmen verarbeitbar ist, werden die Spaltenmerkmale durch Merkmalskombinationen gebildet; in den Zellen stehen die Häufigkeiten beziehungsweise Summen quantitativer Merkmale.

Jede Zeile der Matrixdatei repräsentiert eine Gebietseinheit, zum Beispiel einen Planungsraum.

Tab. 3 Beispiel einer Matrixdatei

BEZ	PRG	BZR	PLR	E_E	E_EM	E_EW	E_00_01	E_01_03	...
01	01	11	01	3300	1763	1537	15	22	
01	01	11	02	189	112	77	0	0	
01	01	11	03	4723	2487	2236	25	46	
01	01	11	04	3779	1984	1795	53	29	
01	01	11	05	837	491	346	9	4	
...

Beispiel: Daten zu Personen in „Hartz IV“-Bedarfsgemeinschaften

Am stärksten nachgefragt sind die neuen kleinräumigen Daten zu Einwohnern mit Migrationshintergrund und zur Verteilung der Personen aus den Rechtskreisen Sozialgesetzbuch, Drittes Buch, (SGB III) (Arbeitslose) und SGB II („Hartz IV“). Die seit Dezember 2005 von der Bundesagentur für Arbeit den Statistischen Ämtern zur Verfügung gestellten Einzeldaten der Grundsicherung für Arbeitssuchende („Hartz IV“) erlauben die Auswertung nach beliebigen Merkmalskombinationen. Für den Datenpool wurden mehrere Dateien inhaltlich abgestimmt. Merkmale sind unter anderem Geschlecht, Altersgruppen, Ausländer, Schwerbehinderte, Bedarfsgemeinschaften, Größe der Bedarfsgemeinschaften, erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb), alleinerziehend, Partnerschaft ohne/mit Kinder(n), Leistungen, nichterwerbsfähige Hilfebedürftige (nef), anrechenbares Einkommen, Regelleistung,

Mehrbedarf, Dauer des Leistungsbezuges, Dauer der Arbeitslosigkeit.

In der Tabelle 4 sind verschiedene statistische Angaben zur Verteilung der Personen, die in SGB II-Bedarfsgemeinschaften leben, zusammengestellt. Am höchsten ist der Anteil im Bezirk Neukölln mit 32,9 Prozent, gefolgt von Mitte mit 29,6 Prozent. Innerhalb der Bezirke ist die Verteilung wiederum höchst heterogen, wenn unterbezirkliche Gebiete betrachtet werden. In Marzahn-Hellersdorf (24,6 Prozent) reicht die Spannweite in den LOR-Planungsräumen von 3,1 Prozent bis zu 91,0 Prozent. Die starke Heterogenität in den Bezirken macht kleinräumige Darstellungen zwingend erforderlich, um zutreffende statistische Aussagen zu erhalten, die von größeren Gebietseinheiten verdeckt würden.

Abbildung 1 kartiert die Verteilung von Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften auf Ebene der LOR-Bezirksregionen, die das Stadtgebiet in 134 Gebiete unterteilen. An Bedeutung gewinnen die Bezirksregionen aktuell für die bezirkliche Berichterstattung.

Weitere Details der Verteilung werden sichtbar, wenn die Darstellungsebene weiter verfeinert wird. Exemplarisch wird dies für den Bezirk Mitte in Abbildung 2 gemacht. In dem Bezirk Mitte gingen die Altbezirke Mitte, Wedding und Tiergarten auf, die eine stark unterschiedliche Struktur in den neuen Bezirk einbrachten.

Möglichkeiten und Grenzen

Der Datenpool stellt Variablen für Kennzahlen und Indikatoren bereit, die den kleinräumigen quantitativen Zugang verbessern. Durch den Aufbau des Datenpools erweitert sich das Datenspektrum, während der Zugang erleichtert wird. Ein weiterer Effekt wird die bessere Vergleichbarkeit zwischen den verschiedenen Berichten und Berichtssystemen sein, die sich damit leichter ergänzen werden.

Tab. 4 Personen in Sozialgesetzbuch-II-Bedarfsgemeinschaften nach Bezirken in Berlin im Dezember 2007

Bezirks- nummer	Bezirk	Anteil an allen Einwohnern unter 65 Jahren			
		ins- gesamt	Ebene LOR-Planungsraum		
			Mini- mum	Maxi- mum	Variations- koeffizien
1	Mitte.....	29,6	3,4	50,3	44,3
2	Friedrichshain-Kreuzberg.....	27,5	7,9	52,0	40,8
3	Pankow.....	16,3	4,4	61,5	32,7
4	Charlottenburg-Wilmersdorf....	15,8	0,0	36,5	42,7
5	Spandau.....	26,5	2,9	51,9	50,8
6	Steglitz-Zehlendorf.....	11,4	2,3	35,8	54,9
7	Tempelhof-Schöneberg.....	20,0	4,8	39,2	35,8
8	Neukölln.....	32,9	3,5	52,9	38,9
9	Treptow-Köpenick.....	16,9	3,3	37,1	51,1
10	Marzahn-Hellersdorf.....	24,6	3,1	91,0	56,7
11	Lichtenberg.....	21,9	3,9	34,1	33,0
12	Reinickendorf.....	21,0	2,8	48,7	67,6
Berlin		22,1	x	x	x

Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit / Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Abgestimmter Datenpool

Abb. 1 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin nach LOR-Bezirksregionen im Dezember 2007

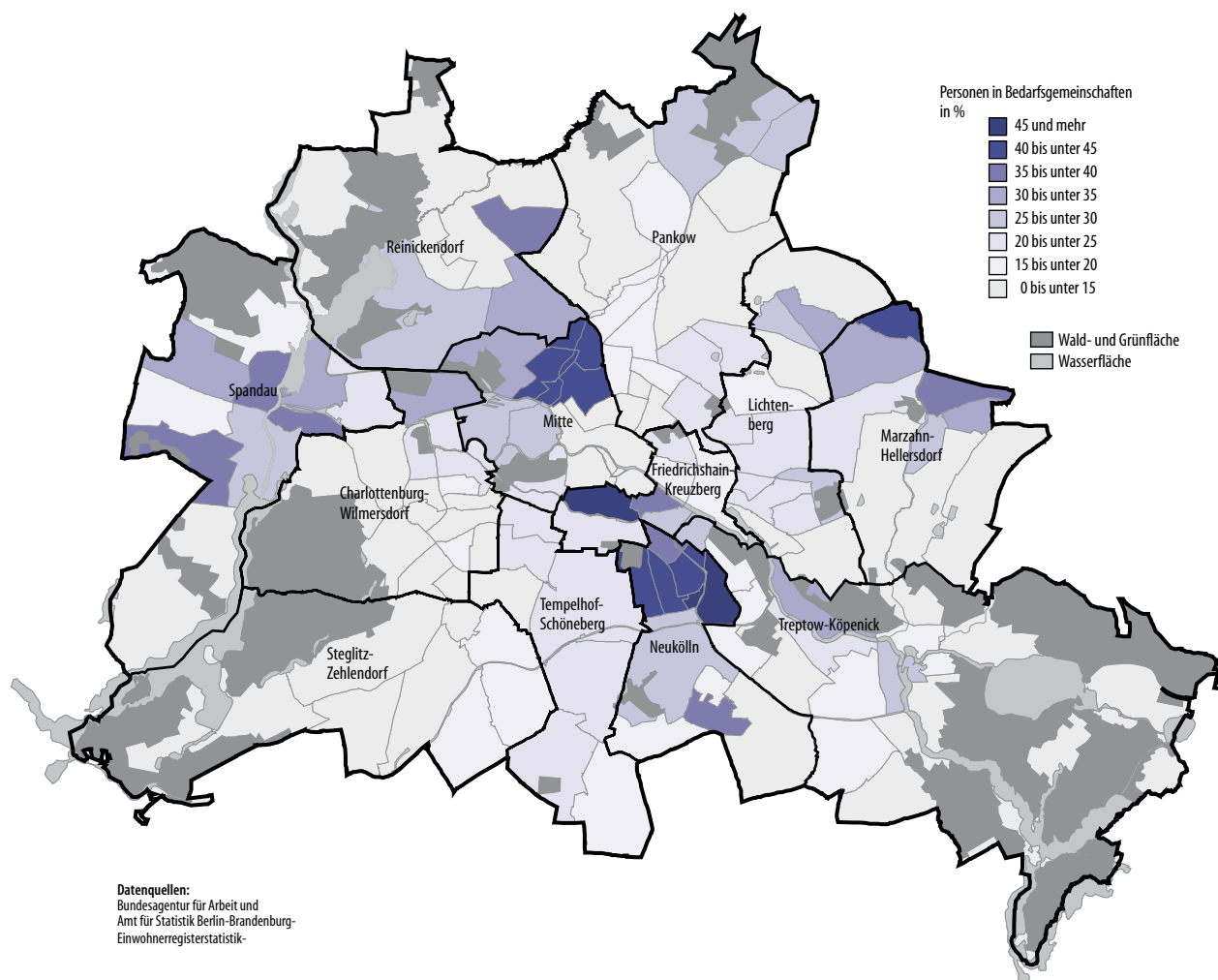
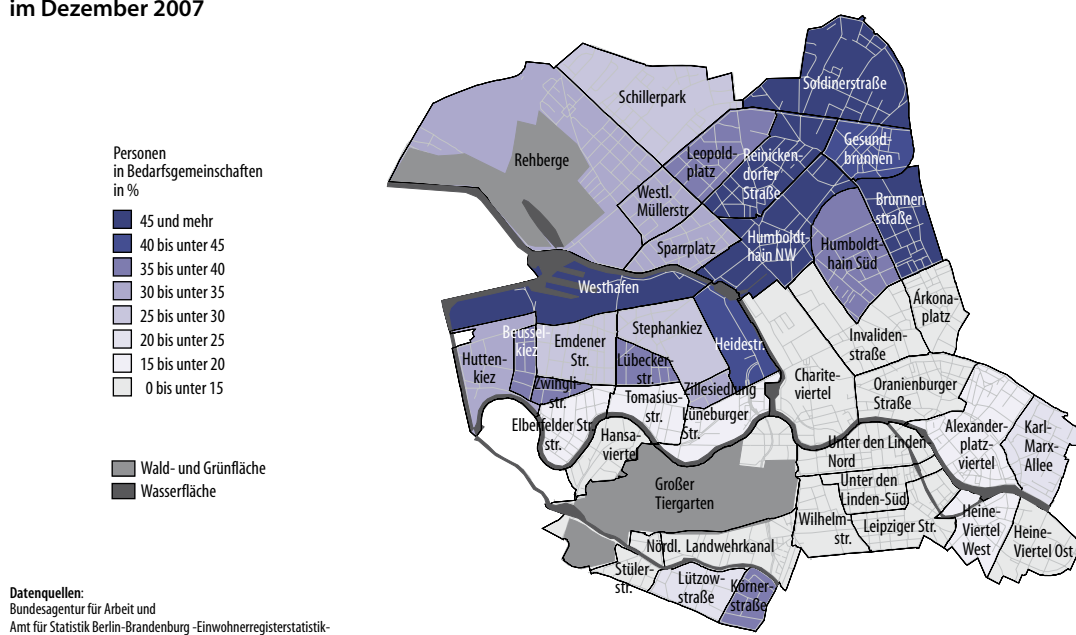


Abb. 2 Personen in SGB II-Bedarfsgemeinschaften in Berlin-Mitte nach LOR-Planungsräumen im Dezember 2007



Bestimmte Einschränkungen gelten für das Datenangebot. So entspricht der Sozialraum nicht dem Aktionsraum der Individuen; diese Einschränkung wird bestehen bleiben, da durch den Datenschutz eine berechnete und wirksame Schranke gesetzt wird. Kleinräumige Daten gibt es bisher nicht zum Pendlerverhalten und zur Veränderung auf Mikroebene über die Zeit (zum Beispiel Panel Transferempfänger).

Ausblick

Aktuell wird an der Erschließung von Infrastrukturdaten gearbeitet. Ein weiteres Thema ist die Entwicklung von fachlich geforderten Indikatoren. Die spezifischen Dateistrukturen des Datenpools erhöhen zwar die flexible Verwendbarkeit, stellen aber auch deutlich höhere Anforderungen an die Auswertung. Eine Lösung stellt der Aufbau einer Online-Datenbank im Landesnetz dar. Die Daten des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg könnten auch im Internet zugänglich gemacht werden, für andere Daten gilt das nicht uneingeschränkt.

Literaturhinweis

- Bömermann, H., Jahn, S., Nelius, K. 2006: „Lebensweltlich orientierte Räume im Regionalen Bezugssystem (Teil 1). Werkstattbericht zum Projekt „Vereinheitlichung von Planungsräumen“; Monatsschrift des Statistischen Landesamtes Berlin, H. 8, S. 366–371.
- Bömermann, H., Rockmann, U., Rehkämper, K. 2008: „Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund in Berlin zum Stand 31.12.2007“; Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin-Brandenburg, H. 3, S. 20–28.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um das redaktionell überarbeitete Manuskript des auf dem 14. Kongress „Armut und Gesundheit“ in Berlin am 5. Dezember 2008 gehaltenen Vortrages.

Dietmar Quaiser

Umsatzsteuer in Berlin und im Land Brandenburg im Jahr 2006



Vorbemerkungen

Im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik werden die Unternehmen erfasst, die monatlich oder vierteljährlich

Die Umsatzsteuerstatistik basiert auf den Daten der Steuerverwaltung. Sie gibt einen Überblick über die Höhe, Struktur und Besteuerung des steuerlich erfassten Umsatzes. Ein wesentlicher Nutzen der Statistik beruht aber in der Möglichkeit, Wirtschaftsstrukturen darstellen zu können. Für Berlin als Stadt kann dies aufgrund der größeren Anzahl der Steuerpflichtigen tiefer gegliedert als für Brandenburg erfolgen. Für Berlin ist keine Regionalisierung der Ergebnisse möglich, da die von der Finanzverwaltung bereitgestellten Datensätze keine weiteren Regionalmerkmale außer der Landeskennung beinhalten. Für das Flächenland Brandenburg werden die gelieferten Daten mit Angaben zu den Verwaltungsbezirken bereitgestellt. Dies ermöglicht Aussagen nach Landkreisen, Städten und Gemeinden, soweit die statistische Geheimhaltung nicht der Publikation der Daten entgegensteht. Im aktuellen Beitrag werden die beiden Länderergebnisse, soweit das möglich ist, in analoger Darstellung und Aufbereitung nebeneinander gestellt und betrachtet. Im Jahr 2006 wurden in der Region als Summe der Länder Berlin und Brandenburg rund 210 Tausend Unternehmen erfasst, die monatlich oder vierteljährlich eine Umsatzsteuervoranmeldung abgaben und steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen von über 17 500 EUR erbrachten.

Umsatzsteuer-Voranmeldungen abgeben und steuerbare Umsätze aus Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR aufweisen. Die Daten ermöglichen neben Informationen über die Besteuerung auch eine Darstellung der Wirtschaftsstruktur des Landes und regionaler Einheiten. Die wirtschaftliche und regionale Zuordnung der Umsätze erfolgt nach dem Unternehmenskonzept. Dabei wird für das gesamte Unternehmen der wirtschaftliche Schwerpunkt der Tätigkeit für die Zuordnung in die Wirtschaftssystematik herangezogen und die gesamten Unternehmensumsätze am Sitz des Unternehmens nachgewiesen. Aber auch weitere Einflussfaktoren bestimmen teilweise erheblich die Aussagekraft der Daten. Beispielsweise seien die Insolvenzen von Unternehmen, Zu- beziehungsweise Abwanderungen von Unternehmen über die Landesgrenze, Änderungen oder Korrekturen des wirtschaftlichen Schwerpunktes genannt. Dies sollte der Nutzer der Daten stets beachten, da sich daraus die eine oder andere regionale aber auch wirtschaftssystematische Dominanz oder Veränderung erklären lässt.

Berlin: Steuerbarer Umsatz um 12 Prozent gestiegen

Im Jahr 2006 gab es in Berlin 124 357 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die Umsätze von über 17 500 EUR aufweisen und damit Umsatzsteuervoranmeldungen abgegeben haben. Diese Unternehmen erbrachten Lieferungen und Leistungen in Höhe von 137,6 Milliarden EUR. Die Zahl der Unternehmen stieg um über

4 Prozent und der Umsatz ist gegenüber dem Jahr 2005 um fast 12 Prozent deutlich gestiegen. Die Unternehmen leisteten 4,4 Milliarden EUR Umsatzsteuervorauszahlungen an den Fiskus. Das sind immerhin 181 Millionen EUR oder 4,3 Prozent mehr als vor Jahresfrist.

Mit fast 39 Milliarden EUR (28 Prozent) war erneut der Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern) der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in der Bundeshauptstadt. Er hat gleichzeitig auch noch die dritthöchste absolute Veränderung (rund +2,8 Milliarden EUR) gegenüber dem Vorjahr aufzuweisen. Mit deutlichem Abstand folgen die Unternehmen im Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen – Abschnitt K – mit über 29 Milliarden EUR (21 Prozent Anteil am Gesamtwert von Berlin). Kopf an Kopf gefolgt von den Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit über 24 Milliarden EUR (18 Prozent) und vom Verarbeitenden Gewerbe mit fast 23 Milliarden EUR (17 Prozent). Der Wirtschaftsabschnitt Energie- und Wasserversorgung ist derjenige, der im Vergleich zum Vorjahr mit einem Zuwachs von fast 33 Prozent (fast 6 Milliarden EUR) die höchste prozentuale und absolute Veränderung aufweist. Prozentuale Zuwächse über dem Landeswert weisen auch noch der Wirtschaftsabschnitt Erziehung- und Unterricht (Zuwachs um 63 Millionen EUR) und die Unternehmen des Abschnittes K (Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung ...) auf. Der Wirtschaftsabschnitt Kredit- und Versicherungsgewerbe weist mit einem Rückgang um 61 Prozent (307 Millionen EUR) den höchsten Rückgang auf. Die Auswirkungen sind, durch die moderate absolute Größe des Rückganges in Höhe von 307 Millionen EUR, aber nur relativ gering für die Gesamtentwicklung.

Im Durchschnitt setzte 2006 im Land Berlin ein Unternehmen rund 1 100 Tausend EUR aus Lieferungen und Leistungen um (Tabelle 1).

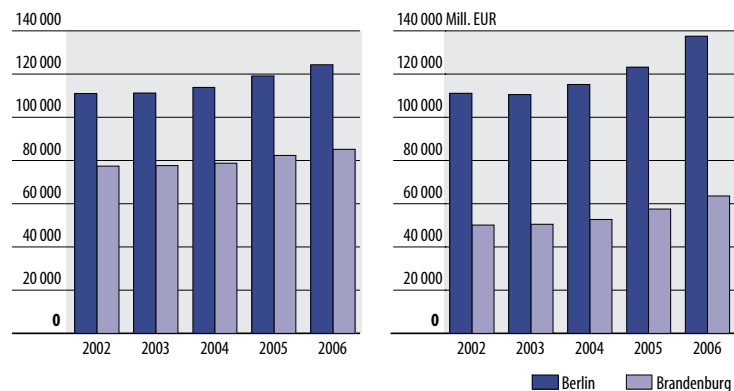
Brandenburg: Steuerbarer Umsatz um 11 Prozent gestiegen

Im Jahr 2006 wurden im Rahmen der Umsatzsteuerstatistik in Brandenburg 85 203 umsatzsteuerpflichtige Unternehmen, die Umsätze von über 17 500 EUR aufweisen und damit Umsatzsteuervoranmeldung abgegeben haben, ermittelt. Diese Unternehmen erbrachten Lieferungen und Leistungen von fast 63,6 Milliarden EUR. Die Zahl der Unternehmen stieg

gegenüber dem Jahr 2005 um 3,4 Prozent, und der Umsatz ist um über 10 Prozent noch deutlicher angewachsen. Die Unternehmen leisteten rund 2,2 Milliarden EUR Umsatzsteuervorauszahlungen an den Fiskus.

Der umsatzstärkste Wirtschaftszweig in Brandenburg war mit 15,9 Milliarden EUR erneut der Handel (einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern), durch den ein Viertel aller in Brandenburg erbrachten Lieferungen und Leistungen getätigt wurden. Mit etwas Abstand folgen die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe mit 13,8 Milliarden EUR (22 Prozent) auf dem zweiten Platz. Auf dem dritten Rang folgt der Wirtschaftsabschnitt Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen. Für diesen Wirtschaftsabschnitt wurden Umsätze von fast 10 Milliarden EUR ermittelt. Das entspricht einem Anteil am Landeswert von 15 Prozent. Von den Unternehmen

Abb. 1 Anzahl der Steuerpflichtigen... Lieferungen und Leistungen...
...in Berlin und im Land Brandenburg von 2002 bis 2006



der Energie- und Wasserversorgung wurden über 7 Milliarden EUR (11 Prozent) der Umsätze erbracht (Abbildung 1).

Neben diesen vorgenannten Wirtschaftsabschnitten, die ihre Lieferungen und Leistungen um über 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesteigert haben, weist das Baugewerbe mit einem Zuwachs von fast 15 Prozent die höchste Veränderung zum Vorjahr auf.

Tab. 1 Umsätze aus Lieferungen und Leistungen der Berliner und Brandenburger Unternehmen 2005 und 2006 nach Wirtschaftsbereichen

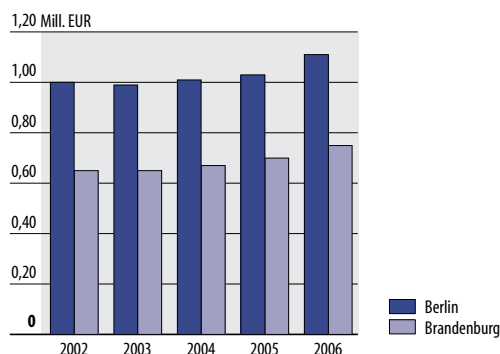
Umsatzsteuer	Einheit	Berlin					Brandenburg				
		2005	2006	Anteil WZ Abschnitt	Veränderung zum Vorjahr		2005	2006	Anteil WZ Abschnitt	Veränderung zum Vorjahr	
					absolut	%				absolut	%
Steuerpflichtige ¹	Anzahl	119 237	124 357	x	5 120	4,3	82 441	85 203	x	2 762	3,4
Steuerbarer Umsatz	Mill. EUR	128 491	143 730	x	15 239	11,9	59 791	66 446	x	6 655	11,1
darunter Lieferungen und Leistungen	Mill. EUR	123 275	137 554	x	14 279	11,6	57 530	63 581	x	6 051	10,5
Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer	Mill. EUR	16 823	18 847	x	2 024	12,0	7 890	8 739	x	849	10,8
darunter Lieferungen und Leistungen	Mill. EUR	16 041	17 949	x	1 908	11,9	7 553	8 305	x	752	10,0
Umsatzsteuer-Vorauszahlung	Mill. EUR	4 219	4 400	x	181	4,3	2 029	2 192	x	163	8,0
Umsatz ² der Wirtschaftsabschnitte											
A Land- und Forstwirtschaft	Mill. EUR	240	230	0,2	- 10	- 4,2	1 906	2 000	3,1	94	4,9
B Fischerei und Fischzucht	Mill. EUR	14	15	0,0	1	7,1
C Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	Mill. EUR	60	56	0,1	- 4	- 6,7
D Verarbeitendes Gewerbe	Mill. EUR	22 074	22 924	16,7	850	3,8	12 484	13 754	21,6	1 270	10,2
E Energie- und Wasserversorgung	Mill. EUR	18 227	24 223	17,6	5 996	32,9	6 453	7 221	11,4	768	11,9
F Baugewerbe	Mill. EUR	4 191	4 551	3,3	360	8,6	5 231	6 012	9,5	781	14,9
G Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	Mill. EUR	36 067	38 850	28,2	2 783	7,7	14 430	15 882	25,0	1 452	10,1
H Gastgewerbe	Mill. EUR	2 344	2 601	1,9	257	11,0	878	945	1,5	67	7,6
I Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Mill. EUR	4 823	5 359	3,9	536	11,1	4 034	4 227	6,6	193	4,8
J Kredit- und Versicherungsgewerbe	Mill. EUR	506	199	0,1	- 307	- 60,7	78	53	0,1	- 25	- 32,1
K Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen, a. n. g.	Mill. EUR	25 984	29 031	21,1	3 047	11,7	8 709	9 812	15,4	1 103	12,7
M Erziehung und Unterricht	Mill. EUR	345	408	0,3	63	18,1	148	158	0,2	10	6,8
N Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	Mill. EUR	3 042	3 250	2,4	208	6,8	696	762	1,2	66	9,5
O Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	Mill. EUR	5 353	5 838	4,2	485	9,1	2 410	2 683	4,2	273	11,3
Insgesamt	Mill. EUR	123 275	137 554	100	14 279	11,6	57 530	63 581	100	6 051	10,5

1 Unternehmen mit Umsätzen über 17 500 EUR

2 Lieferungen und Leistungen

bedeutsame WZ-Abschnitte
Veränderung zum Vorjahr ist größer als der Landeswert

Abb. 2 Umsatzentwicklung je Unternehmen in Berlin und im Land Brandenburg von 2002 bis 2006



Wie auch im Land Berlin weist der Wirtschaftsschnitt Kredit- und Versicherungsgewerbe mit einem Minus von 32 Prozent den deutlichsten Rückgang auf im Vergleich zum Vorjahr auf.

Im Durchschnitt setzte 2006 im Land Brandenburg ein Unternehmen rund 746 Tausend EUR aus Lieferungen und Leistungen um. Die Abbildung 2 verdeutlicht, dass die Entwicklung der letzten 5 Jahre in Berlin und Brandenburg sehr dynamisch verlaufen ist. Die Unternehmen mit Sitz in der Region weisen einen deutlichen Entwicklungsschub auf. Allerdings erfolgt diese Entwicklung auf sehr unterschiedlichem Niveau. In Berlin sind wirtschaftlich potentere Unternehmen ansässig, als das in Brandenburg der Fall ist. Das zeigt der durchschnittliche Umsatz je Unternehmen. In beiden Ländern ist der Wert in den letzten drei Jahren angewachsen. In Berlin liegt er mit steigender Tendenz über der Marke von 1 Million je Unternehmen und erreicht im Jahr 2006 die genannten 1,1 Millionen EUR. In Brandenburg wächst diese Kennziffer in den ausgewiesenen Jahren seit 2002 ebenfalls. Mit rund 7 Prozent beson-

ders stark von 2005 zu 2006. Die Brandenburger Durchschnittsumsätze der Unternehmen liegen jedoch um rund ein Drittel niedriger als im Land Berlin.

Berlin: 1,5 Prozent der Unternehmen erzielen über 75 Prozent des Umsatzes

Der überwiegende Teil der Umsätze in Höhe von 106 Milliarden EUR (77 Prozent) aus Lieferungen und Leistungen wurde lediglich von den 1,5 Prozent der Unternehmen (1 874) erzielt, die jeweils mehr als 5 Millionen EUR umsetzten. Dagegen entfallen auf das Gros der Unternehmen, die in der Umsatzgrößenklasse über 17 500 bis unter 250 000 EUR etabliert sind, nur 5,3 Prozent der Lieferungen und Leistungen (7,3 Milliarden EUR). In der Umsatzgrößenklasse 250 000 EUR bis unter 5 Millionen EUR erwirtschafteten die 27 187 Unternehmen 24,5 Milliarden EUR. Dies entspricht einem Anteil von etwas mehr als einem Fünftel der Unternehmen, die 17,8 Prozent der Lieferungen und Leistungen erbrachten (Tabelle 3).

Brandenburg: 1,6 Prozent der Unternehmen erzielen über 60 Prozent des Umsatzes

Auch in Brandenburg wird der überwiegende Teil der Lieferungen und Leistungen in der Umsatzgrößenklasse 5 Millionen EUR und mehr erbracht. Es ist allerdings festzustellen, dass der Anteil von 62 Prozent einem absoluten Wert von rund 40 Milliarden EUR entspricht und damit deutlich niedriger als in Berlin ausfällt. Die niedrigste Umsatzgrößenklasse (über 17 500 bis unter 250 000 EUR) weist auch in Brandenburg mit drei Viertel aller Unternehmen die höchste Anzahl auf. Der Anteil an Lieferungen und Leistungen liegt mit einem Anteil am Landeswert von 8 Prozent aber über dem in Berlin. In der Umsatzgrößenklasse 250 000 EUR bis unter 5 Millionen EUR erwirtschafteten die 19 884 Unternehmen 18,8 Milliarden EUR. Damit entfällt in Brandenburg mit 23 Prozent ein

Tab. 2 Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz der Berliner und Brandenburger Unternehmen 2002 bis 2006

Merkmal	Einheit	2002	2003	2004	2005	2006
Berlin						
Steuerpflichtige ¹	Anzahl	111 039	111 301	113 917	119 237	124 357
Steuerbarer Umsatz.....	Mill. EUR	115 632	115 106	122 428	128 491	143 730
darunter Lieferungen und Leistungen.....	Mill. EUR	111 217	110 502	115 205	123 275	137 554
Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer.....	Mill. EUR	14 723	14 920	15 642	16 823	18 847
darunter Lieferungen und Leistungen.....	Mill. EUR	13 898	14 046	14 434	16 041	17 949
Umsatzsteuer-Vorauszahlung.....	Mill. EUR	4 252	4 265	4 339	4 219	4 400
Umsatz je Unternehmen.....	Mill. EUR	1,00	0,99	1,01	1,03	1,11
Land Brandenburg						
Steuerpflichtige ¹	Anzahl	77 430	77 705	78 836	82 441	85 203
Steuerbarer Umsatz.....	Mill. EUR	51 174	51 508	54 743	59 791	66 446
darunter Lieferungen und Leistungen.....	Mill. EUR	50 115	50 486	52 814	57 530	63 581
Umsatzsteuer vor Abzug der Vorsteuer.....	Mill. EUR	6 962	7 006	7 538	7 890	8 739
darunter Lieferungen und Leistungen.....	Mill. EUR	6 766	6 820	7 035	7 553	8 305
Umsatzsteuer-Vorauszahlung.....	Mill. EUR	1 937	1 945	1 975	2 029	2 192
Umsatz je Unternehmen.....	Mill. EUR	0,65	0,65	0,67	0,70	0,75

¹ Unternehmen mit Umsätzen über 17 500 EUR

ähnlich großer Anteil auf diese Gruppe wie in Berlin. Es wird allerdings mit fast 30 Prozent ein erheblich größerer Anteil an Lieferungen und Leistungen im Land realisiert.

Berlin: Kapitalgesellschaften bedeutendste Rechtsform mit zwei Drittel der Umsätze

Die Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) haben mit über 18 Prozent der Steuerpflichtigen den zweithöchsten Anteil an allen Berliner Steuerpflichtigen. Sie erwirtschafteten 91,4 Milliarden EUR und hatten mit einem Anteil von über 66 Prozent den höchsten nominalen und prozentualen Wert bei den Lieferungen und Leistungen.

Fast 70 Prozent der Umsatzsteuerpflichtigen 2006 waren Einzelunternehmen. Mit 13,8 Milliarden EUR haben sie aber nur ein Zehntel der gesamten Lieferungen und Leistungen erbracht. Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) stellen rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen im Land Berlin. Durch sie wurden knapp 18 Prozent an Umsätzen aus Lieferungen und Leistungen im Land realisiert; sie erwirtschafteten 24,4 Milliarden EUR.

Die sonstigen Rechtsformen, das sind zum Beispiel Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, haben nur untergeordnete Bedeutung. Durch sie wurden lediglich 7,9 Milliarden EUR, das entspricht einem Anteil von unter 6 Prozent, der gesamten Lieferungen und Leistungen erbracht.

Brandenburg: Kapitalgesellschaften bedeutendste Rechtsform mit der Hälfte der Umsätze

In Brandenburg waren knapp 74 Prozent der Umsatzsteuerpflichtigen 2006 Einzelunternehmen. Diese Rechtsform erbrachte mit 12,5 Milliarden EUR nur rund ein Fünftel der gesamten Lieferungen und Leistungen. Dieser Anteil liegt damit deutlich über den 10 Prozent im Land Berlin und unterstreicht die Bedeutung dieser Rechtsform für Brandenburg. Personengesellschaften (Offene Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften) stellen rund 10 Prozent der Steuerpflichtigen im Land Brandenburg. Durch sie wurden mehr als ein Viertel der Umsätze (27,9 Prozent) aus Lieferungen und Leistungen im Land realisiert. Das sind absolut 17,7 Milliarden

EUR. Die Kapitalgesellschaften (Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung) haben mit 14,1 Prozent Anteil an den Steuerpflichtigen eine weniger große Bedeutung im Vergleich zu Berlin. Sie erwirtschafteten 30,5 Milliarden EUR und hatten mit einem Anteil von knapp 50 Prozent den höchsten nominalen und prozentualen Wert bei den Lieferungen und Leistungen in Brandenburg (zum Vergleich Tabelle 3). In Berlin ist die Bedeutung dieser Rechtsform mit einem Anteil von zwei Drittel der Lieferungen und Leistungen noch stärker ausgeprägt. Die sonstigen Rechtsformen, das sind zum Beispiel Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, Betriebe gewerblicher Art von Körperschaften des öffentlichen Rechts, haben nur untergeordnete Bedeutung für Brandenburg. Durch sie wurden lediglich 2,7 Milliarden EUR, das entspricht einem Anteil von unter 5 Prozent, der gesamten Lieferungen und Leistungen erbracht (Tabelle 4).

Tab. 3 **Anzahl der Steuerpflichtigen sowie Lieferungen und Leistungen in Berlin und im Land Brandenburg 2006 nach Umsatzgrößenklassen der Unternehmen**

Umsatzgrößenklasse über ... bis einschließlich ... EUR	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen	Anteil	
			Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen
	Anzahl	1000 EUR	%	
Berlin				
17 500–250 000.....	95 296	7 322 314	76,6	5,3
250 000–5 Mill.	27 187	24 478 639	21,9	17,8
über 5 Mill.	1 874	105 753 033	1,5	76,9
Berlin insgesamt	124 357	137 553 987	100	100
Land Brandenburg				
17 500–250 000.....	63 970	5 078 254	75,1	8,0
250 000–5 Mill.	19 884	18 814 739	23,3	29,6
über 5 Mill.	1 349	39 687 606	1,6	62,4
Land Brandenburg insgesamt	85 203	63 580 597	100	100

durchschnittliche Lieferungen und Leistungen je Unternehmen
in Berlin: 1 106 EUR, im Land Brandenburg: 746 EUR

Tab. 4 **Anzahl der Steuerpflichtigen sowie Lieferungen und Leistungen in Berlin und im Land Brandenburg 2006 nach ausgewählten Rechtsformen**

Rechtsform	Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen	Anteil	
			Steuer- pflichtige	Lieferungen und Leistungen
	Anzahl	1000 EUR	%	
Berlin				
Einzelunternehmen	86 782	13 815 986	69,8	10,0
Personengesellschaften	13 034	24 410 886	10,5	17,7
Kapitalgesellschaften.....	22 646	91 449 679	18,2	66,5
sonstige Rechtsformen	1 895	7 877 435	1,5	5,7
Berlin insgesamt	124 357	137 553 987	100	100
Land Brandenburg				
Einzelunternehmen	62 671	12 534 723	73,6	19,7
Personengesellschaften	8 688	17 738 643	10,2	27,9
Kapitalgesellschaften.....	11 986	30 558 463	14,1	48,1
sonstige Rechtsformen	1 858	2 748 768	2,2	4,3
Land Brandenburg insgesamt	85 203	63 580 597	100	100

Anteil der Umsatzsteuer im Umland von Berlin am höchsten

Bei der Betrachtung der regionalen Verteilung der Lieferungen und Leistungen ist zu beachten, dass aufgrund des Unternehmenskonzeptes nicht alle Umsätze dort nachgewiesen werden, wo sie entstanden sind. Bei der Umsatzsteuer ist es – wie eingangs erwähnt – so, dass Unternehmen ihren gesamten Unternehmensumsatz einschließlich der Umsätze der Filialen, Betriebe, Zweigstellen und Tochterunternehmen am Sitz des Unternehmens dem regional zuständigen Finanzamt angeben.

Bezogen auf die Anzahl der Steuerpflichtigen sind 2006 im Landkreis Potsdam-Mittelmark mit knapp 8 000 (9,4 Prozent) deutliche Konzentrationen von Unternehmen festzustellen, gefolgt von den Landkreisen Oberhavel mit 7 800 (über 9 Prozent) und Märkisch-Oderland mit etwa 6 700 Steuerpflichtigen (fast 8 Prozent). Generell und erwartungsgemäß sind in den an Berlin grenzenden Verwaltungsbezirken eine deutlich größere Anzahl an Steuerpflichtigen ausgewiesen als in den 6 Landkreisen und den kreisfreien Städten Brandenburg an der Havel, Cottbus und Frankfurt (Oder), die weiter entfernt zu Berlin liegen. Die Landeshauptstadt Potsdam weist eine Sonderrolle unter den kreisfreien Städten auf. Mit über 5 400 Umsatzsteuerpflichtigen verfügt sie über 6 Prozent aller im Land registrierten steuerpflichtigen Unternehmen. Der Anteil der Umsatzsteuerpflichtigen eines Verwaltungsbezirkes am Land Brandenburg verschiebt sich in der Regel nur in geringem Umfang, da sich dahinter Umzüge oder Neugründungen von Unternehmen verbergen. Allerdings ergeben sich in den einzelnen Landkreisen sehr unterschiedlich ausgeprägte Veränderungen der Steuerpflichtigen gegenüber dem Vorjahr. Bezogen auf die Steuerpflichtigen sind bis auf die Stadt Frankfurt (Oder) – mit einem geringfügigen Rückgang um 7 Unternehmen – in allen anderen kreisfreien Städten und Landkreisen mehr Umsatzsteuerpflichtige Unternehmen ermittelt worden. Der höchste Zuwachs, mit rund 580 (8 Prozent), kann für den Landkreis Oberhavel festgehalten werden. Für den Landkreis Barnim sind 290 Unternehmen (4,9 Prozent) mehr re-

gistriert worden und die Landeshauptstadt Potsdam weist ein Plus an Steuerpflichtigen zum Vorjahr von 285 (5,6 Prozent) auf. Generell lässt sich sagen, dass die Verwaltungsbezirke, die an Berlin grenzen, den stärkeren Zuwachs der Steuerpflichtigen aufweisen.

Bei den Lieferungen und Leistungen zeigt sich ein heterogenes Bild. Die Landkreise Dahme-Spreewald (10,6 Prozent), Oder-Spree (10,5 Prozent) und der Landkreis Oberhavel mit 10,1 Prozent weisen die höchsten Anteile am Landeswert auf. Etwas unerwartet weist der peripher liegende Landkreis Uckermark mit 10,5 Prozent einen genauso hohen Anteil am Landeswert wie der Landkreise Oder-Spree auf. Beide Landkreise rangieren damit auf dem zweiten Platz beim Landesanteil. Dies ist unter anderem durch die in der Uckermark ansässigen Unternehmen der Erdölverarbeitung plausibel erklärbar. Positiv fällt noch die kreisfreie Stadt Cottbus auf, die fast 8 Prozent der Lieferungen und Leistungen des Landes aufweist. Dass die Nähe zu Berlin nicht automatisch einen hohen Anteil an Lieferungen und Leistungen bedingt, ist an den Landkreisen Barnim und Havelland ersichtlich. Ihr Anteil am Brandenburger Wert liegt lediglich unter 5 Prozent.

Die prozentualen Veränderungen bei den Lieferungen und Leistungen zum Vorjahr liegen zwischen – 5,6 Prozent im Landkreis Teltow-Fläming und einem Plus von 43 Prozent im Landkreis Dahme-Spreewald. Hinter dieser beachtlichen Steigerung im Landkreis Dahme-Spreewald, mit über 2 Milliarden Umsatzsteigerung zum Vorjahr, stecken unter anderem wirtschaftliche Aktivitäten zum Flughafen Berlin Brandenburg International. Drei weitere Landkreise (Oberhavel fast 18 Prozent, Spree-Neiße und Oberspreewald-Lausitz mit jeweils fast 14 Prozent und die Stadt Cottbus mit einem Plus von knapp 13 Prozent liegen im Zuwachs bei den Lieferungen und Leistungen über dem Landeswert von 10,5 Prozent. Somit sind drei (Cottbus, Spree-Neiße, Oberspreewald-Lausitz) der fünf Verwaltungsbezirke, die einen höheren Zuwachs bei den Lieferungen und Leistungen als das Land Brandenburg aufweisen, nicht an die Bundeshauptstadt angrenzend.

Tab. 5 **Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen sowie Lieferungen und Leistungen 2005 und 2006 nach Verwaltungsbezirken – Anteile am Land Brandenburg –**

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige ¹		Anteil		Lieferungen und Leistungen		Anteil	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006	2005	2006
	Anzahl		Anteil am Land in %		Mill. EUR		Anteil am Land in %	
Kreisfreie Städte								
Brandenburg an der Havel	1 943	1 976	2,4	2,3	1 109	1 083	1,9	1,7
Cottbus	3 107	3 160	3,8	3,7	4 458	5 026	7,7	7,9
Frankfurt (Oder)	1 843	1 836	2,2	2,2	907	974	1,6	1,5
Potsdam	5 129	5 414	6,2	6,4	3 177	3 166	5,5	5,0
Landkreise								
Barnim	5 905	6 195	7,2	7,3	2 656	2 892	4,6	4,5
Dahme-Spreewald	5 927	6 144	7,2	7,2	4 727	6 767	8,2	10,6
Elbe-Elster	3 774	3 863	4,6	4,5	1 972	1 992	3,4	3,1
Havelland	4 866	5 080	5,9	6,0	2 058	2 240	3,6	3,5
Märkisch-Oderland	6 497	6 734	7,9	7,9	2 915	3 158	5,1	5,0
Oberhavel	7 225	7 804	8,8	9,2	5 474	6 451	9,5	10,1
Oberspreewald-Lausitz	3 289	3 372	4,0	4,0	1 834	2 085	3,2	3,3
Oder-Spree	5 771	5 901	7,0	6,9	6 078	6 671	10,6	10,5
Ostprignitz-Ruppin	3 653	3 691	4,4	4,3	2 246	2 444	3,9	3,8
Potsdam-Mittelmark	7 740	7 998	9,4	9,4	3 573	3 885	6,2	6,1
Prignitz	2 834	2 898	3,4	3,4	1 608	1 766	2,8	2,8
Spree-Neiße	3 884	4 004	4,7	4,7	1 765	2 008	3,1	3,2
Teltow-Fläming	5 487	5 562	6,7	6,5	4 523	4 270	7,9	6,7
Uckermark	3 567	3 571	4,3	4,2	6 447	6 702	11,2	10,5
Land Brandenburg	82 441	85 203	100	100	57 530	63 581	100	100


¹ Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR

 Verwaltungsbezirk grenzt an Berlin

Tab. 6 **Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen sowie Lieferungen und Leistungen 2005 und 2006 nach Verwaltungsbezirken – Veränderungen zum Vorjahr –**

Verwaltungsbezirk	Steuerpflichtige ¹				Lieferungen und Leistungen			
	2005	2006	Veränderung zum Vorjahr		2005	2006	Veränderung zum Vorjahr	
	Anzahl		%		Mill. EUR			%
Kreisfreie Städte								
Brandenburg								
an der Havel.....	1 943	1 976	33	1,7	1 109	1 083	- 26	- 2,3
Cottbus.....	3 107	3 160	53	1,7	4 458	5 026	568	12,7
Frankfurt (Oder).....	1 843	1 836	- 7	- 0,4	907	974	67	7,4
Potsdam.....	5 129	5 414	285	5,6	3 177	3 166	- 11	- 0,3
Landkreise								
Barnim.....	5 905	6 195	290	4,9	2 656	2 892	236	8,9
Dahme-Spreewald.....	5 927	6 144	217	3,7	4 727	6 767	2 040	43,1
Elbe-Elster.....	3 774	3 863	89	2,4	1 972	1 992	20	1,0
Havelland.....	4 866	5 080	214	4,4	2 058	2 240	182	8,8
Märkisch-Oderland.....	6 497	6 734	237	3,6	2 915	3 158	243	8,3
Oberhavel.....	7 225	7 804	579	8,0	5 474	6 451	977	17,9
Oberspreewald-Lausitz.....	3 289	3 372	83	2,5	1 834	2 085	251	13,7
Oder-Spree.....	5 771	5 901	130	2,3	6 078	6 671	593	9,8
Ostprignitz-Ruppin.....	3 653	3 691	38	1,0	2 246	2 444	198	8,8
Potsdam-Mittelmark.....	7 740	7 998	258	3,3	3 573	3 885	312	8,7
Prignitz.....	2 834	2 898	64	2,3	1 608	1 766	158	9,8
Spree-Neiße.....	3 884	4 004	120	3,1	1 765	2 008	243	13,8
Teltow-Fläming.....	5 487	5 562	75	1,4	4 523	4 270	- 253	- 5,6
Uckermark.....	3 567	3 571	4	0,1	6 447	6 702	255	4,0
Land Brandenburg	82 441	85 203	2 762	3,4	57 530	63 581	6 051	10,5

¹ Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen über 17 500 EUR

 Verwaltungsbezirk grenzt an Berlin

 Veränderung zum Vorjahr ist größer als der Landeswert

 Veränderung zum Vorjahr ist kleiner als der Landeswert

Veronika Kuchta

Die Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern in Berlin und im Land Brandenburg

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008



Vorbemerkungen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird alle fünf Jahre von den Statistischen Ämtern in Deutschland durchgeführt. Die Haushalte nehmen auf freiwilliger Basis teil. Es werden 0,2 Prozent der privaten Haushalte bundesweit befragt. Das sind rund 75 000 Haushalte, darunter etwa 15 000 Haus-

halte in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost. Die EVS ist damit die größte Erhebung dieser Art innerhalb der Europäischen Union. Das Jahr 2008 war wieder ein EVS-Jahr, im früheren Bundesgebiet zum zehnten und in den neuen Bundesländern und Berlin-Ost zum vierten Mal.

Bei der EVS 2008 kamen vier Erhebungsunterlagen zum Einsatz:

- das Heft „Allgemeine Angaben“ für Grunddaten der Haushalte, deren Wohnsituation und Ausstattung mit Gebrauchsgütern,
- das Heft „Geld- und Sachvermögen“ für Angaben zur Vermögens- und Schuldensituation der Haushalte,
- das Haushaltsbuch für das Aufzeichnen aller Einnahmen und Ausgaben in einem Quartal,
- das Feinaufzeichnungsheft zum Anschreiben von Menge und Preis der Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren.

Diese beiden einleitenden (ersten) Erhebungsteile waren eine Stichtagsabfrage zum 1. Januar. In den vorangegangenen Einkommens- und Verbrauchsstichproben waren diese als Einführungsinterview bezeichnet worden. Das Feinaufzeichnungsheft wurde nur von jedem fünften Haushalt über einen Monat geführt.

Die im Folgenden dargestellten Ergebnisse resultieren aus den Angaben von 2 392 privaten Haushalten im Land Brandenburg und 2 350 Haushalten in Berlin, deren Angaben am Mikrozensus 2007 auf die Gesamtzahl der Brandenburger und Berliner Haushalte hochgerechnet wurden. (1,2 beziehungsweise 1,9 Millionen Haushalte).

Die Frage nach dem Vorhandensein von Gebrauchsgütern ist fester Bestandteil jeder EVS. Die erfragten Gebrauchsgüter werden aber alle fünf Jahre aktualisiert, sodass ein Vergleich nicht immer möglich ist. Bei der EVS 2008 wurden in die Befragung neu aufgenommen: die Flachbildfernseher, DVB-T-Geräte, Pay-TV-Decoder, MP3-Player, Spielkonsolen, das Navigationssystem und die Unterscheidung nach analogen und digitalen Fotoapparaten. Weggefallen sind die Fragen: nach dem Videorekorder, Radio-, Kassettenrekorder/Stereorundfunkgerät und der Waschmaschine.

Informations- und Kommunikationstechnik

Die Ausstattung der privaten Haushalte mit moderner Informations- und Kommunikationstechnik wie vor allem Personal Computer (PC) und Internet sowie Mobiltelefone hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen.

PC und Internet

Fast drei Viertel der Brandenburger Haushalte, in Berlin waren es 79 Prozent, besaßen einen PC. Dabei ist zwar weiterhin das stationäre Gerät dominierend, aber auch mobile Geräte wurden immer beliebter. In den letzten fünf Jahren hat sich der Anteil der Haushalte, die einen mobilen PC nutzen, etwa vervierfacht. In Folge der zunehmenden PC-Ausstattung in den Haushalten ergab sich auch eine deutliche Zunahme der Internetanschlüsse.

Bei der Betrachtung verschiedener Haushaltstypen zeigt sich, dass Haushalte mit Kindern am besten mit PC und Internet ausgestattet sind. In beiden Ländern haben erwartungsgemäß Paare mit Kindern unter 18 Jahren mit jeweils 98 Prozent den höchsten PC-Ausstattungsgrad. Von diesen Haushalten sind in Brandenburg 86 Prozent und in Berlin 91 Prozent bereits online. Vergleichsweise haben allein Lebende einen niedrigeren Ausstattungsgrad; im Land Brandenburg lag dieser bei 59 Prozent, bei Frauen betrug er 53 Prozent und bei Männern 69 Prozent. In Berlin mit insgesamt 70 Prozent, Frauen 68 Prozent und Männer 74 Prozent, sind diese Anteile wesentlich höher. Dementsprechend auch beim Internet (insgesamt 58, Frauen 55 und Männer 63 Prozent).

Ausstattungsunterschiede gibt es auch in Abhängigkeit vom Haushaltsnettoeinkommen. Mit zunehmendem Einkommen steigen der Ausstattungsgrad und auch die Mehrfachausstattung der Haushalte.

Im ersten Erhebungsteil „Allgemeine Angaben“ sind neben soziodemografischen und sozioökonomischen Grunddaten der Haushalte auch deren Ausstattung mit Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008 erfragt worden. Wie der Vergleich mit den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 2003 zeigt, hat sich die Ausstattung privater Haushalte in den vergangenen Jahren weiter verbessert. Betrachtet man die Ausstattung im Zusammenhang mit dem Haushaltstyp, Alter, der sozialen Stellung des Haupteinkommensbezieher und dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen, zeigen sich deutliche Unterschiede. Bei einigen Produkten ist mittlerweile die Sättigungsgrenze erreicht. So gehören Kühlschrank und Telefon fast überall zur Standardausstattung. Diese Gebrauchsgüter sind heutzutage in nahezu allen Haushalten zu finden. Telefone und Fahrräder sind am häufigsten mehrfach in den Haushalten vorhanden. Der Ausstattungsbestand steigt einerseits mit der Zahl der im Haushalt lebenden Personen. Andererseits sind Haushalte mit höherem Einkommen öfter mit technischen Gebrauchsgütern und häufiger mehrfach damit ausgestattet.

Mit zunehmendem Alter nimmt zwar die PC-Ausstattung ab, trotzdem besitzen mittlerweile die Hälfte der Rentner- und Pensionärshaushalte einen PC, von den 65- bis unter 70-Jährigen sind es in beiden Ländern 63 Prozent.

Telefon

Es klingelt in den Haushalten mittlerweile (fast) überall mindestens ein Telefon, die meisten Haushalte sind damit mehrfach ausgestattet. Dabei sind die Handys im Vormarsch und aus dem Alltag nicht mehr wegzudenken. Anfang 2008 besaßen 9 von 10 Haushalten in Brandenburg und in Berlin mindestens ein Mobiltelefon. Der zunehmende Handybesitz ist verbunden mit dem Rückgang der Ausstattung mit Festnetztelefonen. Demzufolge gibt es immer mehr Haushalte, die ausschließlich mobile Telefone nutzen.

Allein Erziehende und Paare mit Kindern sind fast alle mit Handy ausgestattet.

Das Handy ist nicht mehr nur Domäne jüngerer Leute. Drei Viertel der Haushalte von Rentnern und Pensionären besitzen mindestens ein Handy (Abbildung 1).

Unterhaltungselektronik

Auch im Bereich der Unterhaltungselektronik sind durch die fortschreitende rasante technische Entwicklung in immer mehr Haushalten moderne Geräte vorhanden. Seit Anfang 2003 hat sich die Ausstattung mit DVD-Playern in Brandenburg und Berlin verdreifacht. Ein CD-Player ist mittlerweile in 8 von 10 Haushalten vorhanden. In Brandenburg stand in jedem fünften, in Berlin in jedem sechsten Haushalt ein Flachbildfernseher.

MP3-Player und Spielkonsolen sind am häufigsten in Haushalten mit Kindern anzutreffen.

Bei allen erfassten Geräten haben die Einpersonenhaushalte generell einen weitaus niedrigeren Ausstattungsgrad als Haushalte, in denen mehrere Personen leben.

Mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen ist auch ein Anstieg im Ausstattungsgrad festzustellen (Abbildung 2).

Fahrzeuge

Personenkraftwagen

Der Besitz eines Autos spielt in einem Flächenland wie Brandenburg insbesondere aus Mobilitätsgründen eine besondere Rolle. Im Jahr 2008 hatten 8 von 10 Haushalten mindestens einen Personenkraftwagen (Pkw). Da in vielen Brandenburger Haushalten mehr als ein Auto genutzt wird, kamen auf 100 Haushalte 108 Pkw. Im Jahr 2003 waren es 104 Pkw. Haushalte in Berlin besaßen mit 54 Prozent deutlich seltener ein Auto (vor fünf Jahren waren es 58 Prozent). Bei einem gut ausgebauten Netz an öffentlichen Verkehrsmitteln verzichten offensichtlich viele Haushalte auf ein solches.

In den Brandenburger und Berliner Haushalten sind mehr gebraucht gekaufte Pkw vorhanden als Neuwagen. Der Trend zum Kauf eines Gebrauchtwagens hat sich also in den vergangenen Jahren fortgesetzt. Während der Anteil der Gebrauchtwagen seit 2003 gestiegen ist, nahm der Anteil von Haushalten mit

Abb. 1 Ausstattung der Haushalte mit Informations- und Kommunikationstechnik in Deutschland, Berlin und Brandenburg 2008

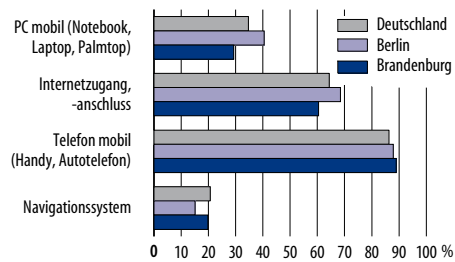


Abb. 2 Ausstattung der Haushalte mit Unterhaltungselektronik in Deutschland, Berlin und Brandenburg 2008

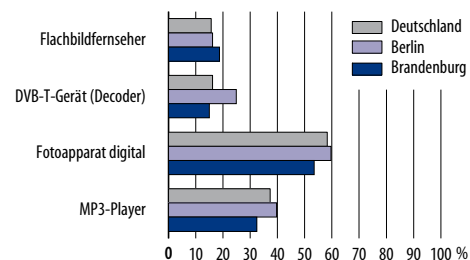
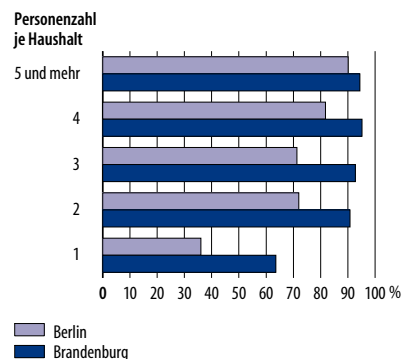


Abb. 3 Ausstattung der Haushalte mit Personenkraftwagen in Berlin und Brandenburg 2008 nach der Haushaltsgröße



Neuwagen weiter ab. Geleaste Autos spielten in den Haushalten nach wie vor eine untergeordnete Rolle.

Von den Einpersonenhaushalten hatten in Brandenburg fast zwei Drittel, in Berlin etwa ein Drittel ein Auto. Mit zunehmender Zahl der im Haushalt lebenden Personen steigt der Anteil der Pkw-Besitzer und in Abhängigkeit vom Haushaltseinkommen auch der Bestand an Fahrzeugen (Abbildung 3).

Fahrrad

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Der Ausstattungsgrad hat sich in den vergangenen fünf Jahren weiter erhöht. In Brandenburg besitzen 88 Prozent, in Berlin 76 Prozent der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Bei Mehrpersonenhaushalten sind entsprechend auch mehrere Fahrräder vorhanden. Durchschnittlich entfallen auf jeden Haushalt zwei Fahrräder.

Sportgeräte

Im Januar 2008 stand in jedem vierten Brandenburger Haushalt ein Hometrainer. In Berlin besaß ein solches Gerät jeder fünfte Haushalt.

Mehrpersonenhaushalte sind dabei überdurchschnittlich gut ausgestattet. Etwa ein Drittel dieser Haushalte hatte einen Hometrainer.

Elektrische Haushaltsgeräte

Auf den Vorzug eines Kühlschranks möchte heute niemand mehr verzichten. Dieser gehört seit Jahren schon zur Standardausstattung eines privaten Haushalts. Da hierzu auch die Gefrier- und Kühlkombinationen gehören, lässt sich der Rückgang der Gefrierschränke/Gefriertruhen erklären. Modernere Haushaltsgeräte, wie Geschirrspülmaschine, Mikro-

Tab. 1 **Ausstattung privater Haushalte im Land Brandenburg mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar der Jahre 1998, 2003 und 2008**

Merkmal	Von 100 Haushalten hatten ...		
	1998	2003	2008
Fahrzeuge			
Personenkraftwagen.....	74,7	78,1	81,9
fabrikneu gekauft.....	39,7	36,6	32,9
gebraucht gekauft.....	42,0	48,2	53,8
geleast ¹	•	(3,3)	3,3
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)	8,0	8,9	10,7
Fahrrad.....	82,8	84,3	88,4
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton			
Fernseher.....	99,0	96,7	95,7
darunter Flachbildfernseher.....	•	•	18,7
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder) ..	27,9	38,4	42,4
Kabelanschluss.....	67,2	58,2	46,6
DVB-T-Gerät (Decoder).....	•	•	15,0
Pay-TV-Decoder.....	•	•	4,1
DVD-Player/Recorder (auch im PC)....	•	23,9	70,2
Camcorder (Videokamera).....	18,7	23,4	20,8
Camcorder analog.....	•	19,5	12,9
Camcorder digital.....	•	5,7	9,4
Fotoapparat, Digitalkamera.....	84,0	81,4	85,8
Fotoapparat analog.....	•	•	65,7
Fotoapparat digital.....	•	•	53,5
MP3-Player.....	•	•	32,4
CD-Player/Recorder (auch im PC) ²	•	50,6	79,1
Spielkonsole.....	•	•	19,4
Informations- und Kommunikationstechnik			
Personalcomputer (PC).....	35,8	59,5	73,8
PC stationär.....	•	57,3	63,4
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop).....	•	7,8	29,3
Internetzugang, -anschluss.....	5,1	41,4	60,4
ISDN-Anschluss.....	(3,0)	15,3	24,7
Telefon ³	•	98,7	98,4
Telefon stationär (auch schnurlos) ...	97,5	93,4	86,8
Telefon mobil (Handy, Autotelefon) ..	12,2	73,6	89,0
Anrufbeantworter stationär.....	36,0	44,7	50,1
Telefaxgerät stationär.....	9,2	16,1	20,9
Navigationssystem.....	•	•	19,8
Haushalts- und sonstige Geräte			
Kühlschrank.....	99,9	98,5	97,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe.....	82,0	57,2	46,3
Geschirrspülmaschine.....	27,0	50,1	60,1
Mikrowellengerät.....	41,1	62,7	72,7
Wäschetrockner.....	12,4	20,3	23,0
Sportgeräte (Hometrainer).....	•	23,2	27,5

¹ auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt

² 2003 ohne CD-Recorder

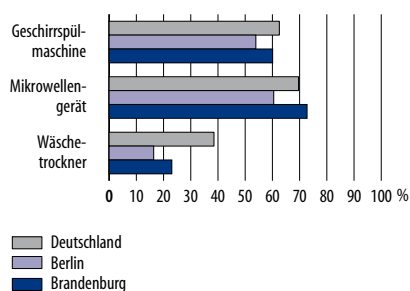
³ 1998 nur detailliert erfasst

Tab. 2 **Ausstattung privater Haushalte im Land Berlin mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar der Jahre 1998, 2003 und 2008**

Merkmal	Von 100 Haushalten hatten ...		
	1998	2003	2008
Fahrzeuge			
Personenkraftwagen.....	55,2	57,6	53,8
fabrikneu gekauft.....	27,0	28,8	22,2
gebraucht gekauft.....	30,0	27,7	32,8
geleast ¹	•	/	(2,0)
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller)	4,7	(8,3)	7,0
Fahrrad.....	72,4	65,5	75,6
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton			
Fernseher.....	94,2	88,9	89,6
darunter Flachbildfernseher.....	•	•	16,2
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder) ..	9,6	(12,1)	11,6
Kabelanschluss.....	74,2	77,4	69,6
DVB-T-Gerät (Decoder).....	•	•	24,9
Pay-TV-Decoder.....	•	•	(4,2)
DVD-Player/Recorder (auch im PC)....	•	24,6	70,2
Camcorder (Videokamera).....	18,8	20,6	20,8
Camcorder analog.....	•	16,6	12,7
Camcorder digital.....	•	(7,1)	10,0
Fotoapparat, Digitalkamera.....	86,8	80,1	84,4
Fotoapparat analog.....	•	•	62,2
Fotoapparat digital.....	•	•	59,7
MP3-Player.....	•	•	39,7
CD-Player/Recorder (auch im PC) ²	•	61,1	82,5
Spielkonsole.....	•	•	16,7
Informations- und Kommunikationstechnik			
Personalcomputer (PC).....	43,7	60,5	78,6
PC stationär.....	•	56,3	59,7
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop).....	•	(10,8)	40,5
Internetzugang, -anschluss.....	10,4	46,0	68,5
ISDN-Anschluss.....	5,9	20,0	32,1
Telefon ³	•	97,5	99,1
Telefon stationär (auch schnurlos) ...	97,9	93,3	88,4
Telefon mobil (Handy, Autotelefon) ..	13,4	68,4	87,9
Anrufbeantworter stationär.....	52,7	63,6	60,3
Telefaxgerät stationär.....	19,2	19,5	24,8
Navigationssystem.....	•	•	15,1
Haushalts- und sonstige Geräte			
Kühlschrank.....	99,0	95,8	98,5
Gefrierschrank, Gefriertruhe.....	73,4	39,8	26,6
Geschirrspülmaschine.....	35,5	44,0	53,9
Mikrowellengerät.....	44,0	57,7	60,5
Wäschetrockner.....	15,5	17,6	16,4
Sportgeräte (Hometrainer).....	•	17,1	21,4

welle und Wäschetrockner, erfreuen sich zunehmender Beliebtheit, sind aber noch längst nicht in jedem Haushalt anzutreffen. Von diesen Geräten haben die Haushalte noch am ehesten eine Mikrowelle, und zwar in Brandenburg in 7 von 10 Haushalten und in Berlin in 6 von 10 Haushalten. Der Ausstattungsgrad bei Geschirrspülmaschinen hat sich gegenüber 2003 um 10 Prozentpunkte erhöht.

Abb. 4 **Ausstattung der Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten in Deutschland, Berlin und Brandenburg 2008**



Tab. 3 **Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten Gebrauchsgütern am 1. Januar 2008**

Merkmal	Von 100 Haushalten hatten ...				
	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder und Berlin-Ost	Berlin	Brandenburg
Fahrzeuge					
Personenkraftwagen.....	77,1	77,9	73,3	53,8	81,9
fabrikneu gekauft.....	31,3	31,5	30,3	22,2	32,9
gebraucht gekauft.....	50,3	51,0	47,5	32,8	53,8
geleast ¹	4,3	4,6	3,2	(2,0)	(3,3)
Kraftrad (einschl. Mofa und Roller).....	11,6	12,2	8,9	7,0	10,7
Fahrrad.....	79,5	80,0	77,2	75,6	88,4
Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräte von Bild und Ton					
Fernseher.....	94,1	93,9	94,8	89,6	95,7
darunter Flachbildfernseher.....	15,7	15,8	15,2	16,2	18,7
Satelliten-Empfangsgerät (Decoder).....	39,1	40,3	33,8	11,6	42,4
Kabelanschluss.....	47,8	46,2	54,8	69,6	46,6
DVB-T-Gerät (Decoder).....	16,2	17,3	11,5	24,9	15,0
Pay-TV-Decoder.....	4,7	5,0	3,3	(4,2)	(4,1)
DVD-Player/Recorder (auch im PC).....	69,1	69,3	68,2	70,2	70,2
Camcorder (Videokamera).....	19,5	19,3	20,4	20,8	20,8
Camcorder analog.....	11,1	10,8	12,3	12,7	12,9
Camcorder digital.....	9,7	9,8	9,4	10,0	9,4
Fotoapparat, Digitalkamera.....	85,2	85,2	85,4	84,4	85,8
Fotoapparat analog.....	61,4	60,7	64,7	62,2	65,7
Fotoapparat digital.....	58,3	59,5	52,9	59,7	53,5
MP3-Player.....	37,3	38,6	31,9	39,7	32,4
CD-Player/Recorder (auch im PC) ²	79,7	80,2	77,6	82,5	79,1
Spielkonsole.....	19,4	20,1	16,6	16,7	19,4
Informations- und Kommunikationstechnik					
Personalcomputer (PC).....	75,4	76,3	71,5	78,6	73,8
PC stationär.....	62,1	62,7	59,4	59,7	63,4
PC mobil (Notebook, Laptop, Palmtop).....	34,7	35,9	29,6	40,5	29,3
Internetzugang, -anschluss.....	64,4	65,9	57,6	68,5	60,4
ISDN-Anschluss.....	31,5	33,9	20,9	32,1	24,7
Telefon ³	99,0	99,0	99,1	99,1	98,4
Telefon stationär (auch schnurlos).....	89,7	90,5	86,0	88,4	86,8
Telefon mobil (Handy, Autotelefon).....	86,3	86,4	86,1	87,9	89,0
Anrufbeantworter stationär.....	49,4	50,1	46,4	60,3	50,1
Telefaxgerät stationär.....	20,7	21,7	16,2	24,8	20,9
Navigationssystem.....	20,7	21,4	17,3	15,1	19,8
Haushalts- und sonstige Geräte					
Kühlschrank.....	98,6	98,6	98,6	98,5	97,8
Gefrierschrank, Gefriertruhe.....	52,4	54,6	43,0	26,6	46,3
Geschirrspülmaschine.....	62,5	64,2	55,0	53,9	60,1
Mikrowellengerät.....	69,6	69,5	70,2	60,5	72,7
Wäschetrockner.....	38,5	42,3	22,1	16,4	23,0
Sportgeräte (Hometrainer).....	27,5	27,4	27,8	21,4	27,5

¹ auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt

² 2003 ohne CD-Recorder

³ 1998 nur detailliert erfasst

Quelle: Statistisches Bundesamt

Gerhard Neuber

Baugenehmigungen in Berlin und im Land Brandenburg 2007



Vorbemerkung

Die Bautätigkeitsstatistiken untergliedern sich in:

- Baugenehmigungsstatistik (monatlich),
- Bauüberhangsstatistik (jährlich),
- Baufertigstellungsstatistik (seit 2007 jährlich),
- Bauabgangsstatistik (jährlich).

Reizvoll ist allemal der Vergleich des Baugeschehens zweier gänzlich unterschiedlicher Länder, wie es die Großstadt Berlin und das Flächenland Brandenburg nun einmal sind. Mit der Bildung des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg besteht die Möglichkeit des direkten Vergleiches, nicht nur der statistischen Ergebnisse, sondern auch der unterschiedlichen Landesbauordnungen und Aufsichtsbehörden. Im Zehnjahresvergleich ging trotz einiger Hochtiefs die Erteilung der Baugenehmigungen insgesamt zurück. Geprägt wurde sie durch den Wegfall der Eigenheimzulage, die seit dem 1. Januar 2006 nicht mehr neu gewährt wird, aber auch durch die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Ländern. Es existieren relativ große regionale Unterschiede im Baugeschehen zwischen den Berliner Bezirken oder zwischen den Landkreisen und kreisfreien Städten Brandenburgs.

Die Bautätigkeitsstatistiken erstrecken sich auf alle laut jeweiliger Landesbauordnung genehmigungs- und zustimmungsbedürftigen sowie kenntnisgabe- oder anzeigespflichtigen oder einem Genehmigungsfreistellungsverfahren unterliegenden Bauvorhaben im Hochbau, bei denen Wohnraum oder sonstiger Nutzraum geschaffen oder verändert wird (Baugenehmigungen). Nicht einbezogen werden Bagatellbauten im Nichtwohnbau – ausgenommen Gebäude mit Wohnraum – bis zu einem Volumen von 350 m³ Rauminhalt oder 18 000 EUR veranschlagter Kosten des Bauwerks. Außerdem wird zum Jahresende der Bauzustand der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben (Bauüberhang) sowie der Bauabgang von Gebäuden und Gebäudeteilen festgestellt. Baufertigstellungen sind sämtliche Zugänge an den Gebäuden und Wohnungen aus der Bautätigkeit einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden, also Um- und Ausbauten, Erweiterungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen. Reinzugang bedeutet Fertigstellungen abzüglich der Abgänge durch Brand, Abbruch und so weiter.

Bei der Baugenehmigungsstatistik handelt es sich um eine laufende Erhebung mit monatlicher und jährlicher Aufbereitung, wobei die Summe der zwölf Monatergebnisse aus der monatlichen Aufbereitung nicht mit dem Jahresergebnis gleichzusetzen ist. Die monatlichen Ergebnisse beziehen sich auf die in einem Berichtsmonat im Amt für Statistik unabhängig vom tatsächlichen Genehmigungsmonat verarbeiteten Fälle. Bei der jährlichen Aufbereitung – Grundlage dieses Beitrags – werden nachträglich

bekannt gewordene Veränderungen bei den Bauvorhaben eingearbeitet. So können Jahreswerte und auch kumulierte Summen von den Ergebnissen der einzelnen Monate abweichen.

Rechtsgrundlage für diese Statistiken sind das ab 1. Januar 1999 geltende Gesetz über die Statistik im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (HBauStatG) vom 5. Mai 1998, zuletzt geändert am 15. Dezember 2001 [1], in Verbindung mit dem Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz) vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Gesetz vom 9. Juni 2005 [2]. Die Erhebungsbögen mit Ausnahme der bis 2006 erhobenen Förderstatistik und der Wohnungsfortschreibung erhält das Amt für Statistik von den Bauherren/Eigentümern über die Bau- und Wohnungsaufsichtsbehörden der zwölf Berliner Bezirke sowie der unteren Bauaufsichtsbehörden in den 14 Verwaltungsbezirken und den vier kreisfreien Städten des Landes Brandenburg zurück.

Hauptgegenstände der Statistiken sind:

- die Genehmigung und Fertigstellung neuer Gebäude und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden,
 - die Differenzierung in Wohn- und Nichtwohngebäude,
 - die Anzahl der Wohneinheiten,
 - die Flächen,
 - die veranschlagten Kosten,
 - die Art des Bauherren oder Eigentümers (öffentliche Bauherren, Unternehmen, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbszweck),
 - der Bauüberhang (das sind sämtliche bis zum Jahresende genehmigten, jedoch noch nicht fertiggestellten Bauvorhaben) und
 - den Bauabgang (wann, wie alt, Art und Ursache, Größe nach Nutz- und Wohnfläche und so weiter)
 - sowie die Fortschreibung des Wohnungsbestandes.
- Anhand der Baufertigstellungen und der Abgänge werden auf der Basis der Großzählungen in Berlin-West 1987 und in Berlin-Ost sowie im Land Brandenburg 1995 die damals ermittelten Wohngebäude und Wohnungen fortgeschrieben (jährlich). Die Fortschreibung von Wohngebäuden und Wohnungen aus den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählungen mit den Daten der Bautätigkeitsstatistik dient der Bereitstellung aktueller Angaben zum Gebäude- und Wohnungsbestand in sachlicher und regionaler Gliederung. Tabellen aus diesen Zählungen, die unter anderem Daten über Gebäude nach Gebäudeart und Abwasserentsorgung sowie Wohnun-

gen nach Größe und Ausstattung enthalten, wurden zuletzt im Jahrbuch 2001 veröffentlicht. Da die Fortschreibung mit wachsender zeitlicher Entfernung vom Zählungstichtag zunehmend ungenauer wird und immer weniger den Anforderungen der Nutzer entspricht (aber eben keine besseren Zahlen in dieser Gesamtheit existieren), wird Deutschland 2010/11 mit einem registergestützten Verfahren, in das eine postalische Gebäude- und Wohnungszählung integriert ist, am (EU-weiten) Zensus teilnehmen.

Vor allem jedoch dienen die Bautätigkeitsstatistiken der Beobachtung der konjunkturellen Lage des Baumarktes. Die Ergebnisse werden veröffentlicht in Pressemitteilungen, regelmäßig erscheinenden Statistischen Berichten und im Internetportal des Amtes. Des Weiteren gibt es spezielle Anfragen von verschiedenen Abteilungen der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (monatlich und jährlich) und des Ministeriums für Infrastruktur und Raumordnung Brandenburgs, für welche die Zahlen bis auf statistische Gebiete und lebensweltlich orientierte Räume (LOR) heruntergebrochen werden, von Wohnungsbaugesellschaften und Immobilienverbänden, von Wirtschaftsinstituten und Banken, insbesondere von Bausparkassen, von Hausbauunternehmen und Verbundnetzbetrieben (Gas, Strom, Wasser) sowie der Polizei bezüglich des Wohnungsbestandes.

Neue Bauordnungen erschweren statistische Erhebungen

Die 106. Bauministerkonferenz des Bundes und der Länder hat am 8. November 2002 einstimmig eine überarbeitete Musterbauordnung (MBO) beschlossen, die zur Vereinfachung des Verfahrens und des materiellen Baurechts sowie zu einer Annäherung des Bauordnungsrechts der Länder beitragen soll. Das Verfahrensrecht geht von drei Grundtypen aus:

- der Genehmigungsfreistellung (§ 62 MBO),
- dem vereinfachten Baugenehmigungsverfahren (§ 63) und
- dem Baugenehmigungsverfahren (§ 64).

Inzwischen haben alle Länder ihre Bauordnungen novelliert oder neu gefasst, angefangen von Bremen (letzte Änderung durch Gesetz vom 8. April 2003) bis hin zu Bayern (zuletzt geändert am 10. März 2006). Die neue Berliner Bauordnung (BauO Bln) vom 29. September 2005 trat am 1. Februar 2006 in Kraft [3].

Die Neufassung der seit 1997 geltenden Richtlinie ist Kernstück des am 15. September 2005 vom Abgeordnetenhaus von Berlin verabschiedeten Gesetzes zur Vereinfachung des Berliner Baurechts (Bauvereinfachungsgesetz – BauVG Bln) [4]. Sie lehnt sich eng an die Musterbauordnung von 2002 an und trägt zur Transparenz und Einheitlichkeit des gesamten deutschen Bauordnungsrechts bei. Wie in den anderen Ländern wird auch in Berlin eine konsequente Vereinfachung des Bauordnungsrechts zugunsten der Beschleunigung von Bauvorhaben umgesetzt.

Im Januar 2007 wurden das Statistische Landesamt Berlin und der Statistikteil des Landesbetriebes für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg durch Staatsvertrag beider Länder zum Amt für Statistik Berlin-Brandenburg fusioniert. Seitdem werden Daten – auch zur Bautätigkeit – möglichst einheitlich erhoben. Die brandenburgische Bauordnung datiert

vom 16. Juli 2003 und wurde zuletzt geändert am 28. Juni 2006 [5]. Beim Vergleich der für die amtliche Statistik relevanten Paragraphen lassen sich folgende Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellen:

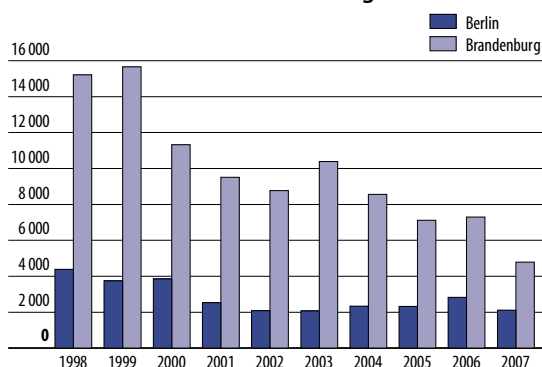
- § 62 „Verfahrensfreie Bauvorhaben, Beseitigung von Anlagen“ entspricht in etwa § 55 „Genehmigungsfreie Vorhaben“ in Brandenburg und ist ähnlich umfangreich gegliedert. Er umfasst dort allerdings nicht die Beseitigung von Anlagen.
- § 63 „Genehmigungsfreistellung“ entspricht in etwa § 57 „Vereinfachtes Baugenehmigungsverfahren“ in Brandenburg im Geltungsbereich eines rechtswirksamen Bebauungsplans. Der Bauherr muss dort einen entsprechenden Antrag stellen. Das Vorhaben darf den Festsetzungen des Bebauungsplans nicht widersprechen, und die Erschließung muss gesichert sein. Dies gilt für die Errichtung und Änderung von Wohngebäuden geringer (bis 7 m Höhe) und mittlere Höhe (bis 22 m) einschließlich Garagen und Ähnliches.
- § 63 spiegelt sich auch in etwa im § 58 „Bauanzeigeverfahren“ in Brandenburg wider. Dort ist die Errichtung und Änderung von Wohngebäuden geringer Höhe, Garagen und so weiter geregelt. Unter den in § 57 genannten Voraussetzungen genügt der „Wunsch des Bauherrn“, um ein Bauanzeigeverfahren durchzuführen.
- § 65 „Baugenehmigungsverfahren“ (Berlin) und § 54 „Genehmigungspflichtige Vorhaben“ (Brandenburg) beider Bauordnungen sind vergleichbar.

Aber nicht nur die Bauordnungen sind verschieden, auch die Bauaufsichtsbehörden sind in beiden Ländern unterschiedlich organisiert, sodass alle Bautätigkeitsstatistiken auch künftig mit jeweils speziellen Verfahren für die beiden Länder durchzuführen sind. Allerdings gibt es nunmehr für die Bauherren, die Bauvorhaben in Berlin planen, die Möglichkeit der Verwendung elektronischer Erhebungsbögen, wie in Brandenburg schon seit längerem. Ansonsten sind die Daten aus einem Stadtstaat und einem Flächenland nur schwer zu vergleichen, weil einfach auch die geografischen und demografischen Strukturen zu unterschiedlich sind. Berlin mit seinen 3,4 Millionen Einwohnern ist eben aufgrund seiner geringen Fläche von 892 km² (drei Prozent der Fläche Brandenburgs) vor allem eine Mieterstadt, während das Land Brandenburg mit seinen 2,5 Millionen Einwohnern (ein Viertel weniger als Berlin) und 29.480 km² Fläche mehr Möglichkeiten zum individuellen Bauen bietet.

Genehmigungserteilung für neue Wohngebäude in beiden Ländern rückläufig

Genehmigungen für Bauvorhaben für neue Wohngebäude wurden im Jahr 2007 von den Bauämtern der Bezirke Berlins und der unteren Bauaufsichtsbehörden der Kreise des Landes Brandenburg weniger erteilt als 2006, was vermutlich mit dem Auslaufen der staatlichen Wohnungsbauförderung zusammenhängt. Während sich in Berlin die erteilten Baugenehmigungen um ein Viertel (–24,9 Prozent) verringerten, betrug der Verlust für Brandenburg mehr als ein Drittel (–34,5 Prozent). Das lässt sich im Umkehrschluss auch am Anstieg zum Jahr 2005 festmachen. Das Ende der Wohnungsbauförderung vor Augen beantragten und erhielten die Bauherren 2006 in Berlin

Abb. 1 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude in Berlin und im Land Brandenburg 1998 bis 2007



Tab. 1 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude in Berlin 1998 bis 2007

Jahr	Baugenehmigungen						
	Wohngebäude						
	insgesamt	mit			Wohnungen		veransch. Kosten der Bauwerke
		1 Wohnung	2 Wohnungen	3 oder mehr Wohnungen ¹	insgesamt	Rauminhalt	
	Anzahl					1 000 m ³	100 m ²
1998 ...	4 381	3 672	194	511	13 713	4 992	941,4
1999 ...	3 740	3 160	181	396	8 761	4 260	804,3
2000 ...	3 853	3 423	178	267	6 635	3 731	687,3
2001 ...	2 534	2 278	89	165	4 032	2 335	446,2
2002 ...	2 076	1 894	92	89	3 290	2 390	361,0
2003 ...	2 060	1 865	119	76	2 995	1 760	335,9
2004 ...	2 329	2 169	93	67	3 214	1 954	362,1
2005 ...	2 320	2 187	97	36	2 648	1 658	330,2
2006 ...	2 824	2 604	125	95	4 381	2 455	483,8
2007 ...	2 119	1 919	78	122	3 791	2 192	404,6

¹ einschließlich Wohnheime

Tab. 2 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude in Berlin 2006 und 2007 nach Bauherrengruppen

Gebäudeart — Bauherr	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude				
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen		veransch. Kosten der Bauwerke
			insgesamt	Wohnfläche	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	100 m ²	1 000 EUR
2006					
Wohngebäude.....	2 824	2 473	4 381	483,7	540 088
öffentliche Bauherren ¹	7	34	77	6,2	9 187
Unternehmen.....	883	959	2 016	185,8	199 058
davon					
Wohnungsunternehmen.	481	618	1 411	121,7	132 397
sonstige Unternehmen...	402	341	605	64,1	66 661
private Haushalte.....	1 934	1 480	2 288	291,7	331 843
2007					
Wohngebäude.....	2 119	2 192	3 791	440,6	483 531
öffentliche Bauherren ¹	7	27	79	4,9	6 271
Unternehmen.....	888	1 114	2 058	228,0	231 167
davon					
Wohnungsunternehmen.	438	689	1 343	143,8	145 987
sonstige Unternehmen...	450	425	715	84,2	85 180
private Haushalte.....	1 224	1 050	1 654	207,7	246 093

¹ einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

21,7 und im Land Brandenburg 2,7 Prozent mehr Genehmigungen als im Jahr zuvor. Im Zehnjahresvergleich ging trotz einiger Hochs und Tiefs die Erteilung der Baugenehmigungen insgesamt zurück (Abbildung 1).

Wurden in Berlin 1998 noch 4 381 Genehmigungen zum Bau neuer Wohngebäude erteilt, waren es im Jahr 2007 noch 2 119 (–51,6 Prozent). Im Land Brandenburg war der Verlust noch gewaltiger: 1998 wurden 15 212 Anträgen auf Wohnungsbau die Genehmigung erteilt, 2007 noch 4 738, das heißt 68,6 Prozent weniger als zehn Jahre¹ zuvor.

Einfamilienhäuser trotz Verlusten weiter im Trend

In Berlin wurden ebenso wie in Brandenburg die meisten Baugenehmigungen – nämlich 1919 – für Einfamilienhäuser erteilt, das waren 26,3 Prozent weniger als 2006 und gegenüber 1998 eine Abnahme von 47,7 Prozent. Im weiten Abstand folgten 78 Zweifamilienhäuser (–37,6 Prozent) und 122 Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser, die um 28,4 Prozent zunahmen. Danach sollten insgesamt 3 791 Wohnungen entstehen, was eine Abnahme gegenüber 2006 von 13,5 Prozent bedeutete (Tabelle 1). Die beantragte Wohnfläche für alle diese Gebäude verringerte sich um 16,4 Prozent auf 404 600 m², die veranschlagten Baukosten gingen zurück auf 483,5 Millionen EUR (–9,5 Prozent).

Die Bauherren waren angesichts der großen Zahl der genehmigten Anträge zum Bau von Einfamilienhäusern in erster Linie private Haushalte mit 1 224 Genehmigungen, was einem Rückgang um 36,7 Prozent entsprach. Sollten 2006 insgesamt 2 288 Wohnungen entstehen, waren es ein Jahr später 1 654 (–27,7 Prozent). Die genehmigte Wohnfläche verringerte sich demzufolge um 28,8 Prozent auf 207 700 m², die veranschlagten Kosten um 25,8 Prozent auf 246,1 Millionen EUR. Die Zahl der Bewilligungen für öffentliche Bauherren änderte sich nicht: Es sollten durch sie zwei Wohnungen mehr als 2006 entstehen. Die Wohnfläche verringerte sich trotzdem erheblich um 21,0 Prozent, der Baukostenvoranschlag um 31,7 Prozent. Die Zahl der Genehmigungen für Unternehmen stieg ganz leicht um 0,6 Prozent, Wohnungen waren 2 058 geplant, 2,1 Prozent mehr als 2006. Die Quadratmeterzahl in den sowie die veranschlagten Kosten für die zu bauenden Wohnungen stiegen um 22,7 und 16,1 Prozent (Tabelle 2).

¹ Für die Jahre 1979 bis einschließlich 1998 galt als gesetzliche Grundlage für die Erhebung der Baugenehmigungsstatistik das Zweite Gesetz über die Durchführung von Statistiken der Bautätigkeit und die Fortschreibung des Gebäudebestandes (2. BauStatG) vom 27. Juli 1978

(BGBl. I S. 1118), geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 6. Juni 1994, Artikel 12 der Verordnung zur Änderung statistischer Rechtsvorschriften (Statistikveränderungsverordnung – StatÄndV) vom 20. November 1996 (BGBl. I S. 1804).

Natürlich wurden in beiden Ländern auch Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude beantragt und erteilt. Nach der „Systematik der Bauwerke“ (Statistisches Bundesamt, Systematik der Bauwerke, Ausgabe 1978, Stuttgart/Mainz 1978), die zur Zeit überarbeitet wird, handelt es sich bei Nichtwohngebäuden um solche Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke bestimmt sind, in denen also mehr als die Hälfte der Nutzfläche Nichtwohnzwecken dient. Dazu zählen Anstaltsgebäude, Büro- und Verwaltungsgebäude, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Betriebsgebäude (etwa Fabrikgebäude, Handelsgebäude, Hotels und Ähnliches) und sonstige Nichtwohngebäude (etwa Schulgebäude, Kindertagesstätten, Sporthallen und Ähnliches). Von den insgesamt 2336 Genehmigungen entfielen 217, das ist ein Anteil von 9,3 Prozent, auf den Bau von Nichtwohngebäuden; im Jahr 2006 betrug der Anteil 7,5 Prozent. Die Genehmigungen für Nichtwohngebäude gingen im Laufe des Jahres 2007 um 5,2 Prozent gegenüber 2006 zurück, die Nutzfläche sank auf 567 800 m², 2,4 Prozent weniger als 2006 veranschlagt. Die Anzahl der vorgesehenen Wohnungen in den Nichtwohngebäuden sank drastisch von 276 auf 20 (–92,8 Prozent) im Vergleich zum Vorjahr, die veranschlagten Baukosten erhöhten sich für diese Gebäude um 13,9 Prozent auf 881,9 Millionen EUR.

Beheizt sollten beide Gebäudearten – 2 119 Wohngebäude und 217 Nichtwohngebäude – zuallermeist durch eine Zentralheizung. 2007 lag ihr Anteil bei 87,8 Prozent, ein Jahr zuvor bei 91,0 Prozent. Es folgten Fernheizung mit 6,1 Prozent (Vorjahr 6,6 Prozent) sowie Blockheizung mit 3,3 Prozent (Vorjahr 0,6 Prozent). Der Anstieg letzterer wurde durch die Wohngebäude verursacht, weil hier von 11 (2006) auf 74 (2007) zugelegt wurde. In den Nichtwohngebäuden verringerte sie sich von sechs auf vier. Mit der Zeit wurden andere Arten der Heizenergie entwickelt wie zum Beispiel Wärmepumpen, sodass in absehbarer Zukunft auch der Erhebungsbogen weiterentwickelt werden muss. Allerdings gibt es auch Nichtwohngebäude ohne Heizung (zum Beispiel Lagerhallen), deren Zahl sich um ein Viertel auf 30 erhöht hat (Tabelle 3).

Berliner Bezirke mit unterschiedlicher Entwicklung

Die Bezirke der Bundeshauptstadt haben sich in Bezug auf die erteilten Baugenehmigungen entsprechend ihrer Flächengröße und Einwohnerzahl unterschiedlich entwickelt. Die drei Spitzenreiter mit den meisten Genehmigungen im Wohnungsbau Pankow, Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick blieben 2006 und 2007 unverändert. Im Nichtwohnbau war dies mit Pankow, Reinickendorf und Steglitz-Zehlendorf im We-

Tab. 3 Baugenehmigungen für neue Gebäude in Berlin 2006 und 2007 nach Gebäudeart und Art der Beheizung

Gebäudeart	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude						
	Ge- bäude	davon mit					ohne Heizung
		Fern- heizung	Block- heizung	Zentral- heizung	Etagen- heizung	Einzel- raum- heizung	
	Anzahl						
2006							
Wohngebäude	2 824	159	11	2 629	19	6	–
Nichtwohngebäude	229	44	6	149	3	3	24
Insgesamt	3 053	203	17	2 778	22	9	24
2007							
Wohngebäude	2 119	101	74	1 921	19	4	–
Nichtwohngebäude	217	42	4	129	4	8	30
Insgesamt	2 336	143	78	2 050	23	12	30

Tab. 4 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude in Berlin 2006 und 2007 nach Bezirken

Bezirk	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude				
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen		veranschl. Kosten der Bauwerke
			insgesamt	Wohnfläche	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	100 m ²	1 000 EUR
2006					
Mitte.....	22	114	166	18,3	29 475
Friedrichshain-Kreuzberg.....	8	15	27	3,3	3 449
Pankow.....	560	463	766	92,1	91 555
Charlottenburg-Wilmersdorf	30	122	142	20,7	30 538
Spandau.....	275	175	290	37,0	39 960
Steglitz-Zehlendorf.....	257	353	690	63,4	77 534
Tempelhof-Schöneberg.....	129	141	322	25,5	36 750
Neukölln.....	127	77	132	16,1	17 044
Treptow-Köpenick.....	510	340	573	68,8	72 658
Marzahn-Hellersdorf.....	536	315	580	65,1	70 300
Lichtenberg.....	221	224	484	48,5	41 137
Reinickendorf.....	149	133	209	24,9	29 688
Berlin	2 824	2 472,9	4 381	483,7	540 088
2007					
Mitte.....	25	145	295	28,9	42 772
Friedrichshain-Kreuzberg.....	8	73	133	14,2	12 831
Pankow.....	423	542	1 038	115,6	119 639
Charlottenburg-Wilmersdorf	27	86	111	14,9	17 367
Spandau.....	219	150	231	31,3	34 950
Steglitz-Zehlendorf.....	253	358	496	66,9	85 893
Tempelhof-Schöneberg.....	72	68	101	12,3	13 182
Neukölln.....	46	36	49	6,9	7 961
Treptow-Köpenick.....	292	214	434	44,0	48 313
Marzahn-Hellersdorf.....	381	232	404	47,6	51 459
Lichtenberg.....	173	156	291	31,8	25 822
Reinickendorf.....	200	133	208	26,2	25 342
Berlin	2 119	2 191,6	3 791	440,6	483 531

Tab. 5 **Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude in Berlin 2006 und 2007 nach Bezirken**

Bezirk	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude				
	Ge- bäude	Raum- inhalt	Nutz- fläche	Wohn- ungen	veransch. Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	100 m ²	Anzahl	1 000 EUR
2006					
Mitte	18	1 452	151,1	55	308 649
Friedrichshain-Kreuzberg	11	857	64,1	1	133 178
Pankow	40	417	61,1	169	62 381
Charlottenburg-Wilmersdorf	18	601	95,0	2	85 429
Spandau	16	121	20,7	–	17 075
Steglitz-Zehlendorf	23	249	38,5	1	50 716
Tempelhof-Schöneberg	10	64	9,9	8	8 120
Neukölln	12	141	32,2	4	17 625
Treptow-Köpenick	20	168	29,0	34	29 577
Marzahn-Hellersdorf	16	87	14,8	–	7 062
Lichtenberg	16	97	17,7	–	13 017
Reinickendorf	29	250	47,2	2	41 418
Berlin	229	4 502	581,5	276	774 247
2007					
Mitte	22	1 371	161,9	12	481 774
Friedrichshain-Kreuzberg	4	7	1,6	1	2 838
Pankow	25	118	16,2	–	10 874
Charlottenburg-Wilmersdorf	8	109	21,4	1	22 675
Spandau	19	219	36,3	–	25 379
Steglitz-Zehlendorf	23	201	32,7	1	39 028
Tempelhof-Schöneberg	16	209	35,7	–	31 472
Neukölln	13	134	24,6	–	21 416
Treptow-Köpenick	30	554	85,9	5	137 366
Marzahn-Hellersdorf	19	190	23,6	–	13 296
Lichtenberg	9	376	80,1	–	66 671
Reinickendorf	29	243	47,9	–	29 124
Berlin	217	3 730	567,8	20	881 913

Tab. 6 **Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude im Land Brandenburg 1998 bis 2007**

Jahr	Baugenehmigungen							
	Wohngebäude							
	ins- gesamt	mit			Wohnungen			veransch. Kosten der Bauwerke
		1 Woh- nung	2 Woh- nungen	3 oder mehr Woh- nungen ¹	ins- gesamt	Raum- inhalt	Wohn- fläche	
		Anzahl			1 000 m³	100 m²	1 000 EUR	
1998...	15 212	13 144	1 318	750	22 775	11 445	22 320	2 577 315
1999...	15 662	14 037	1 219	406	19 718	10 602	20 682	2 325 995
2000...	11 325	10 103	893	329	14 369	7 933	15 357	1 718 349
2001...	9 507	8 600	699	208	11 584	6 497	12 671	1 375 134
2002...	8 761	7 946	615	200	10 609	6 007	11 624	1 252 787
2003...	10 387	9 482	733	172	12 399	7 099	13 624	1 455 597
2004...	8 552	7 892	526	134	9 819	5 851	11 149	1 179 522
2005...	7 113	6 641	357	115	8 219	4 771	9 330	960 030
2006...	7 303	6 807	387	109	8 248	4 998	9 712	1 015 408
2007...	4 783	4 365	256	162	6 223	3 493	6 830	725 678

¹ einschließlich Wohnheime

sentlichen ebenso, wenngleich 2007 Pankow seinen ersten Platz an Treptow-Köpenick abgeben musste, während Steglitz-Zehlendorf auf den vierten Platz rutschte.

Im Jahr 2007 wurden in Pankow mit 423 Wohngebäuden ein Viertel (–24,5 Prozent) weniger Genehmigungen erteilt als im Jahr zuvor, in Marzahn-Hellersdorf 28,9 Prozent und in Treptow-Köpenick 42,7 Prozent weniger. Dafür stieg in Pankow die Zahl der konzipierten Wohnungen von 766 (2006) auf 1 038 (2007) an, auch die Wohnfläche stieg um ein Viertel (25,5 Prozent) und die veranschlagten Kosten sowie so um 30,7 Prozent. Im dicht besiedelten Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg wurden in beiden Jahren je acht Wohnbaugenehmigungen erteilt. Die Anzahl der Wohnungen soll von 27 auf 133 steigen, die Wohnfläche von 330 auf 1 420 m² und die Kosten von 3,4 auf 12,8 Millionen EUR (Tabelle 4).

Im Nichtwohnbau dominierte 2006 Pankow mit 40 Baugenehmigungen, 2007 waren es 37,5 Prozent weniger. Treptow-Köpenick war 2007 mit 30 erteilten Genehmigungen Spitzenreiter, 50,0 Prozent mehr als im Vorjahr. Reinickendorf blieb mit je 29 Genehmigungen auf dem zweiten Platz, während Steglitz-Zehlendorf mit unverändert 23 Genehmigungen 2007 den vierten Platz einnahm. Auch hier nahm Friedrichshain-Kreuzberg jeweils den letzten Platz ein, die Zahl der erteilten Genehmigungen für den Nichtwohnbau verringerte sich um 63,6 Prozent. Die Nutzfläche und die ins Auge gefassten Kosten verringerten sich in den Bezirken größtenteils ebenso. Die Anzahl der Wohnungen ging zurück. Waren beispielsweise in Pankow im Jahr 2006 noch 169 Wohnungen geplant, so war es 2007 keine mehr. Gab es 2006 noch in neun Bezirken Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude mit Wohnungen, so gab es sie im Jahr 2007 nur noch in fünf (Tabelle 5).

Mehrfamilienhäuser in Brandenburg auf dem Vormarsch

Im Land Brandenburg sind 2007 erstmals seit zehn Jahren wieder mehr Baugenehmigungen für Wohngebäude mit drei und mehr Wohnungen (48,6 Prozent) als vor einem Jahr erteilt worden. Insgesamt sind aber in diesen zehn Jahren die erteilten Genehmigungen von 750 auf 162, also um 78,4 Prozent, zurückgegangen. Die meisten Baugenehmigungen wurden natürlich auch hier mit 4 365 für Einfamilienhäuser vergeben. Das war ein Rückgang um 35,9 Prozent; innerhalb der letzten zehn Jahre bedeutete dies insgesamt eine Verringerung der Genehmigungen um zwei Drittel (–66,8 Prozent), sodass Brandenburg, obwohl Flächenland, sowohl in Bezug auf 2006 als auch in Bezug auf 1998 erheblich mehr Abnahme zu verzeichnen hatte als Berlin. Baugenehmigungen für Zweifamilienhäuser wurden 256-mal erteilt, 33,9 Prozent weniger als 2006 und 5-mal weniger als 1998. Die beantragte und genehmigte Wohnfläche ging insgesamt um 29,7 Prozent auf 683 000 m², die veranschlagten Kosten auf 725,7 Millionen EUR (–28,5 Prozent) gegenüber 2006 zurück (Tabelle 6).

Die meisten Baugenehmigungen wurden auch 2007 an private Haushalte vergeben, nämlich 4 069 (–38,7 Prozent). Das bedeutete eine Verminderung der genehmigten Wohnungen um 36,2 Prozent

auf 4 588 und der Wohnfläche um 37,9 Prozent auf 540 890 m². Die veranschlagten Baukosten sanken auf 579,3 Millionen EUR (–36,3 Prozent). Öffentliche Bauherren und Unternehmen erhielten 2007 jeweils mehr Baugenehmigungen als ein Jahr zuvor. Erstere bekamen 20 Genehmigungen statt 17 im Jahr 2006 (+17,6 Prozent), Unternehmen 694 statt 647, also 7,3 Prozent mehr. Auch Wohnungen sollten damit mehr entstehen, und zwar von öffentlichen Bauherren 15,8 Prozent und von Unternehmen 56,1 Prozent mehr, auch sollte hier die Wohnfläche um 44,5 Prozent steigen. Die veranschlagten Baukosten waren notwendigerweise höher als vor einem Jahr, nämlich 44,0 Prozent. Bei den öffentlichen Bauherren sanken sowohl Wohnfläche (–21,0 Prozent) als auch die vorausgerechneten Baukosten (–29,6 Prozent) (Tabelle 7).

Im Nichtwohnbau wurden 735 Anträge bewilligt, 6,4 Prozent mehr als 2006. Dies entsprach 2007 einem Anteil von 13,3 Prozent am gesamten Aufkommen von Baugenehmigungen im Land; ein Jahr vorher lag der Anteil bei 8,6 Prozent. Die Anzahl der Wohnungen in den Nichtwohnbauten sollte sich gegenüber 2006 um 44,1 Prozent erhöhen, die Nutzfläche um 6,2 Prozent verringern. Die veranschlagten Kosten wurden mit 458,9 Millionen EUR angegeben, 1,9 Prozent weniger als im Vorjahr.

Nach Art der Heizung sollten die genehmigten 4 783 Wohn- und die 735 Nichtwohngebäude zuvorderst an eine Zentralheizung angeschlossen werden (4 632), das waren 35,9 Prozent weniger als 2006; ihr Anteil betrug 83,9 Prozent an allen Heizungsarten (2006 waren es 90,4 Prozent). Zugenommen haben die Genehmigungen für beide Gebäudearten mit Fernheizung, und zwar um 20,7 Prozent im Wohnbau und 12,2 Prozent im Nichtwohnbau. Auch Blockheizung (von 8 auf 15) und Etagenheizung (von 3 auf 13) wurden im Nichtwohnbau mehr bewilligt. Auffallend vielleicht, dass auch zwei Wohngebäude ohne Heizung genehmigt wurden sowie 29,0 Prozent mehr Nichtwohngebäude ohne Heizung (Tabelle 8).

Landkreise in Randlage mit zum Teil erheblich weniger Baugenehmigungen

Die meisten Wohngebäude wurden im Verwaltungsbezirk Potsdam-Mittelmark mit 788 genehmigt, erheblich weniger als 2006 (–27,4 Prozent); Wohnfläche (–29,1 Prozent) und veranschlagte Baukosten (–25,7 Prozent) verringerten sich demzufolge ebenfalls. Den nächstfolgenden Verwaltungsbezirken Oberhavel (–32,6 Prozent Genehmigungen, –27,2 Prozent Wohnfläche, –24,9 veranschlagte Baukosten) und Havelland (–29,8 Prozent Genehmigungen, –30,3 Prozent Wohnfläche, –28,4 veranschlagte Baukosten) erging es ähnlich. In den äußeren Verwaltungsbezirken wurden prozentual zum Teil noch weniger Baugenehmigungen erteilt. Im Landkreis Elbe-Elster sanken die Genehmigungen (42) um 53,8, im Landkreis Oberspreewald-Lausitz um 47,7 und im Landkreis Spree-Neiße um 47,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch die kreisfreien Städte gaben 2007 weniger Baugenehmigungen aus, wobei die Landeshauptstadt Potsdam mit 283 Genehmigungen (–18,2 Prozent) den geringsten Rückgang verzeichnete, Cottbus mit 115 (–29,0 Prozent) den höchsten.

Tab. 7 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude im Land Brandenburg 2006 und 2007 nach Bauherrngruppe

Gebäudeart — Bauherr	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude				
	Gebäude	Rauminhalt	Wohnungen		veranschl. Kosten der Bauwerke
			insgesamt	Wohnfläche	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	100 m ²	1 000 EUR
2006					
Wohngebäude	7 303	4 998	8 248	9 711,7	1 015 408
öffentliche Bauherren ¹	17	40	57	52,4	9 711
Unternehmen	647	509	1 005	954,7	96 890
davon					
Wohnungsunternehmen	464	331	694	636,2	64 027
sonstige Unternehmen	183	178	311	318,4	32 863
private Haushalte	6 639	4 451	7 186	8 704,6	908 807
2007					
Wohngebäude	4 783	3 493	6 223	6 829,5	725 678
öffentliche Bauherren ¹	20	33	66	41,4	6 832
Unternehmen	694	695	1 569	1 379,3	139 564
davon					
Wohnungsunternehmen	509	481	1 108	984,7	100 366
sonstige Unternehmen	185	214	461	394,5	37 600
private Haushalte	4 069	2 765	4 588	5 408,9	579 282

¹ einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck

Tab. 8 Baugenehmigungen für neue Gebäude im Land Brandenburg 2006 und 2007 nach Gebäudeart und Art der Beheizung

Gebäudeart	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Gebäude						
	Ge- bäude	davon mit					ohne Hei- zung
		Fern- hei- zung	Block- hei- zung	Zentral- hei- zung	Etagen- hei- zung	Einzel- raum- heizung	
Anzahl							
2006							
Wohngebäude...	7 303	295	19	6 871	50	68	–
Nicht- wohngebäude	691	49	8	353	3	57	221
Insgesamt	7 994	344	27	7 224	53	125	221
2007							
Wohngebäude...	4 783	356	7	4 315	34	69	2
Nicht- wohngebäude	735	55	15	317	13	50	285
Insgesamt	5 518	411	22	4 632	47	119	287

Tab. 9 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude im Land Brandenburg 2006 und 2007 nach Verwaltungsbezirken

Verwaltungsbezirk	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Wohngebäude				
	Gebäude	Raum- inhalt	Wohnungen		veransch. Kosten der Bauwerke
			insgesamt	Wohnfläche	
	Anzahl	1 000 m ³	Anzahl	100 m ²	1 000 EUR
2006					
Brandenburg an der Havel.....	80	50	88	101,9	10 277
Cottbus	162	119	215	233,3	23 186
Frankfurt (Oder)	100	71	137	137,6	13 836
Potsdam	346	283	446	536,5	60 263
Barnim	803	500	875	1 014,4	100 846
Dahme-Spreewald	630	418	700	817,5	80 266
Elbe-Elster	91	68	96	121,9	13 869
Havelland	728	490	817	983,5	101 945
Märkisch-Oderland	575	372	669	723,8	74 477
Oberhavel	919	599	982	1 177,2	129 051
Oberspreewald-Lausitz	88	67	94	123,9	13 577
Oder-Spree	569	394	652	751,0	79 622
Ostprignitz-Ruppin	143	110	201	215,5	19 816
Potsdam-Mittelmark	1 085	809	1 184	1 500,4	162 719
Prignitz	73	51	80	104,8	10 445
Spree-Neiße	177	129	209	241,9	25 120
Teltow-Fläming	589	371	629	748,1	77 375
Uckermark	145	97	174	178,6	18 718
Land Brandenburg	7 303	4 998	8 248	9 711,7	1 015 408
2007					
Brandenburg an der Havel.....	72	60	126	129,1	11 583
Cottbus	115	103	214	213,6	20 291
Frankfurt (Oder)	72	71	159	137,8	13 700
Potsdam	283	333	686	682,8	68 800
Barnim	449	272	470	547,2	56 938
Dahme-Spreewald	375	263	472	507,2	50 852
Elbe-Elster	42	44	89	75,1	8 027
Havelland	511	347	602	685,8	72 984
Märkisch-Oderland	378	257	448	501,9	51 262
Oberhavel	619	444	767	856,8	96 853
Oberspreewald-Lausitz	46	39	65	63,5	8 530
Oder-Spree	311	212	376	417,4	43 767
Ostprignitz-Ruppin	83	55	91	104,7	10 749
Potsdam-Mittelmark	788	553	874	1 063,4	120 928
Prignitz	44	31	47	59,8	6 025
Spree-Neiße	93	68	135	135,8	13 410
Teltow-Fläming	387	248	416	491,3	51 530
Uckermark	115	94	186	156,4	19 449
Land Brandenburg	4 783	3 493	6 223	6 829,5	725 678

Trotzdem blieben die kreisfreien Städte damit unter dem Landesdurchschnitt (Tabelle 9).

Im Nichtwohnbau war der Landkreis Potsdam-Mittelmark auch stark vertreten und genehmigte 64 Gebäude, 12,3 Prozent mehr als 2006, dicht gefolgt vom Landkreis Teltow-Fläming mit 61 (+7,0 Prozent) und dem Landkreis Barnim mit 60 (+3,4 Prozent). Auch die Nutzfläche stieg im Landkreis Potsdam-Mittelmark und Barnim, während sie im Landkreis Teltow-Fläming stark um 39,4 Prozent fiel. 17 neue Wohnungen sollten in diesen drei Verwaltungsbezirken durch die Baumaßnahmen geschaffen werden, im Jahr 2006 waren es noch 21 (-19,0 Prozent). Die veranschlagten Baukosten stiegen nur im Landkreis Potsdam-Mittelmark (+9,9 Prozent). Die Zahl der Wohnungen stieg hier von 3 auf 11, auch allgemein

waren in diesem Jahr 44,1 Prozent mehr Wohnungen vorgesehen als 2006. Die wenigsten Nichtwohnbauten (12) waren 2007 wie 2006 im Landkreis Oberspreewald-Lausitz (-14,3 Prozent) geplant. Auch Nutzfläche (-43,1 Prozent) und veranschlagte Baukosten (-35,5 Prozent) verringerten sich; Wohnungen waren in beiden Jahren nicht vorgesehen. Bei den kreisfreien Städten konnte nur die Landeshauptstadt (31) um 14,8 Prozent bei den Baugenehmigungen zulegen. Die Nutzfläche verringerte sich allerdings um 22,9 Prozent; die errechneten Baukosten nahmen um 27,4 Prozent zu. Die Zahl der Wohnungen ging von 16 auf eine zurück. Frankfurt (Oder) erteilte noch weniger Genehmigungen (wie im Vorjahr 10) als der Landkreis Oberspreewald-Lausitz; die Zahl der Wohnungen war mit 52 (im Vorjahr keine) konzipiert (Tabelle 10).

Zusammenfassung

Bei Auswertung der Daten für das Jahr 2007 war festzustellen, dass die Entwicklung bei den Baugenehmigungen für Wohngebäude in beiden Ländern stark rückläufig war, was zum Teil auf das Auslaufen der staatlichen Wohnungsbauförderung zurückgeführt werden kann. So wurden in Berlin ein Viertel, im Land Brandenburg gut ein Drittel weniger Genehmigungen ausgegeben. Im Nichtwohnbau, der in Berlin gut neun Prozent am gesamten Aufkommen ausmachte, betrug der Rückgang gut fünf Prozent, im Land Brandenburg mit einem größeren Anteil von 13,3 Prozent, wurden 6,4 Prozent mehr Baugenehmigungen erteilt als im Jahr 2006. Die Genehmigungen für Einfamilienhäuser (Anteil 90,6 Prozent in Berlin und 91,3 Prozent im Land Brandenburg) überwogen bei weitem die Genehmigungen für Zwei- und Mehrfamilienhäuser, wobei nur die Mehrfamilienhäuser eine Zunahme an erteilten Genehmigungen, nämlich 28,4 Prozent, aufwiesen. Auch im Land Brandenburg stiegen die Genehmigungen für Mehrfamilienhäuser um 32,8 Prozent, für Ein- und Zweifamilienwohnhäuser ging die Zahl um rund 35 Prozent zurück. Die bevor-

zugte Heizungsart war in beiden Ländern sowohl im Wohn- wie im Nichtwohnbau die Zentralheizung mit einem Anteil am gesamten Aufkommen von knapp 90 Prozent in Berlin und 87,7 Prozent im Land Brandenburg.

Sieht man sich die regionalen Gliederungen an, so dominiert bei der Vergabe der Baugenehmigungen für Wohngebäude der Bezirk Pankow mit den meisten, obgleich dort ein Viertel weniger Genehmigungen erteilt wurden als 2006. Gleichzeitig erhöhten sich dabei aber die Zahl der Wohnungen erheblich und die Quadratmeterzahl der Wohnfläche um immerhin ein Viertel. Auch im Nichtwohnbau lag Pankow vorn, allerdings auch hier mit mehr als einem Drittel weniger Genehmigungen als im Vorjahr. Die wenigsten Baugenehmigungen wurden für beide

Gebäudearten im Innenstadtbezirk Friedrichshain-Kreuzberg erteilt – gleichbleibend niedrig im Wohnungsbau, mehr als ein Drittel weniger im Nichtwohnbau. Im Land Brandenburg wurden die meisten Genehmigungen im Verwaltungsbezirk Potsdam-Mittelmark vergeben, allerdings mehr als ein Viertel weniger im Wohnungsbau, aber mit einem Anstieg von mehr als zehn Prozent im Nichtwohnbau gegenüber dem Vorjahr. In den zentrumsfernen Landkreisen wie Elbe-Elster oder Oberspreewald-Lausitz verringerten sich die erteilten Wohnungsbaugenehmigungen um rund die Hälfte, im Nichtwohnbau waren die Verluste nicht so krass. Auch wenn in den kreisfreien Städten der Rückgang an Baugenehmigungen zum Teil erheblich war, so war er doch nicht so hoch, wie der Durchschnitt für das ganze Land bezeugte.

Quellennachweis

- [1] Gesetz über die Statistik der Bautätigkeit im Hochbau und die Fortschreibung des Wohnungsbestandes (Hochbaustatistikgesetz – HbauStatG) vom 5. Mai 1998 (BGBl. I S. 869), zuletzt geändert durch Artikel 4 Erstes Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere der mittelständischen Wirtschaft (Mittelstands-entlastungsgesetz – MEG I) vom 22. August 2006 (BGBl. I S. 1970).
- [2] Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462 (565), zuletzt geändert durch Artikel 3 Zweites Gesetz zum Abbau bürokratischer Hemmnisse insbesondere der mittelständischen Wirtschaft (Mittelstands-entlastungsgesetz – MEG II) vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).
- [3] Bauordnung für Berlin (BauO Bln) vom 29. September 2005 (GVBl. S. 495), zuletzt geändert durch § 9 des Gesetzes vom 7. Juni 2007 (GVBl. S. 222).
- [4] Gesetz zur Vereinfachung des Berliner Baurechts (Bauvereinfachungsgesetz – BauVG Bln) vom 15. September 2005 (GVBl. S. 495).
- [5] Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) vom 16. Juli 2003 (GVBl. I S. 210), zuletzt geändert durch Neufassung vom 17. September 2008 (GVBl. I S. 226).

Tab. 10 Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude im Land Brandenburg 2006 und 2007 nach Verwaltungsbezirken

Bezirk	Baugenehmigungen für die Errichtung neuer Nichtwohngebäude				
	Gebäude	Raum-inhalt	Nutz-fläche	Woh-nungen	veranschl. Kosten der Bauwerke
	Anzahl	1 000 m ³	100 m ²	Anzahl	1 000 EUR
2006					
Brandenburg an der Havel	25	260	370,7	–	21 572
Cottbus	19	175	240,6	–	22 171
Frankfurt (Oder)	10	533	607,3	–	36 059
Potsdam	27	261	478,8	16	69 115
Barnim	58	315	490,7	13	46 992
Dahme-Spreewald	43	232	378,3	3	26 904
Elbe-Elster	41	188	334,8	3	14 940
Havelland	46	400	462,0	4	24 718
Märkisch-Oderland	37	129	207,5	7	11 881
Oberhavel	30	103	154,0	3	9 217
Oberspreewald-Lausitz	14	47	75,0	–	4 873
Oder-Spree	64	356	472,2	2	25 869
Ostprignitz-Ruppin	41	533	629,3	–	25 993
Potsdam-Mittelmark	57	303	469,6	3	28 012
Prignitz	44	172	289,3	1	9 319
Spree-Neiße	44	88	150,0	6	13 412
Teltow-Fläming	57	1 070	1 103,9	5	68 022
Uckermark	34	108	171,2	2	8 712
Land Brandenburg	691	5 270	7 085,1	68	467 781
2007					
Brandenburg an der Havel	17	56	99,4	–	4 885
Cottbus	16	81	110,2	1	8 979
Frankfurt (Oder)	10	79	115,7	52	14 140
Potsdam	31	270	369,3	1	88 060
Barnim	60	298	511,6	2	28 564
Dahme-Spreewald	55	477	623,0	3	47 230
Elbe-Elster	54	275	454,2	–	24 912
Havelland	52	275	579,7	10	32 729
Märkisch-Oderland	38	105	190,0	–	7 847
Oberhavel	30	171	255,2	1	23 258
Oberspreewald-Lausitz	12	29	42,7	–	3 141
Oder-Spree	60	499	707,4	5	25 919
Ostprignitz-Ruppin	39	121	220,6	3	17 039
Potsdam-Mittelmark	64	477	593,9	11	30 783
Prignitz	40	410	533,5	1	26 851
Spree-Neiße	59	240	348,0	3	21 696
Teltow-Fläming	61	778	669,1	4	42 945
Uckermark	37	177	221,7	1	9 888
Land Brandenburg	735	4 817	6 645,3	98	458 866

Jürgen Hübner

Historisches

Im Jahre 1909 nutzbar gewordene Wohnungen

Im Statistischen Jahrbuch für den Preußischen Staat 1910, das ist der achte Jahrgang, finden wir auf der Seite 78 unter dem Abschnitt III. Grundeigentum und Gebäude in der Tabelle 3. „Im Jahre 1909 nutzbar gewordene Wohngebäude“ interessante Sachverhalte zur Baustatistik in der damaligen Zeit.

Es liegt erst einmal der klassische Fall einer heute noch gebräuchlichen Primärstatistik vor, und zwar eine „Veröffentlichung der betreffenden Städte“. Mit dem Fortschreiten der Jahrgänge der Preußischen

Dachzimmer und Kammern, sind heute nicht mehr gebräuchlich, sie dokumentieren die gesellschaftliche Entwicklung. Die Sortierung der Städte in der Vorspalte erschließt sich dem heutigen Betrachter ebenfalls nicht, abgesehen davon, dass einige der genannten Städte heute nicht mehr zur Bundesrepublik gehören oder nach Berlin eingemeindet sind. Ein „nützliches Stilelement“ sind die generell in einer kleineren Schriftgröße gesetzten Nachkommastellen.

3. Im Jahre 1909 nutzbar gewordene neue Wohngebäude.

[Veröffentlichung der betreffenden Städte.]

Städte.	Anzahl der neu errichteten Wohngebäude		Anzahl der neu entstandenen Wohnungen										Gesamtzahl der neuen		In Hundertteilen entfallen von der Gesamtzahl der neuen										Auf 1 Wohnung kommen durchschnittlich	
	überhaupt	darunter auf neuem Grundstück	überhaupt	davon mit						heizbaren Zimmer	Wohnräume ²⁾	Wohngebäude auf solche auf neuem Grundstück	Wohnungen auf solche mit						heizbares Zimmer	Wohnräume						
				Zimmer ¹⁾									Zimmer													
				1	2	3	4	5	6 und mehr				1	2	3	4	5	6 und mehr								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21						
1. Berlin	221	179	6 499	2 624	2 762	715	215	101	82	12 251	18 639	77,8	40,4	42,5	11,0	3,3	1,6	1,3	1,3	2,9						
2. Breslau	137	113	1 569	23	182	504	427	259	174	6 140	86,1	1,3	11,6	32,1	27,2	16,3	11,1	1,3	3,9	4,5						
3. Cöln	353	309	1 943	15	153	701	391	284	399	8 109	8 727	87,5	0,2	7,9	36,1	20,1	14,6	30,3	4,3	4,5						
4. Düsseldorf	321	316	1 537	3	218	573	379	189	175	6 025	7 203	98,4	0,2	14,2	37,3	24,7	12,3	11,4	3,9	4,7						
5. Magdeburg	113	110	1 105	11	4	281	376	162	291	3 572	5 141	97,3	1,0	0,4	23,6	34,0	14,7	26,3	3,3	4,7						
6. Charlottenburg	200	185	4 435	754	1 597	1 364	720			12 827		92,5	17,0	36,0	30,8	16,2		2,9								
7. Essen a./Ruhr	397	389	1 472	—	239	504	313	152	264		6 252	98,0	—	16,2	34,2	21,3	10,3	17,9		4,2						
8. Königsberg i. Pr.	95	76	454	8	79	176	100	41	50	1 657		80,0	1,8	17,4	38,8	22,0	9,0	11,0	3,6							
9. Duisburg	374	345	1 478	9	81	380	430	282	296		6 586	92,2	0,6	5,5	25,7	23,1	19,1	20,0		4,5						
10. Dortmund	307	287	1 768	17	338	510	349	264	290		6 982	93,5	1,0	19,1	28,8	19,7	14,9	16,4		3,9						
11. Halle a./Saale	136	86	864	16	177	308	212	88	63	2 782	3 041	63,2	1,2	20,3	35,6	24,3	10,2	7,3	3,2	3,3						
12. Altona	93	85	786	—	6	349	190	163	78		3 201	91,4	—	0,8	44,4	24,3	20,7	9,8		4,1						
13. Kiel	141	111	1 148	2	33	414	488	107	104	4 469	4 793	78,7	0,3	2,9	36,1	42,5	9,3	9,1	3,9	4,2						
14. Elberfeld	45	32	176	19	9	20	55	32	41		771	71,1	10,8	5,1	11,4	31,2	18,2	23,3		4,4						
15. Danzig	104	81	840	92	281	262	93	63	49		2 437	77,9	11,0	63,3	31,2	11,1	7,5	5,8		2,9						
16. Barmen	74	62	390	—	12	135	85	44	54		1 444	83,8	—	3,6	40,9	25,8	13,3	16,4		4,4						
17. Anchen	112	99	377	2	9	67	76	100	123		2 130	88,4	0,3	2,4	17,8	20,2	26,6	32,6		5,6						
18. Schöneberg	101	96	1 783	191	576	281	339	230	166	5 756	7 504	95,0	10,7	52,3	15,8	19,0	12,9	9,3	3,1	4,2						
19. Posen	43	30	532	18	82	137	126	63	106	2 087	2 142	69,8	3,4	15,4	25,8	23,7	11,9	19,9	3,8	4,0						
20. Cassel	37	31	299	2	8	75	155	47	37		1 307	53,8	0,7	1,0	25,1	45,2	15,7	12,4		4,4						
21. Crefeld	142	126	404	—	40	162	71	45	86		1 702	88,7	—	9,9	40,1	17,6	11,1	21,3		4,3						
22. Götting	10	9	88	16	21	37	7	—	7	264	352	90,0	18,2	23,9	42,0	8,9	—	8,0	3,0	4,0						
23. Frankfurt a./Oder	39	30	329	94	72	85	44	26	8	850	1 283	76,0	28,6	21,9	25,6	13,4	7,9	2,4	2,6	3,9						
24. Mülheim a. Rhein	43	30	274	—	50	106	53	35	30		1 057	69,8	—	18,2	38,7	19,3	12,3	10,9		3,9						
25. Kalk	27	26	119	—	5	31	37	21	25		544	96,3	—	4,2	26,1	31,1	17,6	21,0		4,6						

¹⁾ bei Berlin, Charlottenburg, Königsberg i. Pr., Halle a. Saale, Danzig und Schöneberg: leihbare Zimmer ohne Küche, bei Breslau, Düsseldorf, Magdeburg, Essen a./Ruhr, Altona, Kiel und Posen dergl. mit Küche, bei allen übrigen Städten: Wohnräume. — ²⁾ Hier sind die Küchen und Dachzimmer mitgezählt. — ³⁾ darunter 72 Wohnungen nur aus Küche bestehend. — ⁴⁾ darunter 76 Wohnungen in Gebäuden, die nicht allein Wohnzwecken dienen (öffentliche und Fabrikgebäude). — ⁵⁾ darunter 27 ohne Küche und 45 nur aus Küche bestehend. — ⁶⁾ darunter 33 ohne Küche. — ⁷⁾ darunter 3 Wohnungen aus Küche und Gewerkeräumen bestehend. — ⁸⁾ aussch. der nicht leihbaren Zimmer und Kammern. — ⁹⁾ aussch. der Küchen. — ¹⁰⁾ einsch. 1746 Küchen, aber aussch. 1934 Mädchen-gelasse. — ¹¹⁾ aussch. der Mädchen-gelasse.

III. Grundeigentum und Gebäude.

78

Statistischen Jahrbücher stieg die Anzahl der ausgewiesenen Städte kontinuierlich an. Es fielen dabei weniger Städte aus der Erhebung heraus als neu aufgenommen wurden, weshalb die Durchgängigkeit nicht vollständig gewährleistet war. Das deutet auf einige Schwierigkeiten bei der damaligen Datenerhebung hin. Die Merkmale waren dann auch nicht sonderlich einheitlich, was durch zehn recht ausführliche Fußnoten und einige unbekannte Zahlenwerte bei den leihbaren Zimmern und den Wohnräumen gestützt wird. Einige Begriffe, wie Mädchen-gelasse,

Die gewählte Struktur erinnert dann doch an einige Tabellen des vorherigen Beitrages und zeigt somit wieder eine gewisse Beständigkeit der Statistischen Tabellen allgemein.

Inhaltlich erhält man einen recht kompakten Überblick über die damaligen Neubauwohnungen und deren Struktur, wenn auch nur eine Zählung der Zimmer und Gebäude erfolgte und auf weitere Angaben, wie Kostenanschlag, Wohnfläche, Rauminhalt und Heizungsart, die heute üblich sind, verzichtet wurde.

Aus der amtlichen Statistik

■ Mitteilungen und Nachrichten

Der neue Regionalatlas der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder bieten im Internet seit dem Frühjahr 2009 einen neuen Regionalatlas an. Der kostenlose Regionalatlas löst den bisherigen „Online-Atlas zur Regionalstatistik“ ab. Er stellt in Form von thematischen Karten über 80 Indikatoren für alle Kreisfreien Städte und Landkreise Deutschlands dar.

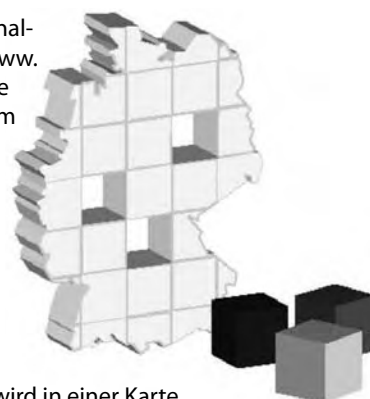
Das interaktive Informationsangebot erstreckt sich über verschiedene Themenbereiche wie Bevölkerung, Industrie, Tourismus, Verkehr etc. So ist zum Beispiel

auf einen Blick zu erkennen, in welchen Kreisen Deutschlands die Pkw-Dichte, das Verfügbare Einkommen je Einwohner oder die Arbeitslosenquote überdurchschnittlich hoch bzw. niedrig sind. Der neue Regionalatlas bietet dem Anwender ein großes Spektrum an Interaktionsmöglichkeiten für die Visualisierung und Abfrage der Informationen. Zu jedem Themenbereich können unterschiedliche Indikatoren und verschiedene Berichtszeiträume abgefragt werden. Als Datenbasis für die Berechnung der entsprechenden Kennzahlen werden überwiegend Merkmalswerte aus der kostenlosen Regionaldaten-

bank Deutschland genutzt. Diese ist unter der Adresse <https://www.regionalstatistik.de/genesis/online/login> zu finden.

Im Unterschied zum früheren Regionalatlas ist der Verzicht auf Plug-ins hervorzuheben. Dies macht den neuen Regionalatlas insgesamt nutzerfreundlicher. Die informationstechnische Betreuung des neuen Produkts übernimmt das Statistische Bundesamt (Destatis).

Der neue Regionalatlas ist unter www.statistikportal.de hinter folgendem Logo abrufbar:



Neben dem eigentlichen Atlas bietet das Angebot eine Bedienungsanleitung sowie Kontaktdaten.

Nach dem Aufrufen des Programms erhält man eine Startseite (Abbildung 1). Von hier aus lassen sich die gewünschten Daten anfordern und der Nutzer kann beliebig im Programm na-

vigieren: Klickt er mit dem Cursor auf einen bestimmten Kreis, erscheint ein weiteres Detailfenster. Das geöffnete Fenster enthält Detailinformationen zu diesem Kreis und Vergleichswerte zum entsprechenden Bundesland sowie für Deutschland jeweils für die vorhandenen Bezugszeiträume.

Jeder Indikator wird in einer Karte (→ Icon „Karte“) dargestellt. Diese kartografische Darstellung enthält die Deutschlandkarte mit den Grenzen der Kreisfreien Städte und Landkreise sowie nach Bedarf die Bildschirmfenster für die Legenden- und/oder Detailinformationen. Gibt es ausnahmsweise für einen Kreis keine Datenwerte, wird dieser Kreis grau abgebildet.

Abb. 1 Startbild Atlas



Abb. 2 Detailfenster

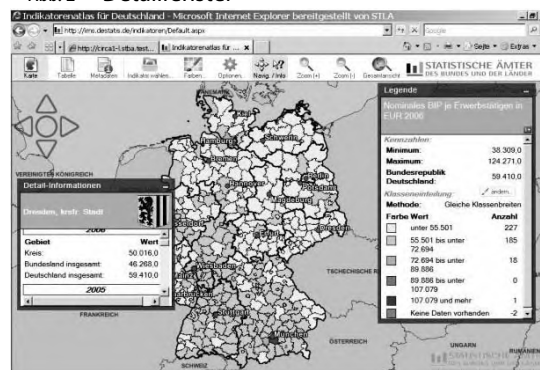


Abb. 3 Bruttoinlandsprodukt

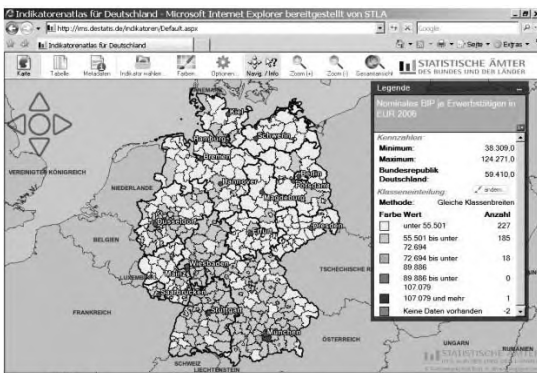


Abb. 4 Farbgebung und Klassengrenzen wählen

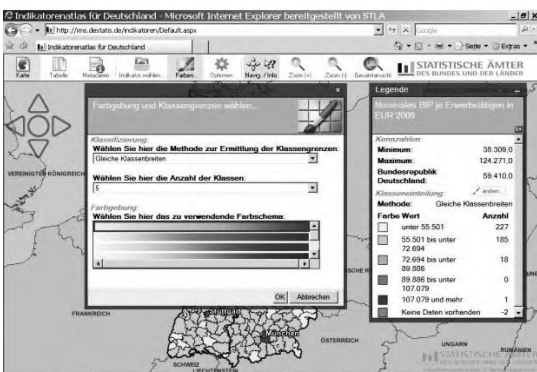
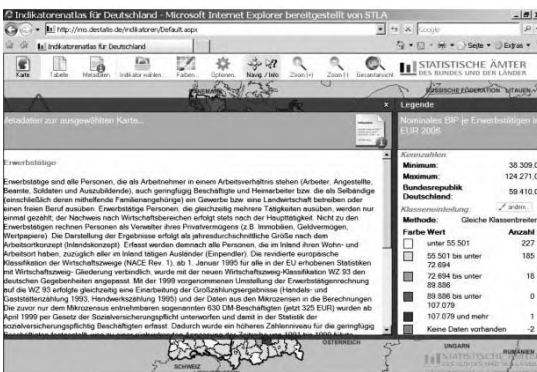


Abb. 5 Tabelle

Name des Kreises	Wert
Aachen, Kreis	56940,0
Aachen, kreisf. Stadt	53610,0
Altenkirchen, Landkreis	47202,0
Ahrbach-Friedberg, Landkreis	61540,0
Alb-Donau-Kreis	64865,0
Altendörp, Kreis	45822,0
Altendörp (Westerwald), Landkreis	52423,0
Altmarische Salzwedel, Kreis	47577,0
Altötting, Landkreis	76779,0
Alzey-Worms, Landkreis	56574,0
Amberg, kreisf. Stadt	55778,0
Amberg-Weiden, Landkreis	56575,0
Ammerland, Landkreis	48221,0
Anhalt-Bitterfeld, Kreis	51461,0
Ansbach, Landkreis	41484,0
Ansbach, kreisf. Stadt	57198,0
Ansbach, Landkreis	58749,0
Aachsfeld, kreisf. Stadt	68877,0
Aachsfeld, Landkreis	59247,0

Abb. 6 Metadatenbeispiel



Im Legendenfenster sind ausgewählte Kennzahlen (Minimum, Maximum sowie der Wert für Deutschland) und die Klasseneinteilung beschrieben. Das Zeichen „i“ im Legendenfenster führt zu einer ausführlichen Indikatorbeschreibung und einer Beschreibung der Besonderheiten. Die Auswahl des Themenbereiches des eigentlichen Indikators und des Bezugsjahres erfolgt über das Icon → „Indikator wählen“ im oberen Bildschirmbereich. Zum Beispiel wird als Information aus dem Themenbereich „Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung“ das „Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen“ für das Berichtsjahr 2006 angeboten. Zum einen wird die dazugehörige Karte mit dem dargestellten Indikator „Nominales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in EUR 2006“ angezeigt. Zum anderen erscheinen im Legendenkasten dazu für das ausgewählte Berichtsjahr 2006 jeweils das Minimum (hier: 38 309 EUR je Erwerbstätigen) und das Maximum (124 271 EUR je Erwerbstätigen) sowie der Durchschnittswert für Deutschland (59 410 EUR je Erwerbstätigen). Außerdem werden die gewählte Methode (hier: gleiche Klassenbreiten) mit den Werten zu den Klassen (im Beispiel: 5) und die Anzahl der Kreise, die den jeweiligen Klassen entsprechen, abgebildet. Zur Änderung der Klasseneinteilung klickt man im Legendenfenster bei der „Klasseneinteilung“ auf das Feld „ändern“. In dem sich öffnenden neuen Fenster „Farbgebung und Klassengrenzen wählen“ können verschiedene Einstellungen ausgewählt werden. Es besteht nun die Möglichkeit der Auswahl zwischen „Gleiche Klassenbreiten“ bzw. „Gleiche Klassenbesetzung“ (Abbildung 4). Ferner ist die Anzahl der Klassen zwischen 2 und 20 variierbar und die Farbgebung der Karten veränderbar. Diese Funktionalitäten werden außerdem auch über das Icon → „Farben“ angeboten. Sieben verschiedene Farbschemata stehen zur Verfügung. Das Icon → „Tabelle“ ermöglicht den Abruf einer html-Tabelle, in der für den jeweiligen Indikator die Werte für jede Kreisfreie Stadt bzw. jeden Landkreis Deutsch-

lands – alphabetisch geordnet – dargestellt werden, soweit Datenwerte vorhanden sind (Abbildung 5).

Die html-Tabelle sieht auch eine Sortierfunktion vor, so dass durch einen Klick erkennbar ist, in welchem Kreis bzw. welcher Kreisfreien Stadt der Wert am höchsten oder niedrigsten ist. Über den fünfstelligen Kreisschlüssel können außerdem die Kreise nach Bundesländern vorsortiert werden.

Metadaten zum ausgewählten Indikator werden unter dem Icon → „Metadaten“ angezeigt. Im gewählten Beispiel sind das die Definitionen zu den Erwerbstätigen sowie zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. der Bruttowertschöpfung (BWS).

Verschiedene Darstellungsoptionen für die Karten können unter dem Icon → „Optionen“ ausgewählt werden. So besteht die Option zwischen der permanenten Anzeige der Kreisnamen und/oder der Anzeige der Werte für die einzelnen Kreise zu wählen. Zusätzlich können auch die Namen der Bundesländer und/oder die Namen der jeweiligen Hauptstädte der Bundesländer angezeigt werden. In Abhängigkeit von der Zoomstufe ist allerdings bei kleinen Gebietseinheiten die Anzeige von Namen oder Werten aus Platzgründen nicht möglich. Eine Erweiterung des Indikatorkatalogs wird nach der Freischaltung des neuen Regionalatlases in Angriff genommen. So sollen zum Beispiel Indikatoren zur nachhaltigen Entwicklung oder Bildungs- und Sozialindikatoren ergänzt werden bzw. die im Regionalatlas enthaltenen Daten sollen auch für andere, der Kreisebene übergeordnete Regionaleinheiten – wie Bundesländer – im Atlas abgebildet werden können. Die ab 1. August 2008 in Sachsen gültige neue Kreisgliederung wird im Regionalatlas mit der Aktualisierung der Daten auf den Stand von 2008 umgesetzt.

Regine Fiedler,
Referentin für Regionalstatistik
Gabriela Retschke,
Fachverantwortliche
für Regionalstatistik
Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen

Veröffentlichungen

■ Berlin, Februar und März 2009

Melderechtlich registrierte Einwohner im Land Berlin

am 31. Dezember 2008	hj 2/08
A I 5	8,00 EUR

Melderechtlich registrierte Ausländer im Land Berlin

am 31. Dezember 2008	hj 2/08
A I 6	8,00 EUR

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene in Berlin

Jahr 2007	j 07
A II 1	6,00 EUR

Wanderungen Berlin

1. Quartal 2008	vj 1/08
A III 1	6,00 EUR

Im Gesundheitswesen tätige Personen in Berlin

Jahr 2007	j 07
A IV 1	7,00 EUR

Krankenhäuser in Berlin, Teil III Kostennachweis

Jahr 2007	j 07
A IV 2	7,00 EUR

Krankenhäuser und Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen in Berlin

Jahr 2007	j 07
	7,00 EUR

Gewerbeanzeigen im Land Berlin

Dezember 2008	m 12/08
D I 1	6,00 EUR
Jahr 2008	j 08
D I 2	7,00 EUR

Insolvenzen im Land Berlin 2008

01.10. bis 31.12. 2008	vj 4/08
D III 1	7,00 EUR
Jahr 2008	j 08
D III 2	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)

Dezember 2008	m 12/08
E I 1	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe in Berlin, Auftragseingangsindex

Jahr 2008	j 08
E I 3	6,00 EUR

Baugewerbe in Berlin

Dezember 2008	m 12/08
E II 1/E III 1	7,00 EUR

Baugewerbe in Berlin, Ergebnisse der Ergänzungserhebung im Bauhauptgewerbe und der jährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe

Jahr 2008	j 08
E II 2/E III 2	7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe im Land Berlin

Dezember 2008	m 12/08
G I 1/G IV 3	7,00 EUR

Fremdenverkehr und Beherbergungskapazität im Land Berlin

Dezember 2008	m 12/08
G IV 1/G IV 2	6,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle im Land Berlin Endgültiges Ergebnis

November 2008	m 11/08
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt im Land Berlin

November 2008	m 11/08
H II 1	7,00 EUR

Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfe für junge Volljährige in Berlin 2007

Jahr 2007	j 07
K V 2	7,00 EUR

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege in Berlin

15. März 2008	j 08
K V 7	7,00 EUR

Gewerbesteuer in Berlin

Jahr 2004	j 04
L IV 13	6,00 EUR

Verbraucherpreisindex im Land Berlin

Februar 2009	m 2/09
M I 2	7,00 EUR

Vierteljährliche Verdiensterhebung im Land Berlin

3. Quartal 2008	vj 3/08
N I 1	7,00 EUR

Abfallentsorgung im Land Berlin

2005 bis 2006	2j
Q II 1	8,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Alt-Friedrichsfelde 60
10315 Berlin

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 030 9021 - 3434
Fax: 030 9021 - 3655

Brandenburg, Februar und März 2009

Ergebnisse des Mikrozensus

Jahr 2007	j 07
A I 10, A VI 2	10,00 EUR

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene

Jahr 2007	j 07
A II 1	6,00 EUR

Wanderungen

2. Quartal 2008	vj 2/08
A III 1	6,00 EUR

Arbeitsmarkt

Februar 2009	m 02/09
A VI 7	6,00 EUR

Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahr 2008/2009	j 08
B I 2	7,00 EUR

Fremdsprachenunterricht an allgemeinbildenden Schulen

Schuljahr 2008/2009	j 08
B I 8	7,00 EUR

Anbau von Blumen und Zierpflanzen zum Verkauf

Jahr 2008	4j/08
C I 6	6,00 EUR

Besondere Ernte- und Qualitätsermittlung

Jahr 2008	j 08
C II 7	7,00 EUR

Ausgewählte Viehbestände nach Rechtsformen der Betriebe

3. Mai 2007	4j/07
C III 5	7,00 EUR

Milcherzeugung und -verwendung

Jahr 2008	m 12/08
C III 7	6,00 EUR

Legehennenhaltung, Eierzeugung und Schlachtungen von Geflügel

4. Quartal 2008	vj 4/08
C III 8	6,00 EUR

Gewerbeanzeigen

Dezember 2008	m 12/08
D I 1	7,00 EUR
Jahr 2008	j 08
D I 2	7,00 EUR

Unternehmensregister

2005 bis 2007	j 07
D II 1	7,00 EUR

Insolvenzen

01. 10. bis 31.12.2008	vj 4/08
D III 1	7,00 EUR
Jahr 2008	j 08
D III 2	7,00 EUR

Verarbeitendes Gewerbe sowie Berg- bau und Gewinnung von Steinen und Erden Beschäftigte, Umsatz, Verwaltungsbezirke

Dezember 2008	m 12/08
E I 1	7,00 EUR

Auftragseingangsinde

Dezember 2008	m 12/08
Jahr 2008	j 08
E I 3	6,00 EUR

Investitionen der Unternehmen und Betriebe

Jahr 2007	j 07
E I 6	7,00 EUR

Baugewerbe

Ergebnisse des Bauhaupt- u. Ausbaugewerbes

Dezember 2008	m 12/08
E II 1, E III 1	7,00 EUR

Vorbereitende Baustellenarbeiten

Hoch- und Tiefbau, Ergänzungserhebung

Jahr 2008	j 08
E II 2, E III 2	7,00 EUR

Energie- und CO₂-Bilanz

Jahr 2006	j 06
E IV 4	7,00 EUR

Umsatz und Beschäftigung im Handel, Kraftfahrzeuggewerbe und Gastgewerbe

Dezember 2008	m 12/08
G I 1, G IV 3	7,00 EUR

Aus- und Einfuhr – Vorläufige Ergebnisse –

November 2008	m 11/08
G III 1, G III 3	7,00 EUR

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr

Dezember 2008	m 12/08
G IV 1	7,00 EUR

Straßenverkehrsunfälle

Dezember 2008	m 12/08
H I 1	7,00 EUR

Binnenschifffahrt

Dezember 2008	m 12/08
H II 1	7,00 EUR

Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfe für junge Volljährige

Jahr 2007	j 07
K V 2	7,00 EUR

Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und öffentlich geförderter Kindertagespflege

15. März 2008	j 08
K V 7	7,00 EUR

Personal im öffentlichen Dienst

30. Juni 2007	j 07
L III 2	8,00 EUR

Verbraucherpreisindex

Februar 2009	m 02/09
M I 2	7,00 EUR

Kostenloser Download unter
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Bitte richten Sie Ihre Bestellung an:

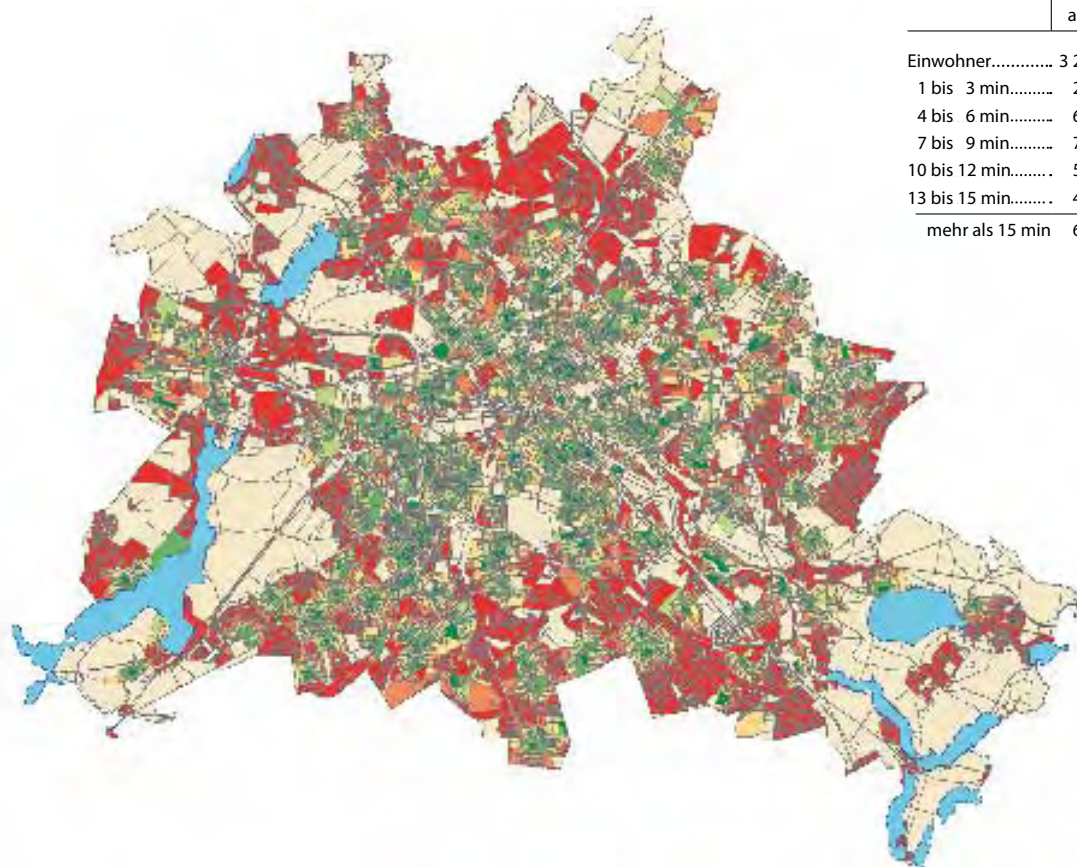
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
– Vertrieb –
Dortustraße 46
14467 Potsdam

E-Mail: vertrieb@statistik-bbb.de
www.statistik-berlin-brandenburg.de

Tel.: 0331 39 - 444

Fax: 0331 39 - 418

Versorgungsindikator „Nächstgelegener Kinderarzt“ auf Basis der Berliner Blöcke



	absolut	%	unter 15 Jahre	%
Einwohner.....	3 286 771	100	317 805	100
1 bis 3 min.....	273 165	8,3	26 095	8,2
4 bis 6 min.....	669 634	20,4	63 005	19,8
7 bis 9 min.....	717 499	21,8	67 890	21,4
10 bis 12 min.....	540 688	16,5	50 897	16,0
13 bis 15 min.....	415 126	12,6	38 646	12,2
mehr als 15 min	670 659	20,4	71 353	22,5

Wasserfläche
Block ohne Wert

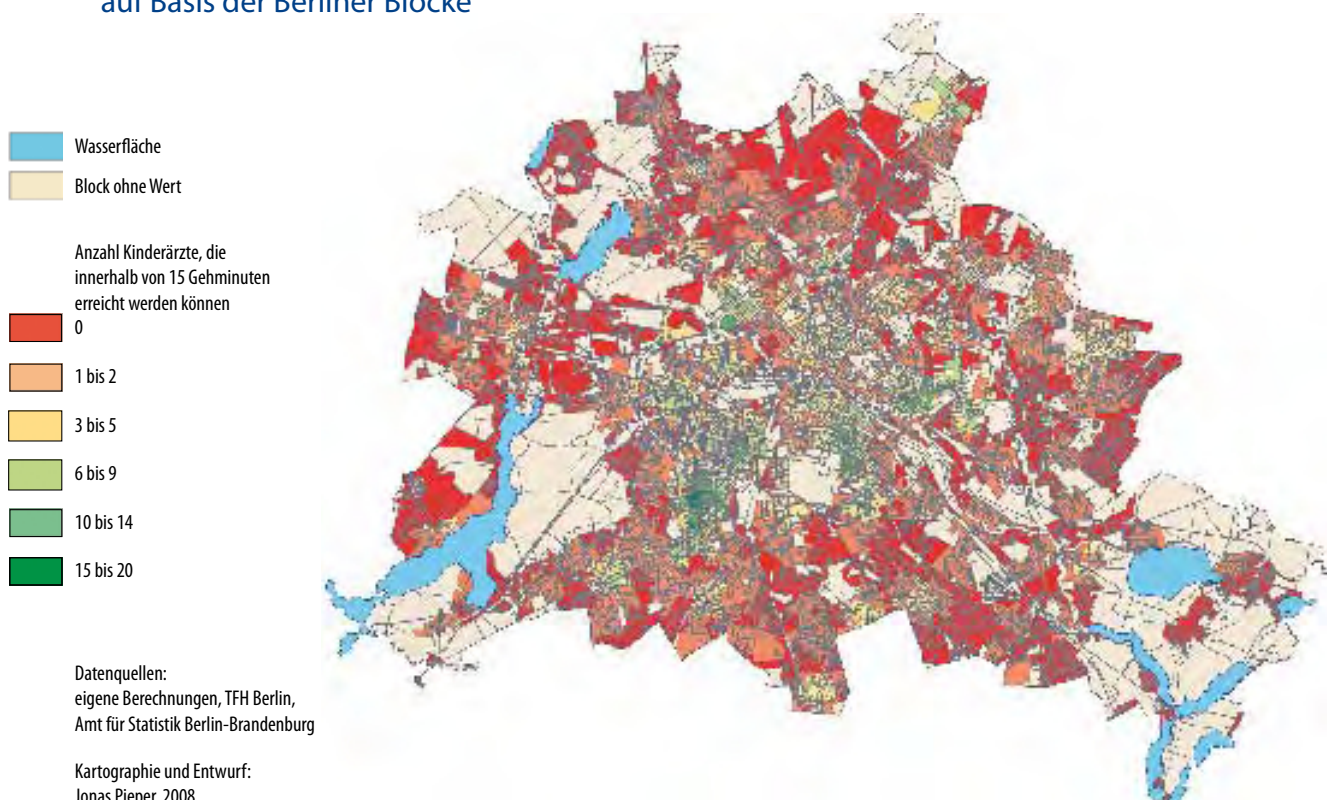
Erreichbarkeit in Gehminuten

0 bis 3
>3 bis 6
>6 bis 9
>9 bis 12
>12 bis 15
>15

Datenquellen:
eigene Berechnungen, TFH Berlin,
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Kartographie und Entwurf:
Jonas Pieper, 2008

Versorgungsindikator „Erreichbare Kinderärzte“ auf Basis der Berliner Blöcke



Wasserfläche
Block ohne Wert

Anzahl Kinderärzte, die
innerhalb von 15 Gehminuten
erreicht werden können

0
1 bis 2
3 bis 5
6 bis 9
10 bis 14
15 bis 20

Datenquellen:
eigene Berechnungen, TFH Berlin,
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Kartographie und Entwurf:
Jonas Pieper, 2008



Versorgungsindikator „Gleitende Einzugsbereiche“ (Kinderärzte) auf Basis der Berliner Blöcke

Einwohner	absolut	%	unter 15 Jahre	%
57 bis 12 898....	2 062 763	79,3	250 226	80,0
12 899 bis 14 187....	99 290	3,8	11 787	3,8
14 188 bis 21 281....	288 823	11,1	33 747	10,8
21 282 bis 48 708....	148 920	5,7	17 139	5,5
insgesamt	2 599 796	100	312 899	100

- Wasserfläche
- unbewohnter Block
- Block ohne Arzt

Einwohner je Kinderarzt
(Allgemeine Verhältniszahlen)
in den Einzugsbereichen von
15 Gehminuten

- 57 bis 12 898
(Versorgungsgrad
> 110 % = Überversorgung)
- 12 899 bis 14 187
(Versorgungsgrad
≤ 110 % und > 100 %)
- 14 188 bis 21 281
(Versorgungsgrad
≤ 100 % und > 50 %)
- 21 282 bis 48 708
(Versorgungsgrad
≤ 50 % = Unterversorgung)

Datenquellen:
eigene Berechnungen, TFH Berlin,
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Kartographie und Entwurf:
Jonas Pieper, 2008

